Nr. 33. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein afrikanisches Idyll.

Die Regierung tut wirklich ihr möglichstes, um die kolonialen Denkschriften recht angenehm zu gestalten. Wie reizend sehen nicht z. B. die Autotypien aus, die sie ihnen beilegt! Nur kommen sie dem deutschen Volke etwas teuer zu stehen: wenn die Regierung ebenso viel Tausendmarkscheine zusammenheften würde, so würde das bei weitem nicht so viel ausmachen, als was diese kolonialen Bildchen kosten, aus denen man entnehmen kann, daß in den Kolonien hie und da Bäume und Sträucher wachsen und daß dort weiß geschürzte Neger mit allerlei Hantierungen beschäftigt sind.

Weniger lieblich ist der Text der Denkschriften — zumal für jemand, der nicht die holdselige Sorglosigkeit der Verfasser dieser Denkschriften besitzt, die graziös wie Libellen über dem blutigen Sumpfe huschen.

So heißt es z. B. über die Zustände in Deutsch-Ostafrika:

„Was dem Aufstande folgte, war für die Eingeborenen schlimmer als die Zeit der offenen Kämpfe. Im ersten Taumel der Kriegserregung hatten sie in den Erträgnissen der letzten reichen Ernte gepraßt und hatten geschlachtet, was sie an Vieh für sich retten konnten. Als dann der Rückschlag erfolgte, ihre verborgenen Vorräte entdeckt und, soweit sie nicht für Expeditionszwecke zu verwenden waren, zerstört werden mußten, und jeder Anbau den Besiegten unmöglich wurde, trieb die Sorge um die Zukunft die meisten zur Unterwerfung. Dazu kam strichweise eine nur geringe Ernte und Nahrungsmangel."

Also, sie haben „gepraßt", diese leichtsinnigen Menschen. Und um sie von diesem allzu üppigen Leben abzuhalten, hat man ihre Vorräte zerstört! Weshalb hungerten sie dann? Etwa weil man ihre Vorräte vernichtet hat? Nein, weil sie vorher „gepraßt" hatten! Ach, die Aermsten wußten wohl, daß man ihnen alles rauben würde, und suchten deshalb, nach der Art der Wilden, sich „auf Vorrat" satt zu essen, — und der Deutsche kam, raubte ihnen ihre Vorräte, vernichtete die Feldsaat und schnitt ihnen damit die Lebensquellen ab.

Nun höre man, was weiter folgte!

„Von denen, die Krieg und Hunger verschont hatten, fiel eine große Zahl jeder Krankheit zur Beute. Wurmleiden traten seuchenartig auf und breiteten sich, durch die Arbeiter verschleppt, auch in vorher gesunden Gegenden aus, den schlecht genährten Müttern (weil sie „gepraßt" hatten!) versagte die Milch, so daß in manchen Gegenden eine enorme Kindersterblichkeit eintrat — kurz die ersten Monate dieses Jahres sahen in den aufständischen Gebieten ein unsagbar trauriges Bild, das sich — und dies ist der einzige **Trost** — auch den Eingeborenen so einprägte, daß, wie aus allen Berichten hervorgeht, die Erinnerung an die harte Lehre dieses Aufstandes der jetzt lebenden Generation die Lust zu einer Wiederholung wohl für jede absehbare Zeit nehmen werde."

Was würde man sagen, wenn wir etwa folgende Betrachtung anstellen wollten: der einzige „Trost" an dem Königsmord in Portugal sei der, daß jedenfalls der „jetzt lebenden Generation" des dortigen Herrscherhauses die „Lust" zur Wiederholung der Diktatur wohl für absehbare Zeit vergangen sein und dies dazu beitragen dürfte, politische Zustände nicht erst aufkommen zu lassen, die zu solchen bedauernswerten Ereignissen führen könnten? Wie würde man da über die sozialdemokratische Gefühlsroheit räsonnieren! Ferner, das „Berl. Tagebl." hat sich über uns moquiert, weil wir nicht einmal für den ermordeten Kronprinzen, der doch ganz schuldlos war, unsere Tränendrüsen anzustrengen vermocht hatten. Was aber haben jene Tausende von Kindern in Afrika verbrochen, die hinsiechten und starben, weil man ein ganzes Volk zielbewußt aushungerte? War da nicht auch Herzeleid? Warum hat das für die Tränen einer Königin so empfindsame freisinnige Blatt kein Ohr für diese jammernden Kinderstimmen, diese weinenden Mütter, und geht an denen vorbei, als wenn es keine menschlichen Wesen wären? Für den winselnden Hund zu seinen Füßen hat der Bourgeois mehr Mitgefühl als für die Leiden eines Volkes!

Folgen wir weiter der amtlichen kolonialen Denkschrift.

Bei der Besprechung der Wachsproduktion heißt es: „Von Einzelheiten sei bemerkt, daß aus gewissen Hungergebieten ein Rückgang des Handels mit Wachs trotz erhöhter Produktion gemeldet wird, weil die Eingeborenen, um nur ihre Mägen zu füllen, das Wachs mit dem Honig verzehrten."

An anderer Stelle über die Raubtierplage: „Aus einzelnen Bezirken wurde sehr über das Ueberhandnehmen der Löwenplage geklagt. In einigen aufständischen Gebieten sollen diese Raubtiere zahlreiche Menschen geschlagen haben. Man nimmt vielleicht nicht mit Unrecht an, daß die leichte Beute, welche verwundete und entkräftete Flüchtlinge den Löwen boten, diese Menschenjägerei bei ihnen erst in so starkem Maße entwickelt hat."

Jetzt haben wir, wenn auch noch in schwachen Umrissen, das ganze Bild vor uns.

Ein Volk wird in seiner Wirtschaftsweise, seinen Eigentumsverhältnissen, seinen Sitten und Gebräuchen auf das schmählichste verletzt und vergewaltigt. Es rebelliert und flüchtet in die Berge und Wälder. Da man der Leute nicht habhaft werden kann, vernichtet man ihre Bebauungen, zerstört ihre Nahrungsvorräte. Man schneidet ihnen so den Rückzug ab und jagt sie immer weiter in die Wildnis. Blutlachen und Leichen bezeichnen den Weg, und die Pest als treue Verbündete der europäischen Kulturträger verrichtet ihr scheußliches Mordwerk. Verwundete, Sieche, ausgehungerte Menschen, Mütter, die vergebens ihre Säuglinge an die ausgedörrten Brüste pressen, irren verschmachtend durch die Wüste und werden zur Beute der reißenden Tiere. Das ist das deutsche Werk in Ostafrika!

Und das Ergebnis?

„Von den Wandonde, Wamatumbis ist aber die Hälfte geblieben (also ist fast die Hälfte verschwunden bezw. vernichtet!). Ebenso von den in Sfangea sitzenden Wandonde, Wagindo und Wangoni. Die Wamwera, Matua und Wanschinga im Condibezirk sind dezimiert; andere Stämme, wie die Wabena, Wassagera und Wakinga haben weniger gelitten. Im ganzen haben Krieg, Mißernte, Hungersnot und Seuchen im Berichtsjahr schätzungsweise 75 000 Menschen hinweggerafft, darunter viele Weiber und Kinder."

Aber freilich, das alles sei notwendig gewesen, heißt es, um den Negern den Segen der europäischen Arbeit zuteil werden zu lassen. Wie es um diesen Segen bestellt ist, auch darüber gibt uns die amtliche Denkschrift sehr interessante Aufklärungen. Darüber näheres in einem weiteren Artikel.

Englisch-deutsche Flottenrivalität und ihre Folgen.

London, 5. Februar. (Eig. Ber.)

Unmittelbar nach dem ersten Wahlgange der deutschen Reichstagswahlen des Januar 1907 wiesen wir auf deren imperialistischen Charakter hin und sagten das fieberhafte maritime Wettrüsten voraus. Ebenso machten wir seinerzeit auf den tiefen Eindruck aufmerksam, den die deutsche Flottenvorlage vom November 1907 in England hinterließ. Irgend welchen Scharfsinn brauchte man dazu nicht. Die Tatsachen der Seepolitik sind ebensowenig mysteriös wie die des Einmaleins. Aber die deutschen Regierungsvertreter können von der ihnen nützlichen Taktik nicht lassen, alle Schuld den sozialdemokratischen Rednern und Schriftstellern aufzubürden. Demgegenüber dürfte es ratsam sein, dieser Taktik nachzuspüren und ihre Haltlosigkeit nachzuweisen. Der Londoner „Observer" vom 2. Februar brachte eine offiziöse Darstellung der englischen Seepolitik, in der gesagt wurde: „. . . . Die öffentliche Besorgnis, die das neue deutsche Seeprogramm hervorrief, ist tief und gerechtfertigt. . . . Aber solange Sir Edward Grey ein Mitglied des Kabinetts bleibt, darf das Land vollkommen versichert sein, daß die gegenwärtige Regierung sich als nicht weniger patriotisch erweisen wird, wie Mr. Stead. . . . Sir Edward Grey erklärte in seiner Rede in Alnwick, daß alle zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Seemachtverhältnisses nötigen Maßregeln ohne Zaudern durchgeführt werden sollen. Aber es muß alles mit Ueberlegung geschehen. Die deutsche Seebedrohung wird eine starke und weitreichende Antwort erhalten, nur geziemt es einer starken Nation nicht, in panikartige Seeprogramme zu verfallen. Im laufenden Jahre wird die Erhöhung des Flottenetats nicht groß sein. Erst im Jahre 1911 werden sich die deutschen Dreadnoughts vervielfältigen, und der stille Kampf um Seemacht in Zeiten des Friedens wird sich in seiner vollen strategischen und finanziellen Kraft fühlbar machen. . . . Das nächste Jahr (1909) wird kritisch sein. Das Marineamt wird mindestens vier bis fünf Dreadnoughts auf Stapel legen müssen, vielleicht sogar eine größere Zahl. Aber die beste Politik ist, andere Mächte die bekannten Schiffstypen bauen zu lassen, worauf wir mit einem noch höheren Typ antworten werden, um die Schiffe der anderen Mächte zu minderwertigen Typen zu machen." Es soll sich also in der Kriegsschiffstechnik das Beispiel der immer vollkommeneren Landkriegswaffen wiederholen. Nur sind Kriegsschiffe nicht so leicht herzustellen wie neue Flinten und Kanonen.

Im „Scientific American" vom 7. Dezember 1907 schrieb Kapitän Mahan, die bedeutendste Autorität in Seemachtfragen: „Die ganze Verteilung der britischen Flotte wurde in den letzten Jahren modifiziert, um die Zahl der Linienschiffe um die Nordsee zu vermehren. . . . Im Mai 1908 werden 86 Proz. der britischen Schlachtschiffe in heimischen Gewässern konzentriert sein."

Und die „Times" vom 3. Februar beschäftigt sich mit der Ansicht des deutschen Marineministers, Herrn von Tirpitz, nach welcher die deutsche Flottenvorlage keine Bedrohung Englands bedeute und auch nicht als solche aufgefaßt werde. Die „Times" sagt: „. . . . Die deutsche Vorlage hat in England einen sehr tiefen und weitverbreiteten Eindruck hinterlassen. Wenn Herr v. Tirpitz glaubt, oder sich den Schein gibt zu glauben, daß dies nicht der Fall sei, so braucht er nur ein halbes Dutzend der maßgebenden englischen Zeitungen durchzufliegen; sie werden ihn sofort überzeugen, daß seine Vorlage die Wachsamkeit der britischen Nation in höchst wirksamer Weise angeregt hat. . . . Das britische Volk hat die Bedeutung des deutschen Programms begriffen und ist entschlossen, seine Handlungen demgemäß einzurichten. . . . Im Interesse der freundlichen Beziehungen zu Deutschland, die wir wahren und pflegen möchten, ist es wünschenswert, daß sich die Deutschen in dieser Sache keinen Illusionen hingeben. . . . Wir mögen Herrn v. Tirpitz glauben, daß die Befürchtungen, Deutschland wolle England das Seeübergewicht streitig machen, nur Erzeugnisse der Einbildung sind, denn wir haben die Absicht, ihnen diesen imaginären Charakter zu erhalten und wir wollen deshalb die nötigen Vorsichtsmaßregeln ergreifen, um diesen Einbildungen jede Möglichkeit auf Verwirklichung zu nehmen."

Wie man sieht, wissen englische und amerikanische Sezschriftsteller, um was es sich handelt. Nur möchten wir die deutsche Regierung auf etwas aufmerksam machen, woran sie vielleicht nicht denkt, was sie aber bestimmt fürchtet: Die englischen Flottenrüstungen, wie sie als Antwort auf das deutsche Seeprogramm in England geplant werden, führen uns mit todessicherer Bestimmtheit zum Schutzzoll. Auf eine andere Weise sind die Ausgaben für die Flottenpolitik nicht zu decken, da die Sozialreform, die die Arbeiterpartei mit wachsender Kraft verlangt, die normalen Steuerquellen erschöpfen wird. Und was ein imperialbritischer Schutzzoll für die deutsche Industrie bedeuten würde, weiß man in Deutschland.

* *

London, 6. Februar. Morning Post schreibt: Die Vertagung des Abänderungsantrages des radikalen Abgeordneten Macdonald betreffend die Rüstungsausgaben gab gestern abend Veranlassung zu Gerüchten unter den liberalen Mitgliedern des Unterhauses, daß der Kanzler der Schatzkammer es ablehnen werde, den von dem Ersten Lord der Admiralität, Lord Tweedmouth, dem Ministerium unterbreiteten Marinevoranschlag anzunehmen, mit der Begründung, daß die Kosten zu hohe seien und daß der Voranschlag zur Revision an die Admiralität zurückgehen müsse. Es heißt, daß mehr als 130 Liberale sich verpflichtet haben, für Herabsetzung der Rüstungen zu stimmen. Daily Chronicle kann aus bester Quelle mitteilen, daß die erhöhten Ausgaben nicht auf ein zu ausgedehntes Schiffbauprogramm zurückzuführen seien, auch seien sie in keiner Weise durch den deutschen Entwurf beeinflußt; doch sprächen Marinesachverständige ernstlich von einer Erhöhung der Ausgaben um 4 bis 5 Millionen in den nächsten Jahren, vorausgesetzt, daß das deutsche Programm zur Wirklichkeit werde. Daily Mail erfährt, daß das Marinebudget eine Erhöhung um etwa 1 250 000 Pfund Sterling zeigen werde.

Offiziöse Rechenkünstler.

Die „Nordd. Allg. Ztg." zeigt heute, daß sie nicht jedesmal 8 Tage braucht, um Unsinn zu produzieren. Sie polemisiert ebenso lebhaft wie unsinnig gegen unseren gestrigen Artikel „Arm und Reich".

Gegen unsere Darlegungen über die bittere Notlage der Zensiten mit weniger als 900 M. Einkommen weiß sie nichts anderes vorzubringen, als daß zwei Drittel der Bevölkerung mit weniger als 900 M. Einkommen auf dem Lande leben. Einer ländlichen Proletarierfamilie, die mit Hülfe der Frauen- und vielfach auch Kinderarbeit noch nicht 900 M. verdient, geht es aber nach der „Nordd. Allg. Ztg." besser, als einer Familie in der Stadt mit 3000—6500 M. Einkommen! Merkwürdig, daß da gerade die der „Nordd. Allg. Ztg." und ihrem Auftraggeber, dem Fürsten Bülow, so nahestehenden Agrarier stets behaupten, die „Genußsucht" entvölkere das platte Land und treibe die Landproletarier in die Städte und Industriebezirke! Wir hoffen aber, daß die Agrarier nach der Feststellung des offiziösen Blattes, daß man auf dem Lande mit 800 M. besser lebt als mit 4000 M. in der Stadt, nicht nur auf die Getreidezölle verzichten, sondern auch die städtischen Schichten mit 3000 bis 6500 M. Einkommen als ländliche Tagelöhner auf das Land zu ziehen versuchen!

Aber auch als Rechenkünstler ganz eigener Art produzieren sich die Gelehrten des offiziösen Blattes. Wir hatten festgestellt, daß die Einkommen über 100 000 M. prozentual stärker gestiegen seien, als die Einkommen von 3000 bis 100 000 M. Damit bewiesen wir das, um uns der Worte des offiziösen Blattes zu bedienen, „ungesunde Anwachsen des Reichtums in wenigen Händen." Nun belehrt uns aber die „Nordd. Allg. Ztg.", daß die Tatsache, daß die Zahl der Zensiten der Steuerstufe mit mehr als 100 000 M. prozentual gleich geblieben ist (0,07 Proz.), während der Anteil aller übrigen Steuerstufen über 3000 M. prozentual herabgegangen ist, gar nichts beweise. Welchem Vorschüler will das offiziöse Blatt das einreden? Hier die Zahlen:

Einkommensgruppen	Zensiten 1906	Zensiten 1907	Zunahme der Zensiten
3000— 6 500 Mark	362 425	386 376	6,6 Proz.
6500— 9 500 „	70 362	72 815	3,5 „
9 500— 30 500 „	74 755	79 630	6,6 „
30 500—100 000 „	15 760	17 109	8,5 „
über 100 000 „	3 173	3 561	12,5 „

Die Zensiten mit mehr als 100 000 Mark Einkommen vermehrten sich also um 12,5 Proz. gegenüber 3,5—8,5 Proz. aller übrigen Steuerstufen über 3000 Mark! Und da wollen die offiziösen Klopffechter behaupten, daß das keine Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen bedeute? Obendrein ist das Gesamtsteuersoll der Einkommensgruppen

von 3000—100 000 Mark von 55,04 auf 52,14 Proz. gesunken, während das Steuerfoll der Gruppe mit mehr als 100 000 Mark von 14,96 Proz. auf 15,27 Proz. gewachsen ist!

Wenn aber die offiziösen Gelehrten behaupten, der prozentuale Anteil der Kopfzahl der Steuergruppe mit über 100 000 M. Einkommen an der Gesamtbevölkerung, und lediglich darauf komme es an, sei der gleiche (0,03 Proz.) geblieben, während der prozentuale Anteil der übrigen Steuergruppen gewachsen sei, so beweist diese Behauptung nur, daß es um das Rechnen der guten Offiziösen schwach bestellt ist. Denn der prozentuale Anteil ist nicht der gleiche geblieben. Er betrug 1906 (9972 Köpfe : 36 829 724 Köpfen) 0,027 Proz., während er 1907 (11 058 Köpfe : 37 467 246 Köpfen) 0,029 Proz. betrug. Das ist eine Steigerung um 7,7 Proz., eine größere Steigerung, als sie irgend eine andere Steuergruppe von 3000—100 000 M. Einkommen aufzuweisen hat. Was zu beweisen war!

Das offiziöse Organ sollte also künftig lieber keine A-B-C-Schützen mehr mit statistischen Berechnungen beauftragen!

Die Ereignisse in Portugal.

So spärlich auch die Nachrichten sind, die aus Lissabon einlaufen, so lassen sie doch erkennen, daß es sich dabei um eine ausgedehnte Verschwörung gehandelt hat. Franco hat von dem Unwetter, das heraufzog, Kenntnis gehabt. Aber gewissenlos wie er war, suchte er den völligen Zusammenbruch seiner Politik, der das unvermeidliche Ende des Verfassungsbruches sein mußte, aufzuhalten durch das schlimmste Verbrechen, dessen ein Minister fähig ist, durch offenen Landesverrat.

Er hat sich an die spanische Regierung gewandt mit der Bitte, sich auf eine bewaffnete Intervention in Portugal vorzubereiten. Er begründete sein Verlangen mit dem angeblichen Interesse des monarchischen Prinzips, das auf der pyrenäischen Halbinsel nicht erschüttert werden dürfe. Sein Sturz befreite das portugiesische Volk von der Gefahr einer bewaffneten auswärtigen Intervention.

Die neue Regierung scheint eingesehen zu haben, daß es für die Monarchie, wenn überhaupt, nur ein Mittel gibt: bedingungsloses Anerkennen des Volkswillens. Die Republikaner hoffen allerdings auf den Sieg ihrer Sache. Sie verfügen über eine straffe Organisation. Die Partei hat alle Kompromißangebote abgelehnt, die ihr die monarchistischen Parteien angeboten haben und betreibt mit aller Energie die jetzt einsetzende Wahlagitation.

Ueber die neuesten Ereignisse berichten folgende Telegramme:

Ein Versprechen des Königs.

Lissabon, 6. Februar. Im Amtsblatt wird ein Schreiben des Königs an den Ministerpräsidenten veröffentlicht, in welchem der König seinen Willen dahin kundgibt, daß die Finanzverwaltung des königlichen Palastes nur über solche Mittel verfügen soll, die vom Parlament bewilligt worden sind.

Freilassung der politischen Gefangenen.

Lissabon, 7. Februar. Außer den drei republikanischen Abgeordneten, welche bereits im Laufe des gestrigen Tages in Freiheit gesetzt wurden, sind auch nunmehr die beiden republikanischen Journalisten Borges und Chagas freigelassen worden. Ersterer ist der Direktor des Blattes „El Mundo". Die beiden Dissidenten-Progressisten Mouiz and Ribeira Brava sind im Laufe des Abends ebenfalls in Freiheit gesetzt worden. Alle diese Gefangenen erhielten erst nach dem Verlassen des Gefängnisses Kenntnis von der Ermordung des Königs und des Thronfolgers.

Francos Flucht.

Madrid, 6. Februar. Der frühere portugiesische Ministerpräsident Franco ist hier eingetroffen; er wird heute abend wieder abreisen, wahrscheinlich nach Paris.

Madrid, 7. Februar. Das Personal des Hotels, in dem der Exdiktator abgestiegen ist, hat strenge Anweisung erhalten, keine Auskunft über ihn zu geben. Umfassende Maßregeln sind getroffen, um die gegen Franco geplanten Kundgebungen zu vereiteln. Wahrscheinlich wird Franco heute abend nach Frankreich abreisen; doch verlautet andererseits, der Exdiktator beabsichtige, sich nach Deutschland zu begeben, um seinen Sohn an einer deutschen Universität immatrikulieren zu lassen.

Republikanische Wahlagitation.

Lissabon, 7. Februar. Die Republikaner haben eine lebhafte Kampagne begonnen angesichts der Wahlen, welche am 15. März stattfinden sollen. Sie verlangen für das Volk das Recht, in aller Freiheit wählen zu können.

In der italienischen Kammer.

Rom, 7. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) In der heutigen Sitzung pöbelte der reaktionäre Abgeordnete Santini die äußerste Linke an, die bei der Abstimmung der Sympathieerklärung für die portugiesische Königsfamilie sitzen geblieben war. Die Republikaner und Sozialisten unterbrachen stürmisch den Denunzianten. Ferri ruft in großer Erregung: Das Volk hat das Recht, einen König, der in schnöder Weise die Verfassung mit Füßen tritt, zu richten. Diesen Worten folgte ein großer Lärm, der sich erst legte, als der Präsident mit der Aufhebung der Sitzung drohte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar 1908.

Zuckerkonvention und Militärhandwerker.

Aus dem Reichstage. Nach längerer Verhandlung hinter den Kulissen zwischen der Regierung und den Blockparteien war zwischen ihnen ein Kompromiß über die Zuckerkonvention und die Herabsetzung der Zuckersteuer erzielt worden, das der heutigen zweiten Lesung des Konventionsnachtrages zur Grundlage diente. Der Unterschied zwischen dem in der Kommission auch unter unserer Zustimmung angenommenen Antrag Schwerin und dem nunmehr vorgelegten Kompromißantrag Bassermann ist der folgende: Beide Anträge sprechen die Zustimmung zu der Konventionsergänzung aus. Beide Anträge fordern auch die Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 M. auf 10 M. für den Doppelzentner. Während aber der Antrag Schwerin der Regierung die bindende Verpflichtung auf Herabsetzung der Steuer bis zum 1. April 1909 auferlegt, indem die Ratifizierung der Konvention von der Zustimmung der Regierung zu dieser Herabsetzung abhängig gemacht wird, fehlt diese bindende Verpflichtung völlig in dem Antrag Bassermann. Ferner enthält der Antrag Schwerin die Bestimmung, daß „eigene Einnahmen des Reichs" für die Deckung des durch Reduzierung der Zuckersteuer bewirkten Einnahmeausfalls genügen sollen, während der Antrag Bassermann ausdrücklich die Einführung neuer Steuern, und zwar in der Höhe von mindestens 35 Millionen Mark für das Jahr ausbedingt. Diese letztere Bestimmung, die also dauernd größere Einnahmen der Regierung zusichert für einen nur vorübergehenden Einnahmeausfall, macht, abgesehen von der Abschwächung in dem Vordersatz, den Antrag Bassermann für die Sozialdemokratie unannehmbar.

In der Debatte verlas der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg eine Erklärung, in der die Kompetenz des Reichstages, bei der Bewilligung von internationalen Verträgen der Regierung Bedingungen zu stellen, bestritten wird, weshalb der Antrag Schwerin für sie unannehmbar sei. Dagegen erklärt sie sich für den Antrag Bassermann.

Sämtliche Blockparteien ließen durch ihre Vertreter gleichfalls ihre Zustimmung erklären. Für das Zentrum erklärte sich Dr. Spahn gegen den Antrag, zum Teil aus den nämlichen Gründen, die auch für uns entscheidend sind. Er machte aber außerdem gegen den Antrag Schwerin geltend, daß der Reichstag keine Bedingungen an die Zustimmung zu einem internationalen Vertrag knüpfen dürfe, weil die Reichsverfassung den Abschluß von Verträgen dem Kaiser vorbehalte. Das ist natürlich widersinnig; denn sobald die Rechtsgültigkeit internationaler Verträge von der Zustimmung des Reichstags abhängig gemacht ist, entspringt daraus von selbst für den Reichstag das Recht, an seine Zustimmung Bedingungen zu knüpfen, die außerhalb der Rechtssphäre des Vertrags bindend für die Reichsregierung gemacht werden können.

Für die Sozialdemokratie motivierte Genosse Südekum unseren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Ausbedingung einer 35 Millionensteuer, während wir dem übrigen Teil des Antrages Bassermann sowie der Konvention zustimmen könnten.

Um den einen Teil des Antrages annehmen, den anderen eventuell ablehnen zu können, beantragte Genosse Singer ein Amendement, im ersten Absatz den zweiten Teil, der sich auf die 35 Millionensteuer bezieht, zu streichen. Das versuchten Herr v. Normann und Herr Bassermann als einen Antrag auf getrennte Abstimmung auszulegen, den die Antragsteller nicht zu gestatten brauchten. Der Präsident Graf Stolberg stimmte ihnen zu und erklärte, deshalb das Haus befragen zu wollen, ob es den Antrag Singer zulassen wolle oder nicht. Gegen diese geschäftsordnungswidrige Auffassung ergriff Singer mehrmals das Wort. Es gelang ihm denn auch, die Mehrheit des Hauses zu überzeugen, daß sich Normann, Bassermann und Graf Stolberg im Unrecht befanden. Gegen die Stimmen der drei konservativen Parteien und der Nationalliberalen wurde die geschäftsordnungsmäßige Berechtigung des Antrages Singer anerkannt. In der sachlichen Abstimmung fiel er dann allerdings gegen die Blockparteien durch. In der Schlußabstimmung wurde darauf der gesamte Antrag Bassermann in namentlicher Abstimmung von den Blockparteien angenommen. Die Konvention selbst erhielt die einmütige Zustimmung des Hauses.

Dann wurde gleichfalls in namentlicher Abstimmung von den Blockparteien der Antrag auf Entnahme einer Gehaltszulage für Oberstleutnants aus dem Aggregiertenfonds angenommen. In der weiteren Beratung des Militäretats brachte Genosse Stücklen Beschwerden der Militärschneider in Altona-Bahrenfeld über Mißstände in den Bekleidungswerkstätten zur Sprache. Es handelte sich da wesentlich um eine rigorose Betriebsordnung in den Werkstätten und um Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter. Der General v. Lochow bewies in seiner Verteidigungsrede, daß ihm jedes Verständnis für die Notwendigkeit und den Wert einer gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter völlig abgeht.

Genosse Boehle brachte zur Sprache, daß in Straßburg militärisches Fuhrwerk unberechtigterweise zu Privatzwecken gebraucht würde.

In der weiteren Debatte leistete der freikonservative Abgeordnete Bahrenhorst-Harburg eine treffliche Redeblüte. Indem er mit feurigem Pathos die Pferdezucht in der Lüneburger Heide pries, schmetterte er schließlich den Satz heraus, daß dort „die jungen Leute die Remontezucht schon mit der Muttermilch einatmen." Mit diesem Musterbeispiel unfreiwilliger Heidschnuckenkomik erzielte er einen stürmischen Heiterkeitserfolg.

Dann wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Die Anklage gegen die Wahlrechtsdemonstranten.

Unter dem Rubrum „Adler und Genossen" ist siebzehn Genossen, deren Personalien am 10. bezw. 12. Januar von der Polizei festgestellt worden sind, eine Anklage zugegangen. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt. Da die Polizei nur auf Leute eingehauen haben will, die sich widersetzt haben, so ist es von Interesse mitzuteilen, daß der von der Polizei mit Säbelhieben traktierte Kriminalbeamte Kassube, Kopenhagener Straße 26 wohnhaft, sich nicht unter den Angeklagten befindet.

Der Reichsfinanzjammer.

beschäftigte auch die Zweite Kammer des sächsischen Landtags am Donnerstag. Den Anlaß dazu gab eine freisinnige Interpellation, durch die die Regierung um Auskunft darüber ersucht wurde, welche Stellung sie zu der veränderten Finanzlage des Reiches einzunehmen gedenke. Diese Eingabe hat schon ein Vorspiel. In Gestalt einer Anfrage zur Geschäftsordnung des Hauses interpellierte bereits am 19. Dezember, der letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien, der konservative Führer Opitz den Finanzminister der Reichsfinanzpläne wegen, besonders auf den Plan verweisend, die Matrikularbeiträge statt nach der Kopfzahl nach der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten zu erheben, wobei für Sachsen eine Mehrbelastung herauskäme. Schon damals erklärte sich der Finanzminister gegen diese „Veredelung der Matrikularbeiträge" und gegen jede direkten Reichssteuern. Am Donnerstag ergänzte er seine damaligen Erklärungen und kennzeichnete dabei auch die Reichsfinanzlage. Er führte dabei u. a. aus: Das Reich leide an einem chronischen Defizit, das zurzeit auf 225 Millionen Mark angewachsen ist, und für das Jahr 1908 ist infolge des geringen Ertrages der neuen Steuern, die um 80 Millionen Mark hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, ein weiteres Defizit von 124 Millionen zu erwarten. (Hört! hört!) Dabei sei noch gar nicht berücksichtigt, daß die Tilgung der Reichsschulden eine völlig ungenügende sei. Zu alledem komme aber noch der ungünstige Moment, daß der Geldmarkt unter einer großen Spannung leide, wovon die Reichsfinanzen ebenfalls berührt würden. Es sei kein bares Geld in der Reichskasse, weil die Matrikularbeiträge haben gestundet werden müssen. Der Schatzsekretär mußte sich daher mit Reichsschatzanweisungen behelfen, die so zahlreich ausgegeben werden mußten, daß der Markt davon übersättigt ist. Nachdrücklich müsse aber betont werden, daß es höchste Zeit sei, gegen die jetzige Reichsfinanzschwierigkeit einzuschreiten, wenn die Kreditfähigkeit des Reiches nicht Schaden leiden solle. Unter diesen Verhältnissen bleibe ein anderer Weg nicht übrig, als daß das Reich von den ihm verfassungsmäßig zustehenden indirekten Steuern mehr Gebrauch mache als bisher. (Hört! hört!)

Schließlich polemisierte der Finanzminister Dr. Rüger noch gegen die Veredelung der Matrikularbeiträge, die nicht nur eine größere Belastung für Sachsen im Gefolge habe, die auch zur Verewigung dieser Beiträge führen würde. Derartige Reichssteuerpläne seien geeignet, die Einzelstaaten dem Ruin entgegenzuführen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Ursache des Reichsfinanzjammers treffend unter Hinweis auf die Milliarden dargelegt, die für Militär und Flotte geopfert worden seien, wobei auch die freisinnige und nationalliberale Blockpolitik gebührend gekennzeichnet wurde. Mit dem Standpunkte des Finanzministers erklärten sich die Konservativen völlig einverstanden, während die nationalliberalen Redner ihm Mangel an großen nationalen Gesichtspunkten vorwarfen. Nach fünfstündiger Dauer machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende. Irgendein positives Ergebnis hatte die Debatte freilich nicht; sie war aber ein Zeichen in der Zeit des Reichsfinanzelends. —

Ein offenherziger Junker.

In einer konservativen Versammlung in Kottbus hat jüngst der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Kottbus-Spremberg, der Junker v. Dirksen, seinem Herzen Luft gemacht über die Frechheit der Arbeiterschaft, gleiches Wahlrecht, und die Unverschämtheit der Arbeitslosen, Arbeitsgelegenheit zu fordern. Der Herr hat geglaubt, daß er sich im Kreise seiner Klassengenossen keinen Zwang aufzuerlegen braucht und aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Er sagte:

> Unreife Bengels und Arbeitslose haben demonstriert und das freie, geheime Wahlrecht verlangt; mögen sie lieber aufs Land gehen und arbeiten, aber dazu ist die Gesellschaft zu faul. In großen Versammlungen haben die Arbeitslosen Forderungen gestellt, daß der Staat Bauten in Angriff nehmen und Löhne nach den gewerkschaftlichen Forderungen bezahlen solle. Solche Forderungen stellt die Bande, ich kann sie nicht anders nennen. Sie ist selbst schuld an der Arbeitslosigkeit. Ich habe mit ruhigen und auch nichtkonservativen Leuten über die Demonstrationen gesprochen und die sagten: Es wäre doch besser, wenn mit scharfen Patronen geschossen würde, und wenn auch Blut geflossen wäre, wir hätten uns doch wenigstens „Ruhe" verschafft.

Die „Volksstimme" zu Kottbus hat diese Bekenntnisse einer schönen Junkerseele aufgegriffen, und eine Protestversammlung gegen das Reichsvereinsgesetz, die am letzten Sonntag in Kottbus stattfand, kennzeichnete den Herrn Reichsboten in gebührender Weise in einer Protestresolution. Die „Volksstimme" teilte zugleich mit, daß die Dirksenschen Schimpfereien durch unsere Genossen allen Wählern des Wahlkreises zugänglich gemacht werden. Das scheint dem Herrn aber nicht ganz recht zu sein, denn er hat in der bürgerlichen Presse eine Berichtigung losgelassen, in der er zwar seine Beschimpfungen der Wahlrechtsdemonstranten und der Arbeitslosen nicht bestreitet, aber sich doch dagegen verwahrt, daß er Sehnsucht nach einer Straßenschlächterei unter dem Proletariat habe. Er will „feststellen", daß die ihm in den Mund gelegte Aeußerung: „es wäre doch besser, wenn mit scharfen Patronen geschossen würde; und wenn auch Blut geflossen wäre, wir hätten uns doch wenigstens Ruhe verschafft", selbstverständlich von mir nicht getan worden ist. Ich habe nur mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß nicht bei früheren Anlässen von Anfang an schärfer gegen solche verdammungswürdigen Straßendemonstrationen vorgegangen sei, um sie im Keime zu ersticken und allen Beteiligten die Lust zur Wiederholung zu nehmen. Dadurch würde der Wiederkehr derartiger Vorgänge wirksam vorgebeugt worden sein, die unvermeidlich zu Blutvergießen führen und Tausende von Irregeleiteten ins Unglück stürzen müßten, während die Anstifter im Hintergrund bleiben."

Der Herr v. Dirksen scheint zu fürchten, daß nicht alle Wähler des Kreises Kottbus-Spremberg denselben Geschmack haben mögen wie seine Mitjunker. Und ohne eine Majorität der Wähler gibt's dummerweise unter dem verdammten Reichstagswahlrecht kein Mandat. Deshalb die nachträgliche Retusche. Herr v. Dirksen sagt natürlich nicht die Unwahrheit. Bewahre — er hat ja die von ihm bestrittene Wendung nicht als seine eigene Meinung ausdrücklich deklariert. Aber er sagt auch nicht die ganze Wahrheit, nämlich daß er die Worte als die anderer ruhiger Leute zitiert hat und daß er sich nicht gegen diese Meinung ausgesprochen hat! Er darf sich danach wirklich nicht wundern, wenn die Oeffentlichkeit annimmt, daß die Meinung der „ruhigen Leute" auch die des Herrn v. Dirksen ist. Unsere Junker sind ja im allgemeinen nicht so zimperlich; dem Proletariat einen Aderlaß nicht zu gönnen. Nur sind sie nicht immer so offenherzig, wie es der Junker v. Dirksen zu Kottbus gewesen ist. —

Die Protestbewegung gegen den Reichsvereinsgesetz-Entwurf.

In Magdeburg fanden am Mittwoch fünf gut besuchte Protestversammlungen statt, in allen wurde die Protestresolution angenommen.

In Brandenburg a. H. fanden am Montag abend drei große Volksversammlungen statt, an denen insgesamt mehr als 2000 Personen beiderlei Geschlechts teilnahmen. Die Reichstagsabgeordneten Brey, Brühne und Severing referierten über den zurzeit in Kommissionsberatung befindlichen Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes, worauf in allen drei Versammlungen gleichlautende Resolutionen einstimmig beschlossen wurden, die vom Reichstage die Ausmerzung der von den sozialdemokratischen Rednern kritisierten Bestimmungen des Entwurfs verlangen. Der „nationale" Abgeordnete von Brandenburg-Westhavelland, Oberlehrer Dr. Görcke, war eingeladen, in einer dieser Versammlungen seinen Standpunkt zu vertreten. Wer aber nicht kam, war natürlich Herr Görcke. Jedenfalls hat dieser „tapfere" Führer des „Reichsverbandes" durch seine Absage deutlich genug verraten, daß er dem „Kampf gegen die Sozialdemokratie", den er auf seine Fahne geschrieben, wenn's drauf ankommt, doch lieber aus dem Wege geht. —

Die Rache der Kurie.

Herr Professor Dr. Schnitzer in München scheint doch ein festeres Rückgrat zu besitzen, als sein Kollege Ehrhard von der Straßburger Universität. Nach Berichten aus München hat er sich entschieden geweigert, sein Urteil über die jüngste Enzyklika des Papstes zu widerrufen. Er will es also auf die Exkommunikation und ihre Folgen ankommen lassen. Die klerikale „Augsburger Postzeitung" kündigt ihm bereits an, daß die römische Kurie ihre Rache nehmen wird:

> „Der Fall Schnitzer ist wenig geeignet, eine besondere Aufregung hervorzurufen. Er liegt sehr einfach. Ein Gelehrter kommt, in ein neues, besonders klippenreiches Gebiet hineingeworfen, zu Ueberzeugungen, die sich mit der Lehre der Kirche in keiner Weise mehr decken. Es drängt ihn, die Sache zur Klärung zu bringen. Er schreibt darum einen im höchsten Grade herausfordernden Artikel gegen einen feierlichen Erlaß der höchsten kirchlichen Autorität.

Er ist darüber klar, was daraus folgen wird und bereit, die Konsequenzen zu tragen. Ein Zurück gibt es für ihn nicht; denn der Grund des Konflikts liegt in keiner Frage der Disziplin oder Pietät, sondern direkt in seiner inneren Zerfallenheit mit dem Dogma. Die Kirche wird ihrerseits nicht zögern, das zu tun, was ihres Amtes ist. Das staatsrechtliche Nachspiel mag interessieren. Allein es wird nur ein Nachspiel sein."

Aus den Reichslanden.

Straßburg, 6. Februar.

Im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen begann am Dienstag, 4. Februar, die erste Lesung des Etats mit einer Rede des Staatssekretärs v. Köller. Er stellte zunächst fest, daß die Einnahmen im Jahre 1906 ein Mehr von 4 Millionen gegen den Etatanschlag ergaben, infolge dessen statt 8 361 000 M. Anleihe nur 482 000 M. Anleihe aufgenommen worden sind. Das Jahr 1907 werde ähnlich günstig abschließen, so daß statt 2,5 Millionen Anleihe nur etwa 250 000 M. nötig seien. Der Etat für 1908 belaufe sich auf 63 640 000 M., rund 3 Millionen mehr als im Vorjahre. Vorgesehen sei eine Anleihe von 3 800 000 M., 1 300 000 M. mehr als 1907. Rund 1 200 000 M. wurden für Erhöhung der Beamtengehälter gefordert. Die wenigen Unterbeamten, die jetzt noch schlechter stehen als die Beamten des Reiches, sollten mit diesen gleichgestellt werden. Ganz besonders aber galt die Gehaltserhöhung den mittleren Beamten, während von den höheren Beamten nur ein geringer Teil bedacht würde. 80 000 bis 100 000 Mark seien notwendig, weil nach dem Vorgange Preußens für die Richter das Dienstaltersstufensystem eingeführt werden soll. Die Erwägung des Umstandes, daß vor nicht langer Zeit, im Jahre 1904 (Festsetzung des Mindestgehalts für Lehrer auf 1100 M., für Lehrerinnen auf 1000 M.) für die Lehrer, wenn auch nicht genügend, so doch etwas geschehen sei, habe die Regierung veranlaßt, zunächst etwas für die Beamten zu tun, und die Gehaltserhöhung für die Lehrer einem späteren Etat vorzubehalten. Aber die wenig erfreuliche Agitation der Lehrer, ebenso die wenig erfreulichen Auslassungen der Presse sollten die Regierung nicht abhalten, für die Lehrer einzutreten, soweit dies von der Regierung als nötig erkannt werde. Er erkenne an, daß die Lehrerbesoldung einer Verbesserung bedürftig sei, aber angesichts der gegenwärtigen Finanzlage sei es unmöglich, in diesem Jahre etwas zu tun. Im nächsten Jahre werde man versuchen, den Wünschen der Lehrerschaft gerecht zu werden, ein formelles Versprechen könne man aber nicht geben. Auch halte die Regierung die geforderten Aufbesserungen für zu hoch.

Auch die Erhöhung der Gehälter der katholischen Geistlichen habe in dem Etat keine Berücksichtigung gefunden. Das einfachste Mittel hierzu, eine katholische Kirchensteuer zu erheben, habe der Bischof von Straßburg abgelehnt. Bei Erhöhung der Lehrergehälter und noch anderer Ausgaben ergäben sich für die nächsten Jahre 8 Millionen an höheren Bedürfnissen, die zu beschaffen seien. Dazu komme noch die Frage der Gemeindesteuerreform. Es könne nicht so weiter gehen, daß die Gemeinden lediglich auf die Zuschläge zu den Staatssteuern angewiesen seien. Die Steuerkraft des Landes werde durch erhebliche Zuschläge von Bezirk und Gemeinde belastet. Die ganze Frage der Steuerreform gipfele einfach in der Einführung einer progressiven Einkommensteuer und Ueberweisung der Liegenschaften an die Kommunen.

Nachdem der Staatssekretär noch das Schicksal einiger früherer Wünsche und Anträge des Landesausschusses und seiner Mitglieder besprochen hatte, kam er auf die Verfassungsfrage zu sprechen und verlas hierzu ein Schreiben des Reichskanzlers an den Statthalter, in dem Bülow mitteilt, daß der Bundesrat einen Teil der Anträge des Landesausschusses als zur weiteren Verfolgung geeignet bezeichnet habe, während ein anderer Teil auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Der Reichskanzler hofft, daß die Beratungen des Bundesrates dazu führen werden, die Verfassung von Elsaß-Lothringen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung fortzubilden und so auch die Wünsche des Landesausschusses in bestimmten Grenzen der Erfüllung entgegenzubringen. Ein echter Bülowscher Tratsch. Er wurde vom Landesausschuß mit eisigem Schweigen aufgenommen. Niemand wußte, was er mit diesem Diplomatengeseire anfangen sollte.

In der Debatte kritisierte der Abg. Weber die Nichtberücksichtigung der Lehrer bei den Gehaltserhöhungen und die vorsichtige Abfassung des reichskanzlerischen Schreibens.

Der Abg. Wetterlé (Z) bemerkte, die elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten hätten alles getan, um die Verfassungsfrage im Reichstage ins Rollen zu bringen, sie seien alle darin einig, für Elsaß-Lothringen die volle Autonomie zu verlangen.

Abg. Wolf (lib.) glaubt nicht, daß der Fehlbetrag im Etat durch Mehrergebnisse der Einnahmen gedeckt werden könne, man werde in höherem Maße zur Aufnahme von Anleihemitteln greifen müssen. Die Beamtengehaltsaufbesserung lehne sich zu sehr an das preußische Muster an, ohne den Wohnungsgeldzuschuß mit einzuführen. Dies werde eine ständige Quelle der Unzufriedenheit bleiben. Unabweisbar sei noch in dieser Session eine Teuerungszulage und die Gehaltsaufbesserung für die Lehrer. Die Steuerreform müsse sofort in Angriff genommen werden.

Erregt wandte sich v. Köller gegen den Vorredner, der ihm Verschleierung des Etats vorgeworfen hätte. Wolf möge seine Vorschläge an seinen, Köllers Nachfolger wenden, er werde nicht mehr lange auf seinem Posten sein. —

Gegen weitere Belastungen des Tabaks.

Die Tabakarbeiter wehren sich energisch gegen die von der Regierung und der Rechten geplante Mehrbelastung des Tabaks. Bisher haben, soweit die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands in Berlin benachrichtigt wurde, an folgenden Orten Protestversammlungen stattgefunden: Berlin, Cüstrin, Cottbus, Dahme, Finsterwalde, Frankfurt a. O., Jüterbog, Rauen, Neudamm, Prenzlau, Schwedt a. O., Schwiebus, Sommerfeld, Sorau, Spandau, Spremberg, Trebbin, Zehdenick, Züllichau, Hamburg, Elmshorn, Parchim, Kellinghusen, Pinneberg, Bergedorf, Uetersen, Kiel, Hadersleben, Hagenow, Bremen, Bernburg, Dessau, Hannover, Braunschweig, Seesen, Gandersheim, Ildehausen, Groß-Rhüden, Magdeburg, Halberstadt, Nordhausen, Treffurt, Spenge, Löhne, Köln, Düsseldorf, Orsoy, Wetzlar, Hainstadt, Kroffdorf, den beiden Lippe und Waldeck, Holzhausen, Barntrup, Lemgo, Rahden, Schötmar, Minden, Rehme, Emigloh, Oerlinghausen, Höxterstädt, Hausberge, Sonneborn, Rheda, Vlotho, Burgsteinfurth, Westerenger, Bünde, Herford, Lorsch, Heppenheim, Lampertheim, Viernheim, Groß-Hausen, Griesheim, Pfungstadt, Mainz, Alzenau, Biebrich, Wiesbaden, Frankfurt, Höchst, König, Pfaffenherfurt, Fr.-Crumbach, Hanau, Rückingen, Langenselbold, Orb, Groß-Steinheim, Klein-Steinheim, Groß-Auheim, Klein-Auheim, Klein-Krotzenburg, Dietesheim, Froschhausen, Seligenstadt, Gießen, Wieseck, Heuchelheim, Gleiberg, Launsbach, Witzmar, Botzberg, Groß-Linden, Kesselbach, Alten-Buseck, Rödchen, Trohe, Reiskirchen, Burkhardsfelden, Steinberg, Staufenberg, Schotten, Lollar, Würzburg, Speyer, Kaiserslautern, Edingen, Hoffenheim, Hockenheim, Fußgönheim, Leimen, Neilingen, Oggersheim, Karlsruhe, Offenburg, Neufreistett, Straßburg, Denzlingen, Friesenheim, Hüningen, St. Ludwig, Dinglingen, Emmendingen, Erfurt, Altenfeld, Groß-Breitenbach, Breitenbach, Giesbach, Gillersdorf, Neustadt, Schnellmannshausen, Unterneubrunn, Halle a. S., Leipzig, Schkeuditz, Waldheim, Dresden, Döbeln, Johann-Georgenstadt, Freiberg, Frankenberg, Großröhrsdorf, Bretnig, Rawitsch, Ratibor, Neumarkt und Wansen, Posen, Oppeln, Liegnitz, Glatz, Schönlanke, Peisterwitz, Steindorf, Jauer, Striegau, Hirschberg, Peterswaldau, Langenbielau, Birnbaum, Ohlau, Haynau, Görlitz, Frankenstein, Schweriu, Brieg, Goldberg, Schönberg, Schweidnitz, Breslau, Trebnitz, Muskau, Strehlen, Greiffenberg und Sprottau.

Außer diesen Versammlungen der Tabakarbeiter haben noch große Protestversammlungen der Tabakinteressenten, Händler, Fabrikanten usw. stattgefunden. Zu den obenerwähnten Versammlungen der Tabakarbeiter waren durchgängig die Reichstagsabgeordneten der betreffenden Wahlkreise eingeladen. Die in diesen Versammlungen angenommenen Resolutionen, die energisch gegen die Mehrbelastung der Tabakindustrie, sei es durch Erhöhung des Tabakzolles, sei es durch Einführung der Zigarren-Banderolensteuer protestieren und jede weitere Belastung der Tabakindustrie als ein Verbrechen an den Aermsten des Volkes bezeichnen, wurden den betreffenden Abgeordneten des Reichstages zugestellt.

Die Abhängigkeit der Gastwirte von der Polizei

ist bekanntlich auch sonst schon eine fast bis zur Wehrlosigkeit gehende. In Breslau aber wird sie noch durch das System der sogenannten halben Konzession verschärft. Diese besteht darin, daß der Restaurateur zwar die Genehmigung zum Ausschank von Bier, nicht aber von Korn und Schnaps erhält. Nun weiß es in Breslau jedes Kind, daß dort gerade die kleinen Kneipen, in denen Arbeiter verkehren, ohne Kornausschank nicht existieren können, und daß sie deshalb alle ohne Ausnahme entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Korn verschänken. Auch die Polizei weiß das, und mancher kleine Gastwirt, der es wagte, die „Volkswacht" auszulegen oder sein Vereinszimmer den Arbeiterorganisationen zur Verfügung zu stellen, hat es zu spüren bekommen, während bei anderen oft genug ein Auge zugedrückt wurde.

Dieser unwürdige Zustand war für die Breslauer Stadtverordneten mitbestimmend gewesen, ein anderes Ortsstatut zu schaffen, welches nur ganze Konzessionen kennt. Nur für eine Uebergangszeit sollten die halben Konzessionen noch fortbestehen. Nun sollte man meinen, daß man wenigstens für die kurze Galgenfrist die halben Konzessionäre in Ruhe ließe. Doch das polizeiliche Vorgehen gegen diejenigen unter ihnen, von denen angezeigt wird, daß sie Schnaps schänken, ist gerade jetzt ein so rigoroses geworden, daß es höchste Erbitterung und Aufregung in den beteiligten Kreisen hervorrief und schließlich, da die Meinung verbreitet war, der Stadtausschuß spiele dem Polizeipräsidenten gegenüber den Scharfmacher, zu einer Interpellation in der Stadtverordnetenversammlung führte.

Viel praktischen Wert für die Gastwirte konnte sie bei der Ohnmacht kommunaler Selbstverwaltung einer königlich preußischen Polizei gegenüber natürlich nicht haben, aber sie gab wenigstens dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Genossen Schütz Gelegenheit, einmal im Stadtverordnetensaale auf das bürgerfeindliche Verhalten des Polizeipräsidenten Dr. Bienko und die unwürdige Abhängigkeit der Gastwirte von der Polizei hinzuweisen. Sehr viel zum Verständnis für die Bedeutung dieser Abhängigkeit trug auch die Erklärung des Oberbürgermeisters Dr. Bender bei, daß der Stadtausschuß zwar keine halben Konzessionen mehr erteile, daß aber der Bezirksausschuß trotzdem bei erfolgendem Einspruch noch immer halbe Konzessionen verleihe.

Die Abhängigkeit der Gastwirte wird also bleiben, wenn sie sich nicht selbst von ihr befreien. —

Ein kleiner Lynar.

Der Leutnant Hannig vom 175. Infanterieregiment war vom Kriegsgericht in Neisse wegen Vergehens gegen § 175 und Mißbrauchs der Dienstgewalt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Auf Berufung des Gerichtsherrn hin hat das Breslauer Ober-Kriegsgericht die Strafe auf drei Jahre erhöht.

Das Memeler Denkmal. Durch ein Versehen hat bei dem Artikel „Das Memeler Denkmal" von Ludwig Thoma in der Donnerstags-Nummer des „Vorwärts" der Vermerk gefehlt, daß wir den Artikel der Halbmonatsschrift „März" entnommen hatten. Wir tragen das hiermit nach. —

Dänemark.

Ministerielle Verschlechterung des Wahlrechtsvergleiches.

Der Vergleich, der im Landsthingsausschuß zwischen den Konservativen und Regierungsliberalen über die kommunale Wahlrechtsreform zustande gekommen ist, der zwar das Zweiklassenwahlrecht in den Provinzstädten und Landgemeinden beseitigt, auch den Frauen und dem Gesinde das Wahlrecht bringen soll, dafür aber zu den Amtsräten eine neue Art von Privilegiertenwahlrecht einführen will, scheint der „liberalen" Regierung, soweit die Reform sich auf Kopenhagen bezieht, noch zu liberal. Bekanntlich ist für Kopenhagen, wo das Wahlrecht jetzt schon gleich, aber an ein Steuereinkommen von mindestens 1000 Kronen gebunden ist, die Herabsetzung dieses Zensus auf 800 Kronen vorgesehen, während im übrigen in der Hauptstadt wie in allen Kommunen das Proportionalsystem eingeführt wird. Nun hat der Minister des Innern Berg im Landsthingsausschuß eine kommunale Verfassungsrevision vorgeschlagen, wonach in Kopenhagen die Magistratsräte von der Stadtverordnetenversammlung in Zukunft ebenfalls nach dem Proportionalsystem gewählt werden sollen. Bis jetzt war alle sechs Jahre einer der vier Magistratsräte neu zu wählen, die einfache Mehrheit entschied und die Mehrheitsparteien — Sozialdemokraten und Radikale — konnten nach und nach die reaktionären Elemente aus dem Magistrat hinauswählen. Es war nach den bisherigen Wahlerfolgen mit Sicherheit anzunehmen, daß die Mehrheitsparteien innerhalb dreier Jahre die Mehrheit im Magistrat erlangten. Das will der Minister Berg dadurch verhindern, daß die Magistratsräte mit einem Mal gewählt und ihre Aemter der Stärke der Parteien entsprechend verteilt werden. Die reaktionären Magistratsräte können dann im Verein mit ein paar alten Bürgermeistern und mit dem Oberpräsidenten eine Mehrheit bilden, und ein Bollwerk der Reaktion gegen die sozialdemokratisch-radikale Stadtverordnetenmehrheit sein. Bisher hatten die Stadtverordneten das Recht, mit Dreiviertelmehrheit die Absetzung eines Bürgermeisters zu beschließen, ohne an die Zustimmung der Regierung gebunden zu sein. Nach Einführung der Proportionalwahl wird dies der Mehrheit unmöglich gemacht, denn die Steuerklausel verbunden mit dem Frauenwahlrecht, das ja unter diesen Umständen den Wohlhabenden vielmehr zugute kommt als der Arbeiterschaft, wird der Reaktion gewiß eine genügend starke Minderheit sichern, um einen Bürgermeister im Amte zu erhalten, wenn er sich auch noch so undemokratisch benimmt.

Rußland.

Der Polizeisumpf.

Die Interpellation, die der Abgeordnete Maklakoff aus Anlaß des gerichtlich nachgewiesenen Lockspitzeltums in der Wilnaer politischen Schutzabteilung in die Duma einbrachte, stützt sich auf die Akten des Wilnaer Bezirksgerichtes, das im Juli vorigen Jahres feststellte, daß die Wilnaer Geheimpolizei revolutionäre Schriften und Waffen einschmuggelte, um die Möglichkeit zu gewinnen, „politische" Prozesse zu inszenieren und zahllose Personen ins Gefängnis zu werfen. Besonders interessant ist es, daß der Gehülfe des Ministers des Innern Makarow in einem Schreiben an den Kriegsminister feststellt, daß das Ministerium des Innern in dem Verfahren jener Polizeiagenten nichts Gesetzwidriges erblicke. Damit wäre also der offizielle Beweis erbracht, daß das Lockspitzeltum vom Ministerium des Innern als notwendig anerkannt wird. Zahlreiche Fälle im Inlande wie im Auslande (so die jüngste Affäre des Provokateurs Tannenbaum in Lausanne, der einige Personen dazu verleitete, eine „Expropriation" zu veranstalten) gewinnen dadurch ihr besonderes Gepräge.

Daß für die Durchführung derartiger „nicht gesetzwidriger" Aktionen Geld — und viel Geld — erforderlich ist, versteht sich von selbst. Die Höhe der Summen, die für „geheime" Zwecke verausgabt werden, entzieht sich jeder Berechnung. Hier kann auch die Duma nicht Wandel schaffen, denn die Regierung hat sich vor jeder Kontrolle ihrer Angaben fürsorglich gesichert. Jedenfalls belaufen sich die Ausgaben für politische Spionage usw. auf viele Millionen, und mit jedem Jahre wachsen die Forderungen für Polizei, Gendarmerie und die „Organe des politischen Schutzes". So wurde noch vor kurzem der Gesetzentwurf in die Duma eingebracht, in dem die Kreierung von zwei Geheimpolizeiabteilungen ersten Ranges, 12 zweiten und 73 dritten Ranges vorgesehen wird, für die insgesamt ein Kredit von 898 000 Rubel jährlich erforderlich ist. Außerdem soll den Gouverneuren für „sekrete Zwecke" ein Kredit von 285 000 Rubel jährlich überwiesen und zirka eine Million für Verstärkung der Polizei assigniert werden. —

* * *

Sosnowice, 7. Februar. Gestern fand auf der Station Sosnowice eine Leibesdurchsuchung aller aus Kattowitz kommenden Personen statt. Bei der russischen Polizei war eine Anzeige eingegangen, von Deutschland würde eine große Menge Waffen eingeschmuggelt. Es wurden zwölf Browningpistolen gefunden; zwei Personen wurden verhaftet und nach Petrikau übergeführt. —

Die Bauernabgeordneten revoltieren.

Die rechtsstehenden Bauernabgeordneten, die von den echtrussischen „Führern" in einem Konvikt einquartiert wurden, beschlossen, sich den Einschränkungen, die ihnen auferlegt wurden, nicht zu unterwerfen und das Konvikt und zugleich ihre bisherigen „Führer" endgültig zu verlassen. —

Marokko.

Die marokkanischen Sultane und Deutschland.

Die deutsche Regierung scheint die Absicht zu haben, in die marokkanischen Angelegenheiten aufs neue einzugreifen. Den Anlaß dazu bietet die Bitte der beiden Sultane um deutsche Hülfe. Die Regierung beabsichtigt, wie es heißt, ihre Antwort in kürzester Zeit zu veröffentlichen. Eine offiziöse Auslassung der „Kölnischen Zeitung" teilt darüber folgendes mit:

„Man kann sicher sein, daß die Antwort „sich unter allen Umständen in denjenigen Grenzen bewegt hat, wie sie durch den Vertrag von Algeciras vorgezeichnet sind. Das Eingreifen einer einzelnen Vertragsmacht erscheint demnach ausgeschlossen. Dagegen würde es der allgemeinen Lage entsprechen, wenn die beiden Sultane auf die wiederholten Erklärungen hingewiesen worden wären, durch die Frankreich sich zur strengen Beobachtung der Akte von Algeciras verpflichtet und dementsprechend auch eine Begrenzung seines militärischen Vorgehens zugesichert hat. Diese Antwort war ebenso korrekt wie die Frankreich gemachte Mitteilung, die nur vom Geiste freundschaftlicher und ehrlicher Gesinnung getragen wurde."

Es ist nicht zu verkennen, daß die imperialistischen Politiker Frankreichs wie Deutschlands wieder Morgenluft wittern. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterklasse beider Länder mit der größten Aufmerksamkeit die Vorgänge verfolgt. Jaurès wird die Marokkoangelegenheit neuerdings zur Sprache bringen, und Pichon hat sich, wie aus Paris telegraphiert wird, bereit erklärt, Montag über die von Abdul Asis und Mulay Hafid bei Deutschland unternommenen Schritte Auskunft zu geben.

Keine Mobilisierung.

Paris, 7. Februar. Die Regierung bezeichnet neuerdings und ausdrücklich die Meldung, daß die Kolonialarmee mit der Bestimmung nach Marokko mobilisiert werde, als unrichtig.

Spanische Kriegsschiffe.

Madrid, 7. Februar. Wie der „Imparcial" meldet, erwägt das Marineministerium die Entsendung von Kriegsschiffen, um in Ausführung der Bestimmungen der Algeciras-Akte den Waffenschmuggel an der Küste von Marokko zu verhindern.

Amerika.

Die Einwanderung der Japaner in Kanada ist nach langen Unterhandlungen dahin geregelt, daß die japanische Regierung selbst für eine Einschränkung sorgen wird, ohne daß Kanada Zwangsmaßregeln dagegen ergreifen darf. Diese Lösung des Problems hat in Kanada in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wenig befriedigt. Im Parlament in Ottawa beantragte der Führer der Opposition deswegen ein Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Wilfried Laurier, „weil die Regierung in so schwächlicher Weise die Interessen des arbeitenden Volkes gegen die andringende Konkurrenz der Japaner vertreten habe". Der Antrag wurde abgelehnt mit 100 gegen 45 Stimmen. Laurier bat dringend, daß man sich mit dieser Lösung begnügen möge; es sei immer noch Zeit, daß Kanada selbst Maßregeln gegen die Japaner ergreife.

Die Unterhandlungen der Vereinigten Staaten mit Japan in derselben Frage sind noch nicht abgeschlossen. Japan will sich keine Ausnahmegesetze gefallen lassen, sondern nur versprechen, daß es selbst die Auswanderung seiner Bürger nach Amerika hindern wolle. Damit sind die Amerikaner nicht zufrieden. In Washington hat jüngst Präsident Roosevelt die Korrespondenten der Zeitungen des Landes an ihre „patriotische Pflicht" erinnert, daß sie in bezug auf Japan Vorsicht üben und nicht in so „ausschweifender" Weise über die Beziehungen zu dem Reiche des Mikado berichten möchten. Diese Mahnung geschah bei Gelegenheit eines Banketts, das den Vertretern der Presse gegeben wurde und bei dem Roosevelt und der Staatssekretär Root zugegen waren. Ein tiefes Schweigen der Zeitungsleute war die augenblickliche Antwort darauf.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Augsburg wurde konstatiert, daß seit der bekannten Rede vom Niederreiten, also im Verlaufe eines Jahres, der dortige Verein der Niederzureitenden seine Mitgliederzahl um 41 Prozent erhöht hat.

Aus der Jugendbewegung.

Von der „Arbeitenden Jugend", Organ der freien Jugendorganisationen Deutschlands, ist soeben die Februarnummer erschienen. Verlag: Berlin C., Stralauer Straße 13/14. Jahresabonnement 1 M., in Partien billiger. Aus dem Inhalt sei erwähnt: Gerechter Lohn für gerechte Arbeit. Von Friedrich Engels. — Die Jugendbewegung des Auslandes: VI. Niederlande, Italien, Spanien. — Der Einfluß der freien Jugendorganisationen auf die fachmännische Ausbildung der Lehrlinge. — Eine wüste Hetze gegen unsere Vereine. — Christliche Erziehungsmethode. — Unsere Arbeit nachahmen. . . . — Von der Fortbildungsschulpflicht. — Hygienische Bedenken gegen den Genuß alkoholischer Getränke. Von Heinrich Quensel. — Die Entwickelung der Gewerkschaften im Jahre 1907. — Winternacht. Gedicht von Gottfried Keller. — Die Blinden. Von Heinrich Scharrelmann-Bremen.

Die Anklage wegen Kaiser Wilhelm-Beleidigung in Schweden.

Wie wir kürzlich mitteilten, ist das sozialdemokratische Organ in Gefle, „Arbetarbladet" — nicht „Arbetaren", wie das Telegramm

fälschlich berichtete —, wegen eines Artikels über den Wahlrechtskampf in Preußen, der beleidigende Aeußerungen über den preußischen König enthalten soll, konfisziert worden. Man hat sich aber nicht mit der Konfiskation des Blattes begnügt, sondern auch gegen den verantwortlichen Redakteur Emil Rosén Anklage erhoben. Sie wird hauptsächlich mit einem veralteten Gesetzesparagraphen begründet, der sich gegen Provozierung von Streitigkeiten mit fremden Staaten richtet. Das Rathausgericht in Gefle hat sich nun auch bereits mit der Sache befaßt. Der Angeklagte, der persönlich erschienen war, äußerte unter anderem, das, was in dem Artikel gesagt wurde, sei nichts anderes, als was oftmals zuvor in anderen Zeitungen verschiedener Parteirichtung ausgeführt worden wäre, wenn auch in einer Umschreibung, die die Aufmerksamkeit nicht auf sich gezogen habe. — Die Sache selbst wurde vertagt, und zwar auf Wunsch des Genossen Rosén, der vergeblich erwartet hatte, daß der öffentliche Ankläger eine ausführliche Begründung der Anklage vorbringen werde. Der neue Termin soll am 12. Februar stattfinden.

Inzwischen haben verschiedene Arbeiterkommunen Protestversammlungen gegen diese Majestätsbeleidigungsklage abgehalten. In einer Resolution, die dabei angenommen wurde, heißt es: „Solange wir nicht in einem Vasallenverhältnis zu unseren zwei reaktionären Nachbarn (Deutschland und Rußland) stehen, muß in Schweden die Freiheit herrschen, zu sagen, was man denkt, über kulturfeindliche Maßnahmen, ob sie nun von den Machthabern in Schweden selbst oder in Deutschland oder anderen Ländern ausgehen. Wir protestieren auf das schärfste dagegen, daß des Gesetzes Schutz die gekrönten Häupter in höherem Grade umgibt als die gewöhnlichen Menschen." —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In die vorderrussische Freiheit ist am Donnerstag Genosse Rob. Albert zurückgekehrt, der als Verantwortlicher der „Volkswacht" zu Breslau wegen angeblicher Beleidigung von Grubenbeamten drei Wochen in der Staatspension zubringen mußte.

Strafkonto der Presse. Wegen zweier kurzer Notizen, die der Lokalliste angehängt waren, hatte Genosse Grötzsch von der „Sächs. Arbeiterzeitung" zu Dresden zwei Strafmandate über je 50 M. erhalten. Die Notizen sollen Aufforderungen zum Boykott sein und das ist nach löblichem sächsischen Reservatrecht grober Unfug. Das Schöffengericht bestätigte die Strafmandate.

Gewerkschaftliches.

Ein Vorstoß.

Am 7. Dezember vorigen Jahres vermochten der „Grundstein" und der „Bauhilfsarbeiter" einen Plan der Scharfmacher zur Niederknüttelung der Bauarbeiter-Organisationen zu veröffentlichen.

Die um Felisch hatten beschlossen:

1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910 oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen;

2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden;

3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenen Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen;

4. Der 1. Mai darf in keinem Vertrage als Feiertag zugestanden werden.

Zu ihrem Unglück war es den Scharfmachern bis dato nur gelungen, die Verträge in den Ortschaften von 116 Verbänden für den 31. März 1908, bis Ende April in weiteren 28 und für 1910 nur gar bei 45 Verbänden zum Abschluß zu bringen. Als ihr Plan entlarvt war und dadurch der gemeinsame Ablauf aller Verträge bis 1910 in Frage gestellt war, beschlossen sie, dreist und gottesfürchtig schon jetzt loszuschlagen und kündigten alle 1908 ablaufenden Verträge.

Die Bauarbeiter aller Branchen haben sich nun zum Kampfe fertig gemacht; sie wollen die Unternehmer nicht in den Schanzen erwarten, sondern gehen zum Vorstoß vor.

Die starre Verneinung, ja auch der heftigste Widerstand, verstärkt durch Aussperrungen, und alle angedrohten Maßnahmen des Unternehmerbundes können, sagt der „Grundstein", die Arbeiter nicht abschrecken, dennoch Forderungen zu stellen und für ihre Durchführung auf das lebhafteste und energischste zu wirken.

Zu den Orten, wo der Tarifvertrag Ende März abläuft und wo demnächst Verhandlungen über neue Arbeitsbedingungen stattfinden werden, gehören auch Mannheim, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Kassel und andere namhafte Städte in den hessischen Landen. Für alle diese Orte sind in den letzten Wochen seitens der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter neue Forderungen aufgestellt und den Unternehmern am 31. Januar übermittelt worden. Für das Maurergewerbe kommen als Arbeiterorganisationen in Betracht: der Zentralverband der Maurer Deutschlands, der Zentralverband baugewerblicher Hülfsarbeiter und der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhülfsarbeiter. In den örtlichen Organisationen aller drei Verbände ist über Arbeitszeit und Löhne das folgende beschlossen worden:

In Kassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Hanau, Höchst a. M., Mannheim-Ludwigshafen, Mainz, Offenbach a. M. und Wiesbaden wird für die Sommermonate die jetzt zehnstündige Arbeitszeit auf 9½ Stunden verkürzt. In allen übrigen in dem dortigen Bezirk in Betracht kommenden Orten bleibt die zehnstündige Arbeitszeit vorläufig als Maximum bestehen.

Die geforderte Lohnerhöhung beträgt in den Großstädten nur 6 Pf. pro Stunde; in einigen anderen Orten, wo die Arbeiter noch verhältnismäßig schlechter gestellt sind, soll der Stundenlohn um 8 bis 10 Pf. steigen.

Ueber die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung und der nicht minder unabweisbaren Lohnerhöhung hat der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands eine Denkschrift herausgegeben.

In der Denkschrift wird statistisch nachgewiesen, daß von 9406 in 20 der größten Arbeitsorte ermittelten Maurern nicht weniger als 6753, das sind 72 Proz., auswärts wohnen. Für Frankfurt allein kommen 144 Ortschaften als Wohnstätten für die in der Stadt beschäftigten Maurer in Betracht. Von diesen 6753 Maurern hatten im verflossenen Jahre einen Verkehr zwischen Wohnort und Arbeitsort:

a) 5043 Personen = 7469 Proz. aus 412 Orten täglich unter Mitbenutzung der Eisenbahn;
b) 933 Personen = 13,81 Proz. aus 91 Orten täglich nur zu Fuß, und
c) 777 Personen = 11,50 Proz. aus 192 Orten wöchentlich unter Mitbenutzung der Eisenbahn.

Die 5976 Personen unter a und b müssen zum großen Teil, um zur rechten Zeit den Arbeitsplatz zu erreichen, ihre Wohnung morgens bald nach 4 Uhr verlassen und können größtenteils erst gegen 7½ Uhr abends, vielfach noch später, zu Hause sein.

Sehr treffend wird in der Denkschrift gesagt: Wer 12 Stunden, davon 10 Stunden bei harter Arbeit, an den Arbeitsplatz gebannt ist, daneben eine mehrstündige Hetze nach und von der Arbeitsstätte zu überwinden hat, der ist schlimmer daran als das liebe Vieh. 14, 15, 16 ja 17 Stunden des Tages läßt man ja in der Regel kein Pferd in den Sielen, und wieviel höher sollte doch der Mensch, auch der geringste Arbeiter, gewertet werden!! —

Ein sehr eingehender Nachweis wird auch für die Notwendigkeit der Lohnerhöhung geführt. Neben dem Familienstand der Maurer ist der jetzige Stundenlohn für jeden Mann einzeln und im Durchschnitt dargestellt.

Der Jahresdurchschnitt beläuft sich auf 1163 M. Infolge außergewöhnlicher Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. verringert sich jedoch in sehr vielen Fällen der Verdienst unter Umständen um Hunderte von Mark.

Von dem rechnungsmäßigen Jahresverdienst sind durchschnittlich 210 M. für Wohungsmiete und Fahrgeld aufzuwenden. In mehreren Orten geht diese Ausgabe nahe an 300 M. heran. Feuerung, Licht, Kleidung, Wäsche, Schuhzeug, Hausstandssachen verschlingen ebenfalls große Summen. Da der Mann, abgesehen von den Sonn- und Feiertagen, nicht gemeinsam mit seiner Familie essen kann, wird der Haushalt natürlich erheblich verteuert. Aber selbst hiervon abgesehen, bleiben nach Abzug aller übrigen notwendigen Ausgaben einer dreiköpfigen Familie kaum 60 Pf. pro Kopf und Tag für Essen und Trinken. Dem Manne, der vielfach auf den Verkehr in Wirtschaften angewiesen ist, wird man aber mehr als das Doppelte dieser Summe zugestehen müssen, ohne behaupten zu können, zur Schlemmerei anzureizen. Frau und Kinder müssen sich dann mit dem behelfen, was übrig bleibt, und das ist nach unserer Rechnung allerdings so wenig, daß es kaum vor dem langsamen Verhungern schützt.

Nach alledem gibt es keinen anderen Weg, als daß der Lohn der Maurer und auch der übrigen baugewerblichen Arbeiter ganz erheblich aufgebessert wird: Lohnerhöhung unter allen Umständen. Lohnerhöhung in solchem Verhältnis, daß bei der dringend notwendigen Arbeitszeitverkürzung ein den Teuerungsverhältnissen entsprechender höherer Tagesverdienst erzielt wird. —

Das Unternehmertum wird es nicht verantworten können, wenn es so berechtigten Forderungen gegenüber an dem Standpunkte der absoluten Negation festhält!

Berlin und Umgegend.

Der Lohnkampf in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik.

Am Freitagvormittag fand wieder eine stark besuchte Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten statt. Handke, der den Situationsbericht erstattete, führte unter anderem aus: Die Direktion muß nunmehr eingesehen haben, daß sie nicht hoffen kann, Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Die verschiedensten Versuche, welche in dieser Hinsicht gemacht wurden, sind fehlgeschlagen. Arbeitsuchende, die sich vor mehreren Monaten um Arbeit bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik bewarben und damals vorgemerkt wurden, haben jetzt eine Aufforderung erhalten, in dem genannten Werk anzufangen. Doch kein einziger der betreffenden Arbeiter hat sich veranlaßt gesehen, der Aufforderung zu folgen, obgleich sie zurzeit arbeitslos sind. Ein großer Teil der Aufgeforderten haben der Direktion geantwortet, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen auf die Arbeit in der Deutschen Munitions- und Waffenfabrik verzichten. Nur 10 bis 12 allerdings sehr mangelhafte Arbeiter hat die Direktion als Streikbrecher für die Maschinengewehr-Abteilung gefunden. Daß dadurch der Kampf nicht im geringsten beeinflußt wird, ist selbstverständlich. Wenn auch gegenwärtig die Situation für die Streikenden und Ausgesperrten durchaus günstig ist, so haben dieselben doch einen letzten Versuch gemacht, um zu einer Verständigung mit der Direktion zu kommen. Eine aus den noch im Betriebe Beschäftigten gebildete Kommission wird bei der Direktion anfragen, ob sie bereit ist, wegen der Beilegung des Konfliktes zu verhandeln. Es ist nun zunächst abzuwarten, welche Antwort die Kommission erhält. Sollte die Direktion nicht zu Verhandlungen bereit sein, dann wird der Kampf mit verschärften Mitteln fortgeführt werden. Wenn die Direktion den verschärften Kampf will, kann es den Arbeitern recht sein. Die Streikenden und Ausgesperrten können dem weiteren Verlauf der Dinge ruhig entgegensehen.

Im Laufe der Versammlung traf die mit Beifall aufgenommene Meldung ein, daß 11 von den Arbeitswilligen die Arbeit bereits wieder niedergelegt haben.

Eine Position der Bäckerinnung gefallen.

Bäckergesellen, welche bei einem zum „Germania"-Innungsverband gehörenden Bäckermeister gelernt haben, erhalten ein sogenanntes „Germania"-Arbeitsbuch. Dasselbe dient vor allem als Ausweis bei der Inanspruchnahme des Innungs-Arbeitsnachweises, der nur solchen Gesellen Arbeit zuweist, die ein „Germania"-Arbeitsbuch besitzen. — Kürzlich hat die Gewerbedeputation des Berliner Magistrats in bezug auf das „Germania"-Arbeitsbuch eine äußerst wichtige Entscheidung gefällt. Der Anlaß dazu war folgender:

Ein Bäckermeister verweigerte dem Gesellen E. bei seiner Entlassung die Herausgabe des „Germania"-Arbeitsbuches. Alle Bemühungen des Gesellen, das Buch wiederzuerlangen, waren vergeblich. Ebensowenig war es ihm möglich, auf dem Arbeitsnachweis der Innung ohne Buch Arbeit zu bekommen. E. wandte sich nun an die Gewerbedeputation und ersuchte sie, die Bäckerinnung anzuweisen, entweder die Herausgabe des „Germania"-Innungsbuches durch den früheren Meister des E. zu bewirken, oder aber den E. auch ohne Buch in die Listen des Arbeitsnachweises einzutragen und ihm Arbeit zuzuweisen. — Auf diese Beschwerde hat die Gewerbedeputation ein Schreiben an den Vorstand der Bäckerinnung gerichtet, welches dieser Tage auch dem Gesellenausschuß zugegangen ist. Das Schriftstück lautet:

„Anläßlich der Beschwerde des Bäckergesellen Richard E. hat sich herausgestellt, daß durch den Arbeitsnachweis der Bäckerinnung nur denjenigen Gesellen Arbeit vermittelt wird, die im Besitze eines „Germania"-Arbeitsbuches sind. Da dieses Arbeitsbuch nur solchen Gesellen ausgehändigt wird, welche die Gesellenprüfung bestanden haben, so verlangt die Innung mit ihrer Vorschrift von den Gesellen den Befähigungsnachweis, was gegen den Grundgedanken der Gewerbeordnung verstößt. Eine solche über das Gesetz hinausgehende Forderung ist unzulässig.

Wir geben daher dem Vorstand der Innung auf, in Zukunft bei der Arbeitsvermittelung auch solche Bäckergesellen zu berücksichtigen, die nicht im Besitze eines „Germania"-Arbeitsbuches sind, und überhaupt von der Forderung des Befähigungsnachweises abzusehen.

Einem Berichte sehen wir binnen 3 Wochen entgegen.

gez. Friedel.

An den Vorstand der Bäckerinnung, z. H. des Obermeisters Herrn G. Milleville, Hier, Alte Schönhauser Straße 36/37.

Durch diesen Entscheid der Gewerbedeputation ist das „Germania"-Arbeitsbuch als Ausweis für die Benutzung des Arbeitsnachweises der Innung tatsächlich außer Kraft gesetzt. Das Buch spielte in der Bäckerinnung dieselbe Rolle, wie die berüchtigten Kontrollscheine im Arbeitsnachweis der Kühnemänner. Bäckergesellen, die sich bei den Meistern unbeliebt gemacht hatten, wurde nicht selten das „Germania"-Buch entzogen, und damit die Möglichkeit Arbeit zu erhalten sehr stark beschränkt. Die Fuchtel, welche die Innungsmeister mit dem „Germania"-Arbeitsbuch über die Gesellen schwangen, ist ihnen jetzt entwunden. Natürlich sinnen die Innungsführer schon auf einen passenden Ersatz.

Ausland.

Der wachsende Einfluß der Landarbeiterorganisationen Schwedens.

Der Sekretär der schwedischen Landwirtschaftsakademie hat dieser Tage in seinem Jahresberichte einige bemerkenswerte Aeußerungen getan, die erkennen lassen, welchen Einfluß die Organisation der Landarbeiter Schwedens schon auf die Landwirte ausübt. Der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, sagte er, sei nun auch auf das Gebiet der Landwirtschaft ausgedehnt, und es habe selbst nicht daran gefehlt, daß die Landarbeiter zur Waffe des Streiks griffen. Man müsse nun auch hier mit den Arbeiterorganisationen rechnen. — Als ein Mittel, größeren Kämpfen aus dem Wege zu gehen, empfahl er, die menschliche Arbeitskraft mehr als bisher durch Maschinen zu ersetzen, fügte aber hinzu:

„Die Arbeiterfrage wird jedoch durch größere Ausdehnung der Maschinenarbeit nicht aus der Welt geschafft. Man muß Maßregeln für eine bessere Ordnung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in der Landwirtschaft treffen. Die Rechtsverhältnisse zwischen ihnen, die nun meist dem Arbeitgeber zugute kommen, müssen geändert werden. Forderungen auf kollektive Arbeitsverträge haben sich Geltung verschafft, und die Vereinbarungen, die in dieser Hinsicht getroffen wurden, scheinen wohl überlegt zu sein. Es wäre zu wünschen, daß gewisse allgemeine Rechtsbestimmungen festgesetzt werden zum Schutze beider Parteien bei kollektiven Arbeitsverträgen."

Die australischen Kohlengräber, die vor einiger Zeit in den Gruben von Newcastle, Neu-Südwales, streikten, hatten sich bereit erklärt, ihre Forderungen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Gericht hat zu ihren Ungunsten entschieden, entgegen allen gehegten Erwartungen. Die Tausende von Kohlengräbern, die im Vertrauen auf ihre gerechte Sache auf eine günstige Entscheidung rechneten, wären jetzt gezwungen, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten und ihren Streik als verloren zu betrachten, aber dazu können sie sich nicht entschließen. Sie setzen den Streik fort und das Schiedsgericht hat seine Sitzungen noch nicht als beendigt erklärt. Das Gericht bemüht sich um weitere Vermittelung.

Versammlungen.

Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins wurde am 31. Januar in Dräsels Festsälen abgehalten. Nach dem Jahresbericht ist kein besonders auffallender Aufschwung, dafür aber eine innere Festigkeit zu verzeichnen. Die Aussperrung im Baugewerbe hatte in der Branche Landschaftsgärtnerei in den Monaten August, September und Oktober eine sehr fühlbare Arbeitslosigkeit im Gefolge, die auf den Stand der Mitglieder von Einfluß war. Außer dem Landschaftsgärtnergehülfenstreik, der vom 1. bis 28. April gedauert hat und mit teilweisem Erfolg endete, sind noch drei Lohnbewegungen geführt worden. Eine Lohnbewegung ist in einer gewerblichen Handelsgärtnerei, der Firma J. C. Schmidt, Steglitz, mit vollem Erfolg geführt; die zwei anderen Lohnbewegungen sind in zwei städtischen Betrieben, der Parkverwaltung Charlottenburg und der Parkverwaltung Rixdorf, geführt worden. An der Lohnbewegung der Brauereihandwerker waren die Gärtner ebenfalls beteiligt. Die Ortsverwaltung umfaßt zurzeit 25 Bezirke, gegenüber 23 im Vorjahre. An Agitationsmaterial sind 30 000 Flugblätter verteilt worden. Unter den Blumengeschäftsangestellten ist rege Agitation für den Achtuhr-Ladenschluß entfaltet worden. Die Einnahmen und Ausgaben balancierten mit 26 617,78 M. Für Beitragsmarken waren 17 193,90 M., für den Streik durch Sammlungen und Arbeitsmarken 1149,10 M., von der Hauptkasse 4000 M., für Vergnügen und Diverse 3674,78 M. eingekommen. Unter Ausgaben sind aufgeführt: 12 567,99 M. an die Hauptkasse, 1860 M. an Haushalt, 696,58 M. Agitation, 7783,08 M. Landschaftgärtnergehülfenstreik, Weihnachtsunterstützung, Kartellbeiträge, Porto 760,32 M., Bibliothek, Streiks in anderen Berufen und Diverse 3709,38 M. Der Kassenbestand beträgt 1071,43 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgezahlt 3486 M. und 61,75 M. an Reiseunterstützung. Gegenüber dem Jahre 1906 ein Mehr von 1297,50 M. Die Zahl der Mitglieder ist 1027 männliche und 32 weibliche. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: R. Bäckers als 1. Vorsitzenden, Alb. Lehmann als Stellvertreter, als Kassierer ist L. Kamrowski, der zugleich der Agitationsleiter für den VI. Bezirk ist, als Schriftführer W. Kwasnick und als Beisitzer A. Lechner gewählt. Die Revisoren sind die Kollegen Jacob Kridde und Dockhorn. Als Vertreter zur Berliner Gewerkschaftskommission sind L. Kamrowski und R. Bäckers und als Stellvertreter Dockhorn gewählt worden. Beschlossen wurde, den Beitrag von 40 auf 45 Pf. pro Woche zu erhöhen. Jedoch soll darüber in den ersten Februarversammlungen der Bezirke eine Urabstimmung stattfinden.

Die Sektion der Buyer des Zentralverbandes der Maurer hielt am 2. Februar in den Arminhallen eine Mitgliederversammlung ab, in der der Kassierer Lehnig die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 sowie die Jahresabrechnung vorlegte. Die Quartalsabrechnung mit der Hauptkasse schließt mit der Bilanzsumme von 16 827,23 M. An die Hauptkasse des Zweigvereins der Maurer wurden 14 887,46 M. abgeliefert. Die Lokalkasse hatte, den alten Bestand von 81 621,13 M. mitgerechnet, 86 604,05 M. Einnahmen; die Ausgaben beliefen sich auf 5 679,60 M., so daß der Bestand am Quartalsschluß 80 924,45 M. betrug. Die Jahresabrechnung schließt mit 342 751,87 M. Einnahmen und 261 827,42 M. Ausgaben. Für den Streik wurden aus Mitteln der Hauptkasse 148 824,40 M., aus der Lokalkasse 18 470,10 M. ausgegeben. An die Zweigvereinskasse wurden im Laufe des Jahres 37 429,79 M. abgeliefert. — Darauf hielt der Arbeitersekretär Adolf Ritter einen Vortrag über: „Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstag". Der Redner behandelte hauptsächlich die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Aenderungen der Gewerbeordnung, erwähnte schließlich auch die Vorlage zur reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes und machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß es Preußen ist, das an der Spitze der Reaktion marschiert, und daß darum auch, um den unheilvollen Einfluß Preußens auf die Reichspolitik zu brechen, die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Landtagswahlrechts unbedingt notwendig ist. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Interpellation Jaurès.

Paris, 7. Februar. (W. T. B.) Die in der Kammer eingebrachte Interpellation Jaurès hat folgenden Wortlaut:

Welchen Zweck haben die jüngsten militärischen Operationen des Generals d'Amade? Ist es richtig, daß Abdul Asis sich an Deutschland gewandt hat? Und in welcher Absicht? Ist es richtig, daß Deutschland der französischen Regierung davon Mitteilung gemacht hat, und wann hat es diese Mitteilung gemacht?

Künstliche Beschlußunfähigkeit.

Petersburg, 7. Februar. (Reichsduma.) In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über den Antrag der Staatsverteidigungskommission fortgesetzt. Als der Kadettenführer Miljukoff auf der Tribüne erschien, verließen die Rechte und die Mehrzahl des Zentrums demonstrativ den Saal. Infolge Beschlußunfähigkeit des Hauses wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erneuerte sich derselbe Vorgang als Miljukoff wiederum die Tribüne bestieg. Darauf wurde laut Geschäftsordnung die Sitzung geschlossen.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

97. Sitzung vom Freitag, den 7. Februar 1908 nachmittags 1 Uhr.

Präsident Graf **Stolberg**: Ein deutscher Bundesfürst, der Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, ist heute früh 1 Uhr verschieden. Mit ihm ist einer der letzten deutschen Fürsten, welche an dem glorreichen Kriege von 1870/71 und an der Wiederaufrichtung des Reiches teilgenommen haben, dahingeschieden. Meine Herren! Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben, um Ihre Teilnahme auszudrücken. Ich konstatiere das.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung zur Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention sowie des Protokolls über den Beitritt Rußlands zum Zuckervertrage und des Abkommens mit Rußland über den Zuckerverkehr zwischen Deutschland und Rußland.

Die Kommission beantragt Annahme der Zusatzakte usw. mit der Maßgabe, daß die Ratifikation des Vertrages nicht früher erfolgt, als bis die Abänderung des Zuckersteuergesetzes betr. die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe von 14 auf 10 M. die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren gefunden hat.

Ferner beantragt die Kommission, die vom Grafen Schwerin-Löwitz (k.) beantragte Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 M spätestens am 1. Oktober 1909 eintreten zu lassen; sollte vor dem 1. Oktober 1909 eine Erhöhung anderer eigener Einnahmen des Reiches erfolgen, welche eine Deckung des etwaigen Ausfalles an Zuckersteuer sicherstellt, so soll die Herabsetzung der Zuckersteuer auf Anordnung des Bundesrates gleichzeitig mit dieser Erhöhung anderer eigener Einnahmen des Reiches stattfinden.

Dr. Wiemer (freis. Vp.), Dr. Pachnicke (freis. Vg.), Schweickhardt (Deutsche Vp.) beantragen, die Zustimmung zur Zusatzakte usw. mit der Maßgabe zu erteilen, daß die von den verbündeten Regierungen in Aussicht gestellte Ermäßigung der Zuckersteuer von 14 auf 10 M. für den Doppelzentner spätestens vom 1. Oktober 1909 ab durchgeführt wird unter der Voraussetzung, daß ein etwaiger Ausfall an Einnahmen aus der Zuckersteuer für die Reichskasse durch Beschaffung anderweitiger Mittel ausgeglichen wird.

Präsident Graf **Stolberg**: Meine Herren, es liegt ein Antrag der Budgetkommission sowie ein Antrag Wiemer vor, welche die Zustimmung des Reichstages zu einer Vorlage an die verbündeten Regierungen an eine Bedingung knüpfen wollen. In einer früheren Sitzung hat der Präsident Graf Ballestrem dies mit den Worten für unzulässig erklärt: „Eine Annahme einer Vorlage der verbündeten Regierungen welche an eine Bedingung, Voraussetzung oder Erwartung geknüpft ist, kennt unsere Geschäftsordnung nicht. Aus dem Hause ertönte Sehr richtig! Es hat dann ein Mitglied des Hauses Zweifel geäußert, ob diese Auffassung des Präsidenten allseitig geteilt wird. Eine prinzipielle Abstimmung über diese Frage hat nicht stattgefunden, weil der betreffende Antrag zurückgezogen wurde. Ich muß mich vorläufig an diese Ansicht des Präsidenten Ballestrem halten. Sollte das Haus zu einer Abstimmung über diese Anträge schreiten, so bitte ich, vorher darüber abzustimmen, ob eine solche Abstimmung zulässig ist.

Abg. Dr. **Wiemer** (zur Geschäftsordnung): Ohne auf die prinzipielle Frage jetzt einzugehen, will ich erklären, daß ich mit Rücksicht auf die gepflogenen Verhandlungen meinen Antrag zurückziehe.

Von den Abgg. Bassermann (natl.), v. Grabski (Pole), v. Normann (k.), v. Oertzen (Rp.), Dr. Pachnicke (natl.), Schweickhardt (Deutsche Vp.), Vogt-Hall (Wirtsch. Vgg.) und Dr. Wiemer (Freis. Vp.) wird beantragt

1) an Stelle der Artikel 1 und 2 der Kommissionsbeschlüsse zu setzen:

Artikel 1.

Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 M. von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.

2. an Stelle des Artikels 3 der Kommissionsbeschlüsse zu setzen:

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der in Brüssel am 28. August 1907 vollzogenen Zusatzakte zu dem Vertrage über die Behandlung des Zuckers vom 5. März 1902 (Brüsseler Zuckerkonvention) in Kraft.

Staatssekretär v. **Bethmann-Hollweg**: Die Kommission hat die ihr zur Vorberatung überwiesenen drei Gesetzentwürfe Ihnen zur Annahme empfohlen unter der Bedingung, daß die Zuckersteuer zum 1. Oktober 1909 auf 10 M. herabgesetzt wird und Sie aufgefordert, Ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf mit der Maßgabe zu erteilen, daß seine Ratifikation nicht früher erfolgen darf, als bis die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren zur Herabsetzung der Zuckersteuer eingeholt ist. Diese Vorschläge der Kommission waren für die verbündeten Regierungen nicht annehmbar. Ist es schon an sich mit Rücksicht auf das innere Verfassungsrecht wie auf die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten in bedeutendem Maße bedenklich, die Zustimmung zu einem unterzeichneten internationalen Abkommen abhängig zu machen von der Zustimmung zu einer Vorlage der inneren Steuerpolitik, so vergrößert sich dieses Bedenken dadurch, daß es sich hier um einen vorbehaltlosen Verzicht auf sichere Einnahmen handelt, was mit den Grundsätzen einer vorsorglichen Finanzpolitik nicht vereinbar ist. Ich habe also namens der verbündeten Regierungen zu erklären, daß, wenn der Reichstag nach den Beschlüssen der Kommission beschließen sollte, sie diesen Beschlüssen ihre Zustimmung versagen würden. Ich darf aber hinzufügen, daß die verbündeten Regierungen die Zusage, welche ich in ihrem Namen in der Sitzung des Reichstages vom 24. Januar gegeben habe, in keiner Weise zurückzunehmen beabsichtigen, vielmehr für den Fall des Zustandekommens des vorliegenden Abkommens nach wie vor die gewünschte Herabsetzung der Zuckersteuer zu verwirklichen bemüht sein werden, sofern eine ordnungsmäßige Deckung des zu erwartenden Einnahmeausfalls erfolgt ist. Der vorliegende Abänderungsantrag der bürgerlichen Parteien deckt sich dem Zweck und wesentlichen Inhalt nach mit den von den verbündeten Regierungen abgegebenen Erklärungen. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß die verbündeten Regierungen bereit sind, ihm ihre Zustimmung zu geben.

Abg. Graf **Schwerin-Löwitz** (k.): Wir halten nach wie vor daran fest, daß die Beschlüsse der Kommission durchaus das Richtige treffen. Nach der eben gehörten Erklärung aber und da wir doch nun einmal den Bundesrat als gleichberechtigten Faktor haben (Heiterkeit rechts), ferner keine unnütze Demonstration machen wollen und auch nicht der Regierung die Ratifikation der Zuckerkonvention erschweren wollen, werden wir dem Kompromißantrag zustimmen. Wir sind auch damit einverstanden, daß wir nach dem Vorschlage des Herrn Präsidenten der Zuckerkonvention vorbehaltlos zustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Wir stehen wie in der ersten Lesung auf dem Standpunkt, daß das wichtigste das Zustandekommen der Zuckerkonvention ist. Anders steht es mit dem Antrage. Wir sollten keine Verpflichtungen übernehmen, deren Tragweite wir nicht übersehen können.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) erklärt kurz, daß seine Freunde nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs für den Kompromißantrag stimmen.

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.): Mit allem Nachdruck müssen wir darauf bestehen, daß die Zusatzakte und die Fortführung der Konventionspolitik gesichert werden. Aber wir wollen auch eine Ermäßigung der Zuckersteuer. Unseren dahingehenden Antrag habe ich zurückziehen können, nachdem sein Grundgedanke gesetzliche Form gewonnen wird.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): In der Fortführung der Konvention sehen wir eine wertvolle Sicherung der Zuckerindustrie und des Marktes. Deshalb werden wir für die Zusatzakte stimmen. Wir wollen aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne die aus diesen Gründen absolut notwendige Herabsetzung der Zuckersteuer zu erzielen. In der Kommission haben wir für den Mehrheitsantrag stimmen können. Es war eine Konstellation von Löwitz bis Ledebour (Heiterkeit), sie war zwar süß, aber nicht haltbar. (Erneute Heiterkeit.) Denn was jetzt aus dem Antrag geworden ist, kann unsere Zustimmung nicht erhalten. Von Artikel 1 ist für uns nur der erste Satz annehmbar, die Zuckersteuer wird spätestens am 1. Oktober 1909 von 14 M. auf 10 M. von 100 Kilogramm herabgesetzt. Für diesen Teil stimmen wir auch; was aber dann noch in dem Artikel 1 enthalten ist, lehnen wir ab und zwar aus verschiedenen Gründen, unter denen auch die verfassungsmäßigen Bedenken sind, denen Herr Dr. Spahn Ausdruck gegeben hat. Es wird darin erklärt, daß die Zuckersteuer nur herabgesetzt wird vom 1. April 1909 ab, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der Reichseinnahmen um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Nun hat die Regierung erklärt, daß der Ausfall infolge der Herabsetzung der Zuckersteuer zu Anfang wohl bis zu 35 Millionen Mark betragen werde. Auf die Dauer aber wird ein solcher Ausfall keineswegs eintreten. Es soll hier also vom Reichstage eine Deckung geschaffen werden in einem weit höheren Maße, als ein Steuerausfall vorhanden sein wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dem können wir nicht zustimmen. Wir werden also, wie gesagt, nur für den ersten Satz des Artikel 1 stimmen; wir glauben, dadurch einen weit schärferen Druck auf die Regierung ausüben zu können, und in weit besserem Maße für die Verbesserung der Reichsfinanzen zu sorgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abgg. v. **Oertzen** (Rp.), **Schweickhardt** (südd. Vp.), **Vogt-Hall** (wirtsch. Vg.) und v. **Grabski** (Pole) stimmen dem Kompromißantrage zu.

Abg. Graf **Schwerin-Löwitz** (k.) wirft dem Zentrum vor, daß es mit seinem Antrage den Zucker prozentual doppelt so hoch verteuere, als die „bösen Agrarier" (Heiterkeit) seit der letzten Zollerhöhung den Getreidepreis erhöht haben. Was sagen die Bundesgenossen des Zentrums, die Sozialdemokraten dazu? (Lärm und Oho-Rufe im Zentrum.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.) wendet sich gegen den Vorredner. Zucker sei übrigens nicht eigentlich ein Nahrungsmittel.

Hiermit schließt die Diskussion.

Die Zuckerkonvention wird einstimmig angenommen. (Beifall und Heiterkeit.)

Zum Kompromißantrag beantragt Abg. **Singer** (Soz.) die Streichung des letzten Absatzes, welcher die Herabsetzung der Zuckersteuer von der Deckung abhängig macht.

Abg. v. **Normann** (k.) (zur Geschäftsordnung) erhebt Widerspruch gegen die Zulässigkeit des Antrages.

Abg. **Bassermann** (natl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Normann an.

Abg. **Singer** (Soz.) weist erneut an der Hand der Geschäftsordnung die Zulässigkeit seines Antrages nach.

Das Haus entscheidet, daß der Antrag Singer zulässig sei. Für die Zulässigkeit stimmen Sozialdemokraten, Zentrum, Polen, Freisinnige. Abg. Mugdan stimmt erst dagegen, dann, von seinen Freunden belehrt, für die Zulässigkeit.

In der Abstimmung über das Amendement selbst wird dieses abgelehnt. Der gesamte Freisinn stimmt dagegen.

Es folgt die Abstimmung über den Kompromißantrag, die eine namentliche ist. Dafür werden 203 Stimmen, dagegen 112 Stimmen abgegeben. Der Kompromißantrag ist also angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des **Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.**

Sie beginnt mit der namentlichen Abstimmung über den Antrag Elern (k.), den Aggregiertenfonds, welchen die Kommission nur in Höhe bis zu 342 000 M. bewilligt hat, in der Höhe von 400 000 M. zu bewilligen.

Der Antrag Elern wird mit 171 gegen 142 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Entsprechend den Konsequenzen dieses Antrages werden auch an dem sächsischen und württembergischen Etat die von der Kommission beschlossenen Abstriche am Aggregiertenfonds wieder beseitigt.

Beim Titel „Gefechts- und Schießübungen im Gelände" bittet

Abg. Leser (Z.) vor der Festsetzung mit den in Betracht kommenden Gemeinden Rücksprache zu nehmen; in Württemberg seien mehrfach zu kleine Gelände genommen worden, wodurch Schädigungen der Landwirtschaft herbeigeführt seien. Auch sei es nicht richtig, daß ohne jede Rücksprache mit der Gemeindebehörde ganze Gelände dem Verkehr des Publikums durch die Militärbehörde entzogen werden.

Abg. **Wetzel** (natl.) schließt sich der Bitte des Vorredners an.

Abg. **Hildenbrand** (Soz.): Wenn die Sozialdemokraten die Straßen benutzen wollen, werden sie gesperrt und ebenso, wenn das Militär Schießübungen abhalten will. Ganz allgemein werden Klagen über das Scharfschießen des Militärs geführt. Sie beziehen sich nicht nur auf das Schießen der Infanterie, sondern in diesen Tagen finden auch Scharfschießübungen der Artillerie im Gelände statt. Dazu ist aber nach den früheren Erklärungen der Regierung und der Haltung des Reichstages die Militärverwaltung nicht befugt. Der Kriegs-

Kleines Feuilleton.

Kunst.

Kunstschulen. Die Kunst- und Kunstgewerbeschulen nehmen in der Entwickelung einen besonderen Platz ein. Es vollzieht sich augenblicklich eine Reorganisation dieser Schulen, die für die Ausbildung von erhöhter Wichtigkeit ist. Früher waren diese Schulen für die Entwickelung ein Hemmnis. Das Reaktionäre, Stilnachahmende wurde bestärkt, sie erschienen als Hort des Rückschritts, dem gegenüber das moderne Kunstgewerbe sich durchsetzen mußte.

Die Dresdener Kunstgewerbeausstellung zeigte in einer besonderen, umfangreichen Abteilung seinerzeit schon den Umschwung. Fast überall sind moderne Künstler als Lehrkräfte herangezogen worden. Im Durchschnitt ergab sich ein achtbares Niveau soliden Könnens, ehrlicher Arbeit. Es wird nicht mehr das Hauptgewicht auf eine stilimitierende Erscheinung gelegt, die die Vergangenheit bequem ausnutzt. Es wird die persönliche Note gesucht. Das Persönliche und das Allgemeine.

Das Allgemeine liegt hier in der Erkenntnis des Materials, des Handwerklichen. Die schlimmen Auswüchse früherer Stilwut kamen daher, daß der Zögling mehr zum Künstler, als zum Kunstgewerbler, d. h. zum Materialarbeiter erzogen wurde. Es wurden ihm die Schätze der Vergangenheit rettungslos überliefert. Mappen und Sammlungen standen ihm zur Verfügung. Indem er täglichen Umgang mit den größten Künstlern der Vergangenheit pflegte, glaubte er selbst, ihnen nahe zu sein und indem er sie kopierte, meinte er, in ihrer Sphäre zu leben. Daher kam die leidige Stilwut, die an die Dinge des Alltags Stilornamente äußerlich anklebte, und das organische Gefühl für Sachlichkeit und Materialwerte ganz vergaß.

Heutzutage wird dem Kunstschüler, der so weder Künstler noch Handwerker war und zwischen zwei Polen haltlos hin- und hertaumelte, eine festere Handhabe gegeben. Er wird an die Dinge herangeführt. Er lernt, im Material denken. Er weiß, daß jedes Ding in seinem Material und in seinem Zweck eine Notwendigkeit birgt, die herauszufühlen Sache des kunstgewerblich Schaffenden ist und die, sinngemäß gehandhabt, zu einem Ziel führen kann, dessen Sprache und Art unserer Zeit gemäß ist. So wird dem Schüler von vornherein eingeprägt, daß unsere Zeit eine neue Aufgabe hat, die des Suchens und Neuschaffens, des Ergründens und Probierens.

Diese neue Schönheit kann, da sie absieht von unsachlichen Schnörkeln und prätentiösem Zierwerk, eine Schönheit für die Allgemeinheit sein, und das ist das sozial Bedeutsame. Das Kunstgewerbe hat die Tendenz zur Sachlichkeit und Notwendigkeit, damit wird sie brauchbar für weitere Kreise. Und es liegt etwas Erzieherisches darin auch für das Publikum, indem es lehrt zu unterscheiden zwischen materialgerechten Dingen und schlechter Bazarware, die Schein und Schmuck vortäuscht und hinter der verschönten Außenseite schlechte Arbeit und schlechtes Material verbirgt.

Als letzte Etappe hat die moderne, kunstgewerbliche Entwickelung die Reorganisation der Schulen in Angriff genommen. Nachdem die Künstler selbst sich zu einer festeren Anschauung durchgerungen hatten, konnten sie daran gehen, Lehrer zu werden. Und so sehen wir jetzt überall Künstler an leitender Stelle in den Schulen. Die Berufung Bruno Pauls an die Schule des Berliner Kunstgewerbemuseums steht damit in Zusammenhang.

Auf diese Weise wird zwischen Schule und Leben ein Zusammenhang hergestellt und es wird zugleich eine wichtige Vorarbeit getan, indem die nächste Generation die sachlich einwandsfreie Ausbildung bekommt.

Ein Beispiel dieses Arbeitens gibt die Ausstellung der Kunst- und Kunstgewerbeschule zu Breslau im Lichthof des Berliner Kunstgewerbemuseums. Ein Beispiel für viele. Da kann man sehen, wie im Material gearbeitet ist, wie nicht entworfen ist, sondern im Material gedacht ist. Am besten sind die Formalen und Stickereien, die manchen großzügigen Wurf im Formal-Dekorativen haben, die auch farbig Eigenart haben. Dann die Lederarbeiten, die in feiner Weise das schöne Material edel zur Wirkung bringen, während früher meist das Material durch Ornamente erdrückt wurde. Dann die Metallarbeiten, die sich auf wenige aber entschieden vorgetragene Motive beschränken und sonst die Fläche wirken lassen. Auch die Spanschachteln mit bunten Malereien (den alten Hochzeits- und Brautschachteln nachgeahmt) zeigen lustig dekorative Wirkung.

Im ganzen tritt das Eigenkräftige vielleicht noch nicht ganz so entschieden hervor, wie es zu wünschen wäre. Aber es ist ein Anfang. Man sieht den Standpunkt der Gegenwart. Wie sich aus dem Alten das Neue hindurchringt. Das ist das Lehrreiche. Und wie allmählich vielleicht eine Tradition geschaffen wird, die vielleicht einen neuen, modernen Stil anbahnt. Die Schulen haben hierbei ein gut Teil Verantwortung. Sie, die früher so viel verdorben haben (denn sie haben das überliefert, was wir jetzt zerstören), haben viel gut zu machen. Die Schule ist der Ausdruck der Zeitrichtung. Und wie man sieht, begreifen sie jetzt ihre Pflicht und ihre Bedeutung.

Humor und Satire.

Wochenrückblick der „Norddeutschen Allgemeinen".

Fest steht und treu des Freisinns Wacht
Vor Brandenstein und Jannschau
Sobald ein Sozi Späne macht,
Ertönt ein mörderisch Wauwau.
Besonders wachsam ist die Rasse
Vom roten Adler vierter Klasse.

Mit seiner Junkerschar ergötzt
Fürst Bülow sich am Freisinn gern,
Denn wenn es Wahlrechtshiebe setzt,
Leckt der die Hand noch seinem Herrn,
Da dieser Hund, wie's oft probiert ist,
Nur auf den roten Mann dressiert ist.

Der rote Mann. Dies Schandmaul sagt,
Daß in der schönen Gotteswelt
Den Arbeitsmann der Hunger plagt.
Macht nichts. Das Reich hat auch kein Geld.
Trotz Hunger, Wahlrechtslärm und Schulden
Mag sich der Pöbel halt gedulden.

Geht's doch dem Kanzler noch famos,
Zwar uns're Schulden sind enorm;
Doch reißt ja nur den Stengel los
Die deutsche Reichsfinanzreform.
Nur lustig mit dem Strom geschwommen,
Die Sintflut — sie mag nach uns kommen.

So gäb' es abermals ein Bild
In Rosenrot und wie geleckt,
Und Bülow glänzte engelsmild,
Wenn nur der leid'ge Knalleffekt,
Zu Lissabon — der unerhörte —
Die satte Harmonie nicht störte.

Fridolin.

Notizen.

— Der Bassist Karl Nebe, der seit 1900 der Berliner Kgl. Oper angehörte, ist im Alter von 50 Jahren an den Folgen der Influenza gestorben. Zu seinen besten Leistungen gehörten dank seinem Talent fürs Charakteristische Wagnerpartien, wie Alberich und Beckmesser. Aber auch in der Spieloper, besonders in den Baßbufforollen Lortzings bewährte er sich als tüchtiger Künstler.

— Das Ehrengeläute. Wie ein Märchen aus der Kinderstube mutet eine Begebenheit an, die sich in der großen deutschen Kinderstube irgendwo in Hessen abspielt. Seine Erlauchtigkeit der Graf von Erbach-Schönberg, Mitglied einer ehemals reichsunmittelbaren Familie, hat sich zu seinen Vätern zu versammeln geruht. In seinen Herrschaften Schönberg und Strauberg im Odenwald findet jetzt kraft der früheren Landeshoheit ein vierzehntägiges Ehrengeläut statt und das erbuntertänige Volk hat sich aller Lustbarkeiten zu enthalten. Ein Idyll aus Duodezien, das uns mitten im Großstaat Hessen bewahrt geblieben ist. (Hoffentlich erhalten die Heimatbünde es auch über die nächste Revolution hinüber.) 1858 wurde diese schöne alte Unsitte gesetzmäßig wieder eingeführt, nachdem das Jahr 1848 sie über den Haufen geworfen hatte.

— Eine Hemerothek, auf deutsch: Zeitungssammlung, soll in Paris errichtet werden. Die Depots der Nationalbibliothek und der Arsenalbibliothek sind mit Zeitungen und Zeitschriften vollgepfropft, und dieses Material häuft sich noch in einer für die Bibliothekverwaltungen beängstigenden Weise weiter auf, da die 8548 in Frankreich erscheinenden periodischen Druckschriften den nationalen Bibliothekinstituten zugesendet werden. Der Prospekt der Errichtung einer eigenen Zeitschriftensammlung ist schon 1900 auf dem Kongreß der Bibliothekare zur Sprache gebracht worden, nun aber hat sich auch der Senat für die Teilnahme des Staates an der „Hemerothek" ausgesprochen. Die Stadt Paris ist ihm darin schon vorangegangen. Der Senatsreferent über das Unterrichtsbudget will die Hemerothek in einem „Hause der Presse" unterbringen, das ein Vereinigungspunkt für die Journalisten sein soll.

minister v. Goßler hat ausdrücklich anerkannt, daß diese Scharfschießübungen beseitigt werden sollten, wenn genügende Schießplätze für jedes Armeekorps bewilligt würden. Nun hat der Reichstag reiche Mittel für diesen Zweck bewilligt, und bei der Bewilligung der Mittel für die Truppenübungsplätze ist ausdrücklich gesagt worden, der Mißstand des Scharfschießens sollte nunmehr aufhören. Trotzdem dauert es fort. Ich bitte die Militärverwaltung dringend, in Zukunft Schießübungen auf einem Truppenübungsplatze abhalten zu lassen und nicht den Verkehr zu unterbinden, der mindestens ebenso wichtig ist wie das Schießen des Militärs. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Württembergischer Militärbevollmächtigter Oberst v. Dörrer: Bereits drei Herren hat dies Scharfschießen auf den Plan gerufen. Das beweist, daß die Verhältnisse dringend der Erörterung bedürfen. Ich gebe unbedingt zu, daß hier eine Berechtigung zur Klage vorliegt. Ich verstehe nur nicht, weshalb die Klagen erst jetzt kommen und warum der Regimentskommandeur von den betroffenen Gemeinden gar nicht auf die Uebelstände aufmerksam gemacht worden ist. Solchen Vorstellungen würde zweifellos entgegengekommen sein, denn als in einem Falle von einer der Gemeinden das Ersuchen an den Regimentskommandeur erging, mit Rücksicht auf den Markttag das Scharfschießen ausfallen zu lassen, wurde diesem Wunsche sofort nachgegeben, obwohl die Beschwerde erst während des Schießens einging. Die großen Gefechtsschießübungen werden ausschließlich auf dem Truppenübungsplatz abgehalten, die sehr langwierigen Vorbereitungsschießen auch auf den Truppenübungsplätzen abzuhalten, ist aber unmöglich, weil die Zeit auf den Uebungsplätzen gar nicht ausreicht und im Winter z. B. andauernde Nebel tagelang die Schießübungen auf den Uebungsplätzen unmöglich machen.

Abg. Hausmann (Deutsche Vp.) begrüßt die entgegenkommende Erklärung des Regierungsvertreters. Jedenfalls geht daraus hervor, daß die Militärschießplätze nicht umfangreich und zahlreich genug sind.

Abg. Hildenbrand (Soz.): Es ist richtig, daß man den Ortsvorstehern mitgeteilt hat, daß Schießübungen stattfinden. Von einem Falle weiß ich, daß der betreffende Ortsvorsteher diese Mitteilung als eine amtlich berechtigte Ankündigung entgegengenommen hat und daß der Wortlaut der Ankündigung nicht erkennen ließ, daß er Einspruch erheben könne. Die heutigen Verhandlungen werden sicher dazu beitragen, daß die Ortsverwaltungen in Zukunft ihre Rechte besser wahrnehmen werden.

Die Vorbereitungsschießen wird man, wenn sie auf dem Schießplatz nicht durchführbar sind, eben nach Landesteilen verlegen müssen, die nicht wirtschaftlich so geschädigt werden, wie die hier in Frage kommenden dicht bevölkerten Bezirke. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Besoldung" bei den Bekleidungsämtern.

Abg. Stücklen (Soz.):

Ich muß auf zwei Klagen zurückkommen, die ich bereits in der Budgetkommission begründet habe, ohne eine genügende Antwort darauf bekommen zu können. In dem einen Falle entsprach die Antwort des Kriegsministers nicht den Tatsachen. Es handelt sich um die Vergebung von Arbeiten der Militärverwaltung an Privatunternehmer. Wir haben gewiß nichts gegen Berücksichtigung der Handwerker bei dieser Vergebung, aber wir verlangen, daß dann auch die im Handwerk üblichen Löhne gezahlt werden. Es kann nicht Aufgabe der Militärverwaltung sein, **der Lohndrückerei Vorschub zu leisten.** In den Verträgen, die die Privatunternehmer zu unterschreiben haben, befindet sich eine Klausel, wonach der Lohnsatz einen Verdienst ermöglichen soll, der nicht unter dem ortsüblichen durchschnittlichen Tagelohn bei gleicher Arbeitsart steht. Was versteht nun die Militärverwaltung unter diesem ortsüblichen Tagelohn? Mir wurde erklärt, daß, wenn die Militärverwaltung Löhne ermitteln will, sie bei den Polizeibehörden und bei der Handwerkskammer anfragt. Gegen das letztere haben wir nichts, aber die Polizeibehörde ist keine geeignete Stelle für die Auskunft über die Löhne, die im Gewerbe üblich sind, und die Militärverwaltung würde sich gar nichts vergeben, wenn sie bei derartigen Anlässen

auch die Arbeiterorganisationen

fragen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt sollte die Militärverwaltung darauf sehen, daß bei der Vergebung der Arbeiten die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung hin geschützt werden. In Thorn war für Innungsmeister die Lieferung von Röcken von der Militärverwaltung vergeben worden. Die Innungsmeister stellen aber die Röcke nicht selbst her, sondern vergeben die Arbeit an Heimarbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst erhalten 8,50 M. für die Röcke und zahlen den Heimarbeitern 7,50 M. Wir müssen verlangen, daß solche Arbeiten von den Innungsmeistern auch in der eigenen Werkstatt ausgeführt werden; die Militärverwaltung hat doch kein Interesse daran, dem Elend der Heimindustrie noch Vorschub zu leisten. In einzelnen Verträgen ist nun neuerdings die Bestimmung aufgenommen, daß die übertragenen Arbeiten im eigenen Betriebe hergestellt werden müssen. Allein die Unternehmer helfen sich auch hier. Sie errichten auswärts eine kleine Werkstatt, in der die Arbeiten zum Teil hergestellt werden, im übrigen werden Heimarbeiter beschäftigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter müssen wir verlangen, daß wenn Arbeiter sich an das Kriegsministerium um Auskunft wenden, sie auch wirklich Auskunft erhalten. Die Militärbehörden haben beim Kriegsminister um eine Audienz gebeten. Diese konnte ihnen nicht gewährt werden, da der Kriegsminister verreist war, und es wurde ihnen mitgeteilt, sie möchten schriftlich mitteilen, was sie wünschen. Die Arbeiter haben das getan und haben gefragt, was die Militärverwaltung unter dem ortsüblichen Tagelohn verstehe. Und darauf wurde ihnen der Bescheid, daß eine weitere Klärung der Bestimmungen betr. Gewährleistung eines ortsüblichen Tagelohns an die Arbeiter der für die Heeresverwaltung liefernden Unternehmer nicht für notwendig erachtet werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht versteht die Militärverwaltung unter ortsüblichem Tagelohn den Tagelohn, der einem Teil der sozialen Gesetzgebung als Grundlage dient. — Seit einiger Zeit ist nun die Militärverwaltung zur Selbstproduktion übergegangen. Die Werkstätten in Altona-Bahrenfeld sind hygienisch vollkommen einwandsfrei; damit sind aber auch ihre Vorzüge erschöpft. Eigentlich sollten solche Betriebe doch Musterbetriebe sein und mit gutem Beispiele vorangehen. Das ist hier leider gar nicht der Fall. Die Betriebswerkstätten sind mit Zivilarbeitern besetzt. An der Spitze stehen aber nicht Zivilfachleute, sondern Offiziere, die von dem Fach nichts verstehen. Wenn auch einzelne Offiziere einen Kursus im Zuschneiden durchmachen, so haben sie doch damit noch nicht die Eigenschaft erworben, Vorgesetzte der gelernten Schneider zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Offiziere haben bei ihrer dreistündigen Dienstzeit sehr viel freie Zeit. Ich gönne sie ihnen gewiß, wünsche nur, daß die Arbeitszeit der Arbeiter der der Vorgesetzten allmählich immer näher kommt. Die Herren Offiziere sollten aber ihre viele freie Zeit nicht dazu benutzen, die Arbeiter zu schikanieren. Eine prächtige Handhabe für Schikanen aller Art bietet die Arbeitsordnung. In der Kommission habe ich gefragt, ob man mir sagen könne, **von welcher**

Gefängnisordnung diese Arbeitsordnung abgeschrieben

sei. Eine Antwort habe ich darauf nicht erhalten. Diese Arbeitsordnung ist in der Tat ein Unikum und zeugt von großem sozialen Unverständnis. Ihr § 10 besagt, daß den Arbeitern verboten ist, an Bestrebungen teilzunehmen, die sich auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung beziehen. Nun weiß ich nicht, wie im Bekleidungsamt die Staats- und Gesellschaftsordnung umgestürzt werden soll. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Interessant wäre es zu hören, was die Militärverwaltung alles unter solchen Bestrebungen versteht. Man kann es ja allerdings ahnen. Wir sind aber der Auffassung, daß der Arbeiter, **welcher** der Militärverwaltung seine Arbeitskraft verkauft, sonst ein **freier Mann** ist; die Militärverwaltung kauft, wie jeder Arbeitgeber, nach unserer Anschauung mit der Arbeitskraft

nicht auch die Gesinnung

des Arbeiters. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem fragt sich, ob nach der Meinung der Militärverwaltung auch der Gebrauch der Koalitionsfreiheit unter jene Bestrebungen fällt. Es wird verschiedentlich von Arbeitern der Betriebswerkstätte in Altona-Bahrenfeld verlangt, daß sie **aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Schneiderverband, austreten sollten.** (Hört! hört!) Einem entlassenen Arbeiter, der nach dem Grunde der Entlassung fragte, wurde geantwortet: Wenn Sie es mir schriftlich bringen, daß Sie aus dem Verbande ausgetreten sind, können Sie vielleicht bleiben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die **Koalitionsfreiheit beruht auf Reichsgesetz** und gerade eine **Reichsbehörde** sollte in erster Linie die **Reichsgesetze achten.** Statt dessen geht die Militärverwaltung gegen Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrechte Gebrauch machen, mit Maßregelungen vor. In der Kommission ist uns gesagt worden, zwei entlassene Arbeiter hätten zum Streik gehetzt und hätten sozialdemokratischen Bestrebungen gehuldigt, der Kriegsminister sagte sogar, die Leute hätten einen förmlichen Feldzug gegen das Bekleidungsamt unternommen. Ich kann heute auf Grund meiner Informationen feststellen, daß dem Herrn Kriegsminister nicht die Wahrheit mitgeteilt worden ist. Es dreht sich um folgendes: Die Arbeiter bei dem Bekleidungsamt bekamen einen grauen Rock zu machen, bei dem sie mehr Arbeit hatten als bei den blauen und verlangten deshalb auch höhere Löhne. Zu diesem Zwecke mußten sie natürlich zwecks gegenseitiger Verständigung zusammentreten. Sie hielten eine Versammlung ab, und da haben einzelne Arbeiter zum Streik geraten. Der Arbeiterausschuß des Bekleidungsamtes, in dem auch sozialdemokratische Arbeiter sitzen, und der Organisationsleiter haben den Leuten das **ausgeredet.** (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Es fanden Unterhandlungen statt und die Wünsche der Arbeiter wurden bewilligt. Das war Mitte Juni. Im November wurden dann plötzlich die beiden Mitglieder des Arbeiterausschusses, die damals Wortführer ihrer Kollegen waren, **entlassen.** Das ist doch zweifellos

eine Maßregelung

gewesen. Wie kann man da von sozialdemokratischen Umtrieben sprechen? Das ist doch eine rein innere Angelegenheit der Schneiderorganisation. Wenn der Arbeiterausschuß nur so weit gehen darf, als die Militärverwaltung es erlaubt, ist er leere Dekoration. Wenn er seiner Pflicht nachkommen will, muß er für die Interessen der Arbeiter eintreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unverständlich ist bei einem solchen System das große Heer der Vorgesetzten. Wenn wir später einmal hören werden, daß im Bekleidungsamt erheblich teurer gearbeitet wird als von privaten Schneidern, so hat wahrlich dies System der Vorgesetzten nicht zum wenigsten schuld daran. Nicht weniger als acht Offiziere sind vorhanden, an der Spitze steht ein Oberst, in jedem Arbeitssaal sind zwei Feldwebel, dann kommt ein Amtsmeister, ebenfalls ein Feldwebel, dann folgen die Meister, das sind aktive Unteroffiziere, dann kommen die Vorarbeiter, denen die Arbeiter zu gehorchen haben, und dann haben die Arbeiter nicht als Vorgesetzte anzusehen den Lagerdiener und den Portier. (Heiterkeit.) Welchen Sinn hat denn ein solcher Aufsichtsapparat. Aber er ist damit noch gar nicht erschöpft, beständig haben auch zwei Reserveoffiziere ihre Uebung abzumachen. Diese haben eine

schriftliche Arbeit

einzureichen, **aus was für Teilen ein Rock besteht usw.** Natürlich sind sie keine Schneider. Sie fragen also den Feldwebel nach den Einzelheiten. Dieser sagt sie ihnen und sie schreiben sie nieder und reichen sie ein und haben damit ihre Qualifikation zur Aufsicht über Zivilschneider erworben. (Heiterkeit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im § 12 der Arbeitsordnung wird weiter bestimmt, daß jeder Angestellte die strengste Geheimhaltung über alles, was im Bekleidungsamt geschieht und über die Herstellung der Arbeiten ausüben muß, und diese Pflicht zur Geheimhaltung erstreckt sich auch noch auf die Zeit nach der Entlassung. Was nun bei der Verfertigung von Soldatenröcken, die auch von Innungsmeistern hergestellt werden, geheimzuhalten ist, vermag ich nicht einzusehen. Vielleicht will man geheim halten, was im Bekleidungsamt vorgeht gegenüber den Leuten, wie sie schikaniert werden. An der Arbeit selbst ist jedenfalls nichts geheim zu halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter schreibt die Arbeitsordnung vor, wenn einem der Vorgesetzten, also auch einem der Nichtsachverständigen, irgend etwas an der Arbeit nicht paßt, so muß der sachverständige Schneider ohne jede Widerrede das machen, was ihm von dem Vorgesetzten befohlen wird. Also ganz wie beim Militär, wenn er nicht sofort folgt, ist das ein Grund zur sofortigen Entlassung. Noch klarer wird die Berechtigung des Vergleiches dieser Arbeitsordnung mit der im Gefängnis durch den § 13. Da heißt es: Jeder Arbeiter muß sich eine **Untersuchung seines Schrankes, der mitgebrachten Gefäße und**

seiner Person

gefallen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) **Was will** man denn damit erreichen? Es ist ja gerade beim Bekleidungsamt gar keine Möglichkeit vorhanden, daß die Arbeiter etwas mitnehmen könnten, was dem Staate gehörte. Verboten ist ebenso das Verlassen der Arbeitsstelle ohne Erlaubnis. Damit ist nicht etwa gemeint, daß jemand ohne Erlaubnis nicht aus dem Betriebe herausgehen soll. Die Vorschriften sagt vielmehr ausdrücklich, Austreten während der Dienststunden ist zu vermeiden. Der Arbeiter muß also den Unteroffizier erst fragen, ob er austreten darf. (Heiterkeit.) Zu welchen Folgen das führen kann, will ich hier nicht weiter ausmalen. (Erneute Heiterkeit.) Außerdem ist verboten, Bekanntmachungen zu erlassen, Ansprachen zu halten (Sehr richtig! rechts), ebenso das Verteilen von Flugschriften, Geldsammlungen usw. (Wiederholtes Sehr richtig! rechts.) Gegen Arbeiter werden diese Bestimmungen in der allerrigorosesten Weise angewendet. Ein Arbeiter wurde entlassen mit der Begründung, er habe eine Ansprache gehalten; er hatte nämlich seine Kollegen aufgefordert, eine Schneiderversammlung zu besuchen. In der Kommission sagte der Kriegsminister, der Fall sei ihm nicht bekannt. Aber die Militärverwaltung sollte doch unterrichtet sein, **denn sie ist verurteilt worden, diesem Mann wegen**

widerrechtlicher Entlassung

25 M. Lohn auszuzahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Urteil ist gesagt, der Arbeiter habe in der Frühstückspause mit seinen Kollegen über den Besuch der Versammlung gesprochen, **und das ginge die Militärverwaltung nichts an.** Es fehlte auch bloß noch, den Leuten zu verbieten, während der Frühstückspause überhaupt zu sprechen. Ebenso streng wie gegen die Arbeiter, ebenso nachsichtig ist die Verwaltung gegen die Vorgesetzten. Ein Feldwebel ist gleichzeitig Versicherungsagent und **sammelt ganz ungeniert während des Betriebes die Versicherungsgelder ein.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Zuruf nach rechts: Ist das auch Sehr richtig?) Anläßlich der letzten Reichstagswahlen hat der **Major Graßmann** im Betriebe die **Arbeiter aufgefordert, den nationalliberalen Kandidaten zu wählen.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Feldwebel, also aktive Militärpersonen haben während der Arbeit **die bekannten Bilderbogen und verlogenen Broschüren an die Arbeiter verteilt.** Was nun die Löhne anlangt, so wird in Altona ein viel höherer Lohn gezahlt als in Straßburg oder Breslau. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man wird doch nicht etwa behaupten wollen, daß Straßburg oder Breslau so viel billigere Städte sind als Altona. Nun wird General Lochow einwenden, die Schneider könnten sich nicht beklagen, sie verdienten 2000 M. jährlich. Ich weiß nicht, wie die Militärverwaltung zu einer derartigen Behauptung kommt. Mir haben die Schneider versichert, daß sie rund 1400 M. verdienten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 2000 M. mögen von einigen besonders bevorzugten Arbeitern verdient werden, von dem Gros der Arbeiter sicher nicht. Die Arbeiter klagen auch über die zu große Schneidigkeit einzelner Vorgesetzter. Man sollte die Offiziere, wenn sie zu wenig zu tun hätten, mit anderen Arbeiten beschäftigen, damit sie aus Langeweile die Arbeiter nicht drangsalieren. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor v. Lochow: Unsere Arbeitsbedingungen sind seinerzeit von der gesamten Arbeiterschaft, auch von der Sozialdemokraten, als ein Fortschritt begrüßt worden. Daß in Thorn Heimarbeiter beschäftigt worden sind, hat sich nach unseren Recherchen nicht ergeben. Sollte der Abg. Stücklen anderes Material in Händen haben, so mag er es uns übergeben. Der Abg. Stücklen hatte an dem Bekleidungsamt in Altona zu tadeln. Ich wünschte, er wäre so objektiv wie das „Hamb. Echo" gewesen, das das Altonaer Bekleidungsamt privaten Schneiderwerkstätten als Vorbild hingestellt hat. Im übrigen werden bei gegenseitigem Vertrauen und bei einem guten Einvernehmen zwischen Offizieren und Arbeitern Reibereien und Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden sein. Ob zufriedene Arbeiter aber gerade das Ideal der Herren auf der äußersten Linken sind, möchte ich bezweifeln. (Sehr wahr! rechts.) Es ist durchaus richtig, daß wir es scharf verfolgt haben, wenn Arbeiter gezwungen wurden, in den Verband einzutreten. Darüber haben sich die Arbeiter zum Teil selbst beschwert. Wir wissen, daß auch Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes in den Bekleidungsämtern arbeiten. Aber wir entlassen sie trotzdem nicht. Nur wer während der Arbeit agitiert, wird entlassen. Es ist richtig, daß eine ganze Anzahl Schneider aus dem Verbande ausgetreten sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: **Aus Furcht.**) Jawohl, aus Furcht vor den Agitatoren. (Sehr gut! rechts.) Die Arbeiter hatten erfahren, daß sie gedeckt wurden, und da kehrten sie dem Verbande den Rücken. (Bravo! rechts.) Außerdem hatte der Austritt für sie noch den finanziellen Vorteil, daß sie 31,50 M. sparten, die sie sonst in die Streikkasse zu zahlen hatten. (Unruhe b. d. Soz.). Was schließlich die Löhne anlangt, so habe ich nicht behauptet, daß alle Arbeiter 2000 Mark verdienen. Ich habe nur gesagt, daß Löhne bis zu 2000 Mark gezahlt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Göring (Z.) befürwortet eine Aufbesserung der Beamtengehälter bei den Bekleidungsämtern. (Zuruf: Das gehört nicht hierher! Heiterkeit.) Des weiteren bitte ich, daß die Bekleidungsämter bei der Vergebung von Arbeiten die Innungsmeister mehr berücksichtigen möchten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stücklen (Soz.):

Der General v. Lochow hat sich **auf einen Artikel des „Hamburger Echo"** berufen, in dem die Verwaltung des Bekleidungsamtes gelobt wird. Er hat mit der Verlesung des Artikels — **ich habe ihn hier —**

gerade da aufgehört, wo die Kritik einsetzt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der General v. Lochow ferner anerkennt, daß die Arbeiterausschüsse zur Ueberwindung von Schwierigkeiten beigetragen haben, so sollte er doch auch dafür eintreten, daß die Mitglieder nicht aus dem Betriebe herausfliegen, weil sie ihrer Organisation angehören. Daß dies der Grund zur Entlassung war, geht auch daraus hervor, daß bei der Entlassung **ausdrücklich gesagt wurde:**

Es werden noch alle Verbändler herausfliegen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Des ferneren wundere ich mich, daß der General v. Lochow **kein Wort über die Wahlagitation** gesagt hat, die im Bekleidungsamt getrieben worden ist. Er scheint zu glauben, Agitation darf dort getrieben werden, es kommt bloß auf ihr Ziel an. Herr v. Lochow hat ferner auf die hohen Beiträge hingewiesen, welche die Arbeiter an den Schneiderverband zahlen. **Die 32 M. Beiträge bekommen sie heraus, wenn sie auch nur vier bis fünf Wochen arbeitslos sind, das sind überhaupt keine Beiträge ohne Gegenleistung.** Weiter sagte Herr v. Lochow, der Arbeiterausschuß habe ja die Arbeitsordnung mitgemacht. Ich bitte nicht zu übersehen, daß bei den **Sitzungen des Arbeiterausschusses**

stets ein Offizier zugegen ist,

also ein Vorgesetzter, der die Entlassung der Mitglieder bewirken kann. Da kann von einer freien ungezwungenen Verhandlung keine Rede sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Lochow sagte noch: „Agitatoren werden nicht geduldet." Ein Agitator ist Ihnen jeder Arbeiter, der einer Organisation angehört, und wenn er einen Kollegen veranlassen will, der Organisation beizutreten, wird er entlassen. **Dadurch wird in der Tat die Koalitionsfreiheit mit Füßen getreten.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor v. Lochow: **Auf die Wahlagitation habe ich nicht** Bezug genommen, weil ich hierüber nicht orientiert bin. Ferner war gesagt worden, die Offiziere haben nur 3 Stunden zu tun. Das ist ganz sicher falsch; sie sind vielmehr ganz außerordentlich in Anspruch genommen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Eine Reihe weiterer Kapitel werden nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Beim Kapitel „Pferdebeschaffung" rühmt

Abg. Barenhorst (Rp.) die Provinz Hannover und ihre Pferdezucht. Der Hannoveraner saugt die Liebe zum Pferde schon mit der Muttermilch ein. (Große Heiterkeit.) Wir Hannoveraner sind stolz darauf, daß wir das springende Pferd im Wappen führen. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bitte, die Militärverwaltung, die hannöversche Pferdezucht beim Ankauf der Remontepferde durch Preisdrückerei nicht zu schädigen.

Abg. Böhle (Soz.): In Straßburg scheint die Militärverwaltung zu viel Pferde zu haben; denn die Kutscher klagen dort darüber, daß Ziviltransporte seitens der Militärverwaltung ausgeführt werden. Eine Beschwerde der Kutscher ist vom Generalkommando als berechtigt anerkannt und Abhülfe ist versprochen worden; trotzdem besteht der Mißstand weiter fort. Ich bitte die Stellen, die doch sonst so sehr für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind, dafür zu sorgen, daß die Verfügung des Generalkommandos auch beachtet wird.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zum Kapitel „Reisegebührnisse, Umzugskosten, Vorspann- und Transportkosten" liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, diese Ausgaben in Zukunft im Etat mehr zu spezialisieren.

Abg. Erzberger (Z.) tritt für diese Resolution ein und kritisiert die Höhe der Tagegelder bei Reisen der Offiziere.

Generalmajor v. Lochow: Die gewünschte Spezialisierung ist bereits in der Kommission vom Kriegsminister zugesagt worden.

Das Kapitel sowie die beantragte Resolution werden bewilligt.

Beim Kapitel „Allgemeine Unkosten" wünscht

Abg. Cuno (frs. Vp.) Einwirkung der Militärverwaltung auf die körperliche Erziehung der Jugend im Turnunterricht im Hinblick auf die Tatsache, daß von den Schülern der höheren Lehranstalten 60 bis 80 für den Militärdienst als untauglich befunden werden.

Generalleutnant **Sixt v. Armin** betont, daß die Militärverwaltung in dieser Richtung ständig in Fühlung stehe mit den Turnvereinen und dem Kultusministerium.

Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf **Dienstag** 1 Uhr. (Vorher dritte Lesung der Zuckerkonvention, nachher Postetat.)

Schluß 6¾ Uhr.

Die China-Expedition vor der Budget-Kommission.

Sitzung vom 7. Februar 1908.

Die Verhandlungen beginnen mit der Fortsetzung der Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien. Der Referent Liebermann hatte gestern ausgeführt, daß nach den ihm gewordenen Informationen die Expedition noch nicht zurück-

gezogen werden könne. Man könne vielleicht erwägen, ob nicht an eine dauernde Belassung einer Schutztruppe in China zu denken sei und sodann natürlich Uebernahme der Lasten auf den ordentlichen Etat. Erzberger knüpfte daran eine herbe Kritik der ganzen ostasiatischen Expedition. Eine tolle Verschwendung werde hier getrieben, die Stellen seien nichts als moderne Sinekuren. Er schildert im einzelnen, wie splendid diese Truppe von 700 Mann mit Beamten und Offizieren ausgestattet ist; so haben die 700 Mann nicht weniger als 26 Offiziere, 5 Aerzte, zirka 80 Unteroffiziere usw. Die Garnisonverwaltung beschäftigt 5, das Proviantamt 10, das Lazarett 13 Beamte, abgesehen von einer ganzen Reihe Beamter, welche in der Heimat mit Angelegenheiten des ostasiatischen Expeditionskorps beschäftigt und aus dessen Etat bezahlt werden. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 6½ Millionen Mark, welche im außerordentlichen Etat rangieren und auf Anleihe genommen werden. Sogar die Pensionen von zirka 3½ Millionen Mark werden aus der Anleihe bezahlt.

Nach dieser Kritik versuchte ein junger Offizier, den Etat zu rechtfertigen, Südekum aber kritisierte scharf die Abwesenheit des Auswärtigen Amtes und Kriegsministeriums und beantragte Vertagung, bis die Herren zur Stelle sind.

Heute ist nun alles vertreten. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Schoen, sitzt armbandgeschmückt neben dem Vorsitzenden und auch das Kriegsministerium ist stark vertreten.

Sixt von Armin gibt die Erklärung ab, er sei nicht eingeladen worden, auch Herr v. Schoen hat die Einladung zu spät erhalten. Der Fehler soll am Bureau liegen.

Liebermann und Wagner fragen, wann die Expedition zurückgezogen werden soll. v. Schoen meint, der Zeitpunkt lasse sich nicht absehen. Man habe einen Teil der Truppen zurückgezogen und das habe einen guten Eindruck auf die Chinesen gemacht. Aber dazu neige die Regierung nicht, die Expedition zurückzuziehen. Er sucht das mit politischen Gründen zu rechtfertigen. Paasche sieht in den Darlegungen v. Schoens einen Widerspruch und wünscht die völlige Zurückziehung der Truppen. Jedenfalls aber müßten die Pensionen in den ordentlichen Etat genommen werden.

v. Schoen behauptet, eine Verringerung der Truppen sei nicht möglich. Die Besatzung von Kiautschou genüge nicht zum Schutze der Gesandtschaft in Peking.

Genosse Ledebour verlangt nachdrücklich die Zurückziehung des Expeditionskorps; im weiteren schildert er an einzelnen Beispielen die Verschwendung, die in diesem Etat herrsche. Die Buchhaltungsgeschäfte für diese 700 Mann kosten 23000 M. Die Bekleidungsverwaltung 10000 M. Jeder einzelne Mann koste ungerechnet die Pensionen zirka 7000 M. jährlich. — Ein Regierungsvertreter Zimmermann begründet die angebliche Notwendigkeit der Belassung der Truppen in Peking damit, daß die Verbindung zwischen Peking und der Küste aufrechterhalten werden müsse.

Erzberger kritisiert wie Ledebour die Verschwendung im Etat. Deutschland wendet an Ostasien einschließlich Kiautschou 20 Millionen und der Handel ist gleich Null.

Die beiden Referenten beantragen, die Ausgaben für Pensionen, das sind 1578000 M. beim Kriegsministerium und 1869000 M., zusammen 3447000 M. aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Etat zu übernehmen.

Unterstaatssekretär Twele rechtfertigt die Haltung des Reichsschatzamts; wenn Auswärtiges Amt und Kriegsministerium die Ausgaben für absolut notwendig erklären, könne das Schatzamt nichts machen. Auf den ordentlichen Etat habe man die Ausgaben nicht genommen, einmal wegen der Finanznot, andererseits weil es sich um einen mobilen Zustand handle.

Eine lange Debatte verursacht die Forderung von 437800 M. Teuerungszulagen und 15600 M. für Dienermiete — bei 700 Mann mit 26 Offizieren! Schließlich kommt die Mehrheit zu dem Schluß: in diesem Jahre läßt sich gar nichts ändern, man verschiebt alles auf das nächste Jahr!

Parlamentarisches.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Vereinsgesetzes führte heute die Beratung über § 3 zu Ende. Es handelte sich in der Debatte hauptsächlich um die Frage der Befreiung der Wahlversammlung und der Berufs- und Standesversammlung von der Anzeigepflicht und der Ueberwachungsberechtigung der Polizei. Dabei war von besonderem Interesse die Erklärung des Staatssekretärs, daß eine Befreiung öffentlicher Versammlungen, die sich mit den Gegenständen beschäftigten, die im § 152 der Gewerbeordnung umgrenzt seien, also mit der Erörterung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, von der Anmeldepflicht, den Entwurf für die Regierung unannehmbar machen würde. Wenn solche Angelegenheiten in einem bestimmten Kreise in nichtöffentlichen Versammlungen zur Verhandlung gestellt würden, so entfalle die Anzeigepflicht und die Ueberwachungsbefugnis, da das Reichsvereinsgesetz überhaupt nur von öffentlichen Versammlungen handle. Auch der konservative Abg. Droescher erklärte im Namen seiner ganzen Partei, daß sie unter keinen Umständen über den Regierungsentwurf hinausgehen werde. Eine Befreiung aller gewerkschaftlichen Versammlungen und besonders eine Befreiung der Wahlversammlungen von der Anmeldepflicht, sei für sie um so weniger annehmbar, als gerade in Wahlzeiten die Ruhe und Ordnung am allerehesten gefährdet sei. Diesen Ausführungen trat der bayerische Bundesratsbevollmächtigte, Ministerialrat Stößenreuther scharf entgegen. In Bayern bestände bereits die Anzeigefreiheit für Wahlversammlungen, und man habe damit allgemein die besten Erfahrungen gemacht. Die Stimmung der bayerischen Bevölkerung gehe durchweg dahin, daß die bestehenden vereinsrechtlichen Freiheiten Bayerns durch das Reichsvereinsgesetz nicht geschmälert werden sollten. Niemand wolle, daß der Polizeigeist auch nach Bayern seinen Einzug halte. Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat noch einmal in ausführlicher Weise Genosse Hildebrand, der besonders hervorhob, daß die unteren Polizeiorgane sich in der Praxis an die wohlwollenden Erklärungen des Staatssekretärs sehr wenig halten würden.

Bei der Abstimmung wurde zunächst auf Antrag der Sozialdemokraten und Freisinnigen der Begriff „öffentliche Angelegenheiten" durch „politische Angelegenheiten" ersetzt. Weiter wurde beschlossen, daß über die erfolgte Anzeige von der Behörde eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden muß — in der Vorlage hieß es nur: soll. Angenommen wurden auch die Anträge Müller-Meiningen auf Befreiung der Wahlversammlungen und der gewerkschaftlichen Versammlungen von der Anzeigepflicht und der Ueberwachungsbefugnis. Schließlich wurde auch noch beschlossen, daß die öffentliche Bekanntmachung die Anzeige bei der Polizei ersetzen kann. Der neue § 8 hat danach folgenden Wortlaut:

„Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor dem Beginne der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Ueber die Anzeige muß von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden.

Der Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen zu den auf Gesetz und Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften. Vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages an bis zur Beendigung der Wahlhandlung. Die Vorschriften der §§ 5, 8 und 9 finden auch auf diese Versammlungen Anwendung. (§ 5 handelt von der Notwendigkeit, einen Leiter zu wählen, § 8 von der Befugnis der Ueberwachung und § 9 von dem Rechte der Auflösung durch die Polizei.) Als Erörterung politischer Angelegenheiten gilt es insbesondere nicht, wenn in Versammlungen von den in § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenkreisen ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden.

Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die öffentlich bekannt gemacht worden sind. Die näheren Vorschriften über die Erfordernisse der Bekanntmachung haben die Landeszentralbehörden zu erlassen."

In dieser Fassung fand § 3 mit 20 gegen die 6 Stimmen der Konservativen Annahme. — Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag statt.

Die Bauforderungskommission nahm heute die §§ 6—9 des Regierungsentwurfes an. Ein zu § 9 von nationalliberaler Seite gestellter Abänderungsantrag wurde abgelehnt. Der § 10, welcher die Definition des Begriffes „Baugläubiger" gibt, wurde ebenfalls unverändert angenommen. Zu § 11 hatten die Genossen Dr. Frank und Bömelburg beantragt, den sogenannten Nachmännerschutz eintreten zu lassen ohne Rücksicht darauf, ob dem Eigentümer bekannt war, daß dem Unternehmer die zur Herstellung eines Baues erforderlichen Mittel nicht zu Gebote stehen oder daß er nicht die Absicht habe, seine Gläubiger zu befriedigen. Ein Antrag von Dr. Mayer (Z.) bezweckt das gleiche. Nach langer Debatte, bei der die Handwerkervertreter Pauli (Z.) und Wieland (D. Vp.) gegen die Handwerkerforderung redeten, wurde der Antrag abgelehnt. Dafür stimmten nur die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokraten. Ein gleichlautender Antrag der Sozialdemokraten und der Konservativen, der in § 11 den Nachmännerschutz nicht auf die Lieferanten ausdehnen will, wurde einstimmig angenommen. Der § 12 wurde unverändert genehmigt. Zu § 14, letzter Absatz, hatten die Genossen Dr. Frank und Bömelburg beantragt, die Anmeldefrist für die Bauforderungen von zwei Monate auf zwei Wochen herabzusetzen. Ein Vermittelungsantrag wurde angenommen, der die Frist auf einen Monat festsetzt. Die §§ 15 und 16 wurden in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, während die Abstimmung über § 13 ausgesetzt wurde.

Das Vogelschutzgesetz hat nun seine erste Lesung in der Kommission hinter sich. Die Vertreter der Reichsregierung und einzelner Bundesstaaten waren unablässig bemüht, die Regierungsvorlage zu schützen gegen eine über den Rahmen der Pariser Konvention hinausgehende Verbesserung zur Herbeiführung eines wirksamen Vogelschutzes im ganzen Reiche. Sie trugen zur Erreichung dieses Zweckes föderalistische Bedenken vor, die sich gegen die Eingriffe in die bunte Gestaltung der bundesstaatlichen Jagdgesetzgebung richteten. Im Speziellen sollte der Krammetsvogel-Massenfang für Preußen und Oldenburg reserviert werden. Die Kommission erzielte zunächst eine Mehrheit zur Verschärfung des § 2, der dem Vogelfang und der damit verbundenen Ausrottung der Vögel in Deutschland entgegentritt und erzielte mit 11 gegen 7 Stimmen die grundsätzliche Beseitigung des Dohnenstieges. Einstimmig war die Beschlußfassung, wonach in dem § 35 Abs. 2 Gew.-O. bezüglich des gewerbsmäßigen Vogelhandels durch eine Einschiebung (der Handel mit lebenden Vögeln) eine Kontrolle durch die Konzessionserteilung gewährt werden soll. Die Höhe des Strafmaßes ist von 150 auf 300 Mark hinaufgesetzt worden, während der weitgehendste Antrag 500 Mark forderte. Der sozialdemokratische Antrag, den besonderen Schutz des § 3 Abs. 1 neben den Meisen, Kleibern und Baumläufern auch den Zaunkönigen und Goldhähnchen zu gewähren, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Unter die besonders zu schützenden Vogelarten wurden über die Regierungsvorlage hinaus noch eine Anzahl Gattungen (Seeadler, Schreiadler, Turmfalken, Bussarde, Gabelweihen usw.) aufgenommen. Gegen die Vertilgung der Lerchen (namentlich in den Reichslanden) wird noch in zweiter Lesung ein Beschluß gefaßt werden.

Einlauf.

Im Reichstage ging ein:

Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Ortel, Wahlkreis Thorn-Briesen-Culmsee.

Soziales.

Zuckerkrankheit infolge eines Unfalles.

In der „Medizin. Klinik" wird der Zusammenhang eines Unfalles mit Zuckerharnruhr von Dr. Paul Zander, Berlin, veröffentlicht, der für Arbeiterkreise hochinteressant ist. Es handelt sich um einen 57 Jahre alten Rohrleger, der im Dezember 1905 dadurch einen Unfall erlitt, daß er mit der obersten Sprosse einer Leiter durchbrach, in einen Kellerschacht fiel und mit Rücken und Genick auf Eisenteile aufschlug. Wegen der entstehenden Rückenquetschung setzte er seine Arbeit nicht aus, klagte aber über fortdauernde Rückenschmerzen. Von Wichtigkeit in bezug auf seine im Anfang Mai 1906 festgestellte Erkrankung an Zuckerharnruhr war die Abnahme des Körpergewichts, Trockenheit im Halse und zunehmende Mannesschwäche. Eine Abnahme von sieben Kilogramm mußte aber auf eine Zuckerharnruhr schließen lassen, die schon einige Monate andauerte. Wenn der Erkrankte auch nicht die Vollrente bewilligt erhielt, so bekam er doch auf Grund des Zanderschen Gutachtens 30 Proz. Aus diesem ist die Begründung, daß die ursprünglich bewilligte Rente von 15 Proz. erhöht werden müsse, außerordentlich interessant. Es handelte sich nämlich um eine leichte Zuckerharnruhr, und der Zucker begann im Urin aufzutreten, wenn die Menge der aufgenommenen Kohlehydrate 175 Gramm überstieg, was ungefähr einer Brotportion von 300 Gramm entspricht. Der Kranke darf also bei seiner Ernährung dieses Maß der Kohlehydrate nicht überschreiten. Da aber Kohlehydrate für den körperlich Arbeitenden ein sehr wichtiges Ernährungsmittel bilden, und da sie andererseits zugleich die billigsten Nährstoffe, nämlich Brot und Kartoffeln, darstellen, so muß er solche durch die teueren Eiweißstoffe in Fleisch und durch Fette ersetzen. Das bedeutet aber für den Betreffenden einen Verlust, der mit 15 Proz. nicht gedeckt ist, wohl aber durch eine Rente von 30 Proz. zugleich mit Berücksichtigung einer etwa durch die Krankheitsbeschwerden verminderten Arbeitsfähigkeit.

Zur Auslegung des § 616 B. G.-B.

Eine Arbeiterin, die bei einem Unternehmer in Fürth auf 14tägige Kündigung beschäftigt war, erlitt einen Unfall. Sie war infolgedessen vier Tage arbeitsunfähig. Der Unternehmer weigerte sich, ihr den Lohn für diese vier Tage zu bezahlen. Auf Klage entschied das Gewerbegericht: der Unternehmer ist schuldig, den Lohn für die vier Tage, abzüglich von 50 Pf., die die Klägerin aus der Krankenkasse erhalten hat, zu bezahlen. Es kommt hier § 616 des B. G.-B. in Betracht. Der Unfall ereignete sich ohne Verschulden der Klägerin und es handelt sich um eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeitdauer der Krankheit.

Zur Hetze gegen die Krankenkasse in Chemnitz.

An der Hand der Schmutzbroschüre des inzwischen wegen gemeiner Erpressung eingelochten Schubert und seines ebenfalls eingelasteten Kronzeugen hatten die in Verdächtigung gegen die Krankenkassen arbeitenden Organe allerlei Unwahrheiten über die Leitung der Ortskrankenkasse verbreitet. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hatte als vermeintlichen Beweis für Ordnungswidrigkeiten in der Kasse auf das von Unwahrheiten strotzende Machwerk Schuberts hingewiesen. Sie scheint so stark an der Kette dieses Erpressers oder seiner Hintermänner zu liegen, daß sie bislang noch nicht einmal von Schuberts Einsperrung wegen Erpressung zu berichten vermochte. Am Donnerstag fand vor dem Chemnitzer Schöffengericht eine Verhandlung statt, die wieder eine der gegen den Vorstand geschleuderten Verdächtigungen als solche charakterisiert. Von Schubert und Genossen war u. a. behauptet worden, daß der Vorstand der Gemeinsamen Ortskrankenkasse zu unrecht von den Wöchnerinnen Kassenbeiträge erhoben habe. Man ließ dabei durchblicken, daß sich der Vorstand bereichert habe. Die Staatsanwaltschaft nahm sich der Sache an. Sie verzögerte sich bis nach der Vertreterwahl. Am Tage nach der Wahl machte der erste Staatsanwalt bekannt, daß die Erörterungen schon längst abgeschlossen seien, daß nur noch ein Verfahren gegen einen früheren Beamten schwebe, nicht aber gegen die Leitung der Kasse. Am Donnerstag wurde nun gegen den vom Kassenvorstand wegen grober Pflichtwidrigkeiten entlassenen früheren Bevollmächtigten Friedemann vor dem Schöffengericht verhandelt. Er stand unter der Anklage des Betruges. Die Verhandlung ergab, daß F. eine die Wöchnerinnenbeiträge betreffende Entscheidung des städtischen Versicherungsamtes nicht an den Vorsitzenden abgegeben, ihn auch vom Inhalt nicht in Kenntnis gesetzt hatte. Er hatte vielmehr angeordnet, daß diejenigen Arbeitgeber, die sich weigerten, keine Wöchnerinnenbeiträge zu bezahlen hätten, daß es aber bei den anderen bleibe wie bisher. Daraus resultiert die bekannte zweifältige Einhebung der Wöchnerinnenbeiträge, für die man zu unrecht den Vorstand verantwortlich gemacht, ja ihm unlautere Motive untergeschoben hatte. Der Angeklagte ist im Jahre 1898 bei der Kasse als Kopist eingetreten und im folgenden Jahre von dem damaligen Vorsitzenden, dem heutigen Landtagsabgeordneten Langhammer als Bevollmächtigter eingestellt worden. Der Amtsanwalt wurde dem Angeklagten zum Verteidiger; er bemerkte, daß F. weder das Recht, noch die Pflicht gehabt habe, eine Aenderung herbeizuführen. Das Gericht erachtete aber F. mit Recht für schuldig und verurteilte ihn zu 200 Mark Geldstrafe.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage in der Textilindustrie.

Der Verein der Trikotwarenfabrikanten von Ebingen (Württemberg) und Umgebung hat beschlossen, die Produktion der Geschäftslage anzupassen und nötigenfalls größere Betriebseinschränkungen vorzunehmen. — Mitte Januar machten die Annullierungen amerikanischer Aufträge, wie in anderen Geschäftszweigen, so auch in der Wirkwarenbranche von sich reden. Die Strumpf- und Handschuhfabrikanten haben an dem Ausfall der amerikanischen Orders ganz besonders zu leiden, da der Absatz in Deutschland selbst und der Export nach anderen Ländern sich mit der amerikanischen Ausfuhr nicht messen kann. Verschiedene Firmen verkürzen schon ihre Arbeitszeit.

In den Tuchfabriken ist die Beschäftigung verschieden. Einzelne Fabrikanten, die vorzugsweise gute und mittelgute Stoffe anfertigen, sind für die nächste Zeit mit Aufträgen noch versehen. Andere nehmen gerne Bestellungen, die für das Frühjahr effektuierbar wären, an.

Ueber einzelne Bezirke liegen folgende Situationsberichte vor:

Gera. Die Beschäftigung ist noch verhältnismäßig rege. Ein flotter Eingang von Aufträgen wäre aber immerhin erwünscht, denn in den Lohnwebereien läßt die starke Beschäftigung schon etwas nach, so daß man sogar schon zur Einschränkung der Arbeitszeit schreiten mußte.

Aachen. Seit dem Herbst ist eine allmähliche Abnahme der Beschäftigung bemerkbar. Zwar sind einzelne Betriebe, deren Produkte in besonderer Gunst der Verbraucher stehen, auch jetzt noch bis zum Frühjahr mit Aufträgen reichlich versorgt; im großen und ganzen werden aber die meistens im Spätherbst erwarteten Nachbestellungen, die in dieser Saison vielfach ausgeblieben sind, sehr entbehrt.

Glauchau-Meerane. Der Geschäftsgang ist zwar der Jahreszeit entsprechend noch als gut zu bezeichnen, doch befürchtet man allgemein, daß in den nächsten Monaten ein Mangel an Beschäftigung eintreten dürfte. Die Nachbestellungen sind in letzter Zeit in wenig zufriedenstellendem Umfange eingegangen, und die Aussichten für die kommende Wintersaison sind nicht besonders günstig.

Bocholt. Im Garngeschäft läßt der Abruf auf alte Kontrakte zu wünschen übrig und man glaubt künftigen Garnansammlungen in den Spinnereien infolge der ziemlich schwierig werdenden Lage der Webereien kaum aus dem Wege gehen zu können. Die Preisbasis für das Gespinst bleibt unverändert, aber man erwartet, daß bei weiter anhaltender Geschäftsflauheit die Spinner zu Preiskonzessionen schreiten müssen. In jeglichen Artikeln der Bunt- und Weißwarenwebereien bestehen ungünstigere Aussichten, es will keine richtige Saison aufkommen. Der Grund wird der sein, daß der Mittel- und Kleinhandel mit Waren vollgezogen und verängstigt ist und wenig Lust zum Einkauf hat. Auch alle übrigen Nebenindustrien des hiesigen Bezirks leiden unter den ungünstigen geschäftlichen Aussichten. Färbereien zeigen zwar noch vollbesetzte Maschinen, wogegen in Druckereien und Bleichereien ein Mangel an Aufträgen schon zu bemerken ist.

M.-Gladbach. Die ersten Wochen des neuen Jahres sind für das hiesige Textilgewerbe im großen und ganzen ziemlich still gewesen. Aber auch die Auftragsversorgung für die nächsten Monate läßt, wenigstens soweit die Webereien und Kleiderfabriken in Betracht kommen, fast durchwegs zu wünschen übrig. Im Januar 1907 überall flotter Betrieb und flotte Auftragseingänge, heute — Betriebseinschränkungen oder Inaussichtnahme derselben und mangelnde Kauflust; die Käufer bestellten bisher nur das unbedingt Notwendige, um sich bei dem hohen Bankdiskont nicht noch mehr zu belasten. Mit dem Heruntergehen des Diskonts wird wohl ein Wiederaufleben der Kauflust sowohl bei den Grossisten als auch bei den Detaillisten eintreten. Dazu wird dann der effektive Frühjahrsbedarf kommen, so daß für die nächste Zeit eine Zunahme der Aufträge nicht ausgeschlossen ist.

Gegenüber diesen allgemeinen Gesichtspunkten treten die Nachrichten von den amerikanischen Rohbaumwollmärkten stark in den Hintergrund. Das Interesse für diese Nachrichten ist verschwunden, seitdem man mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen kann, daß die amerikanische Baumwollernte diesmal 12—12½ Millionen Ballen ergeben hat. Diese Ziffer bürgt dafür, daß die Preise in dieser Saison — wie das bei Baumwollmangel sein könnte — nicht ins ungemessene steigen werden.

Zahlungsschwierigkeiten in der Herrenkonfektionsbranche.

Die Firma Goldstaub in Bochum ist mit 1½ Millionen Passiven in Schwierigkeiten geraten. Es ist ein außergerichtlicher Vergleich von 50 Proz. angeboten worden. Die Warengläubiger, die zusammen 487000 M. zu fordern haben, sind nach dem „Konfektionär" aber nicht geneigt, den Vergleich zu akzeptieren, weil keine Garantien geboten werden. — Die Firma Robert Saalmann in Stettin bietet ihren Gläubigern bei 281919 Passiven 35 Proz. — 00 Proz. sind den Gläubigern der Firma Steimann in Nürnberg, die mit 90000 M. Passiven in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, geboten worden. — In Ludwigshafen hat sich die Firma Max Emanuel an die Gläubiger wenden müssen. Hier stehen Verpflichtungen, in Höhe von 300000 M., nur 50000 M. Aktiven gegenüber. Ein angebotener Vergleich von 50 Proz. ist gescheitert. Mit den Schwierigkeiten dieser Firma steht der Konkurs der Firma „Merkur" in Worms in Verbindung. Diese Firma ist eine Gründung von Max Emanuel.

Eine Bankinsolvenz. Die Kopenhagener Grundbesitzerbank, deren Kapital 20 Millionen Kronen beträgt, hat ihre Zahlungen eingestellt.

Zusammenballung in der Bergwerksindustrie. Die Harpener Bergwerksgesellschaft beruft eine Generalversammlung, die über die Erhöhung des Aktienkapitals um 7800000 M. auf 80000000 M. beschließen soll. Als Zweck der Maßnahme gibt die Verwaltung die Uebernahme der Zechen „Viktoria" und „Kobold" an.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. Februar, vormittags 8½ Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Pappel-Allee 15—17: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Sonntagvormittag 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Frl. Ida Altmann: „Beichte und Buße in ihren Beziehungen zu Moral und Menschenwürde." Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. — Montag, den 10. Februar: Beschließende Versammlung (nur für Mitglieder mit weißer Quittung) im Saal von Balduin Franke, Sebastianstr. 39.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 24 Hamburg), Filiale Berlin S. Heute abend 8½ Uhr bei Henfelder, Dragonerstr. 15.

Sozialdemokratischer Verein im fünften Berliner Wahlkreise.

Sonntag, 9. Februar, abends 6 Uhr, in den **Unions-Sälen,** Greifswalder Str. 222:

Versammlung.

Vortrag des Genossen Redakteur **Karl Wermuth: Der Sozialismus und seine geschichtliche Mission.** — Hierauf folgend: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Linienstraße 215. Geöffnet von 8—1 und von 4—8 Uhr. Telephon Amt III, Nr. 908.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9½ Uhr, im Lokale „Musikersäle", Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) Bericht der einzelnen Kommissionen. 2. Wahl eines Lokalbeamten. 3. Neuwahl der Verwaltung und Kommissionen. 4. Anträge.

NB. Bei der Wichtigkeit der vorstehenden Tagesordnung wird bestimmt erwartet, daß möglichst niemand von den Mitgliedern fehlt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Buch legitimiert.

63/4* **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.

Kombinierte Versammlung

der im 175/4*

Tarif-Rayon Groß-Berlin belegenen Filialen

am Sonntag, den 9. Februar 1908, vormittags 10 Uhr im Berliner Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Der paritätische Arbeitsnachweis. Referent: Reichstagsabgeordneter **Robert Schmidt.** 2. Diskussion.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin II.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Anträge zum Verbandstage. 2. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. 3. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

171/5* **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Schmidt, Prinzen-Allee 33:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Statutenberatungskommission und Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Revisions- und Schlichtungskommissionsmitgliedes. 3. Innere Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches sowie zahlreiches Erscheinen die größte Notwendigkeit.

144/2 **Der Vorstand. F. Runge.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Sonntag, den 9. Februar 1908, abends 6 Uhr, in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49:

Vortrag des Genossen **Hasse: Die Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie.**

Nachdem: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz** für unsere Mitglieder und deren Angehörige. 234/8

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Durch Ersparung teurer Ladenmiete bin ich in der Lage,

Grammophone, Phonographen, Fahrräder, Platten, Walzen und Zubehörteile

konkurrenzlos billig zu verkaufen.

Teilzahlung wöchentlich **1 M.** ohne Aufschlag.

Herrmann Hoppe,

N. 54, Lothringer Str. 40.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72. Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 15882*

Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.

Preise für **nur Ia Marken** ab Platz von **10 Ztr.** an:

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. **97** Pf.
„ **Pfännerschaft** . . . **1.02** M.
„ **Ia Diamant** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . . **1.05** M.
„ **Ia Ilse u. Akw.** . . . **1.05** M.
„ **Ia Anthrazit Cadép.** Ztr. **2,40** M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den **billigsten Tagespreisen.** Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Hygienische Bedarfsartikel,

Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. **Apoth. S. Schweitzers** Fab. hyg. Präp., **Berlin O.,** Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.

Ein Portemonnaie mit Inhalt ist gefunden worden und gegen Erstattung der Insertionsgebühren abzuholen Graunstr. 24 bei **Bredow,** abends 6—8 Uhr. 28495

Sparsame Raucher

rauchen Fehlfarben der

7 Pf.-Zigarre No. 22 — 10 St. 50 Pf.

vorzügliche Qualität, großes Format.

J. Neumann

Zigarren-Fabriken. — 150 Zweiggeschäfte,

davon in Berlin: Brunnenstr. 32, E. Anklamerstr. — Chausseestr. 22, E. Invalidenstr. — Chausseestr. 43, E. Schwartzkopffstr. — Dresdenerstraße 5, E. Adalbertstr. — Friedrichstr. 171, E. Französischestr. — Invalidenstr. 148, E. Bergstr. — Jerusalemerstr. 41, E. Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19, E. Münzstr. — Königstr. E. Spandauerstr. 56. — Markgrafenstr. 17, E. Junkerstr. — Oranienstr. 30, E. Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57-58, E. Bülowstr. — Prinzenstr. 91, E. Ritterstr. — Rosenthalerstr. 48, E. Neue Schönhauserstr. — Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a, E. Neue Grünstr. — Wienerstraße 22, E. Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.

Feiner leichter Rauchtabak

Heller Shag.

Paket 10 Pfg. Paket 10 Pfg.

Franz Foveaux

Tabakfabrik Köln a./Rh.

General-Vertreter: **R. Krüger,** NW. 5, Kruppstraße 6. [*

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.

Die schönsten

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell

Monats-Garderobe

von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Skalitzerstr. 129.

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Bitte auf Hausnummer zu achten.

Ober-Schöneweide.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein 14782*

Weiß- und Bayrischbier-Lokal.

Eduard Sielof,

Reuleaux-Ohmstraßen-Ecke.

Neuesten Vorteil

auf dem Gebiete der modernen Bekleidungsbranche bietet das

Versandhaus Berliner Herrenmoden

Stralauer Straße 28, Hochparterre, am Molkenmarkt, indem es an **Jedermann** nur **selbst** hergestellte, **schicke, gediegene** Garderoben fertig und nach Maß, auch gegen **Teilzahlung** von **1.— M. wöchentlich an,** liefert. **Eigene Zuschneiderei, eigene Werkstätten. Kein Warenkredithaus.** Reelle Bedienung. **Lagerbesichtigung lohnend.** Kein Kaufzwang. Auf **Wunsch besucht** Sie unser **Stadtreisender** mit reichhaltigen neuesten Mustern.

Auch Sonntags geöffnet.

Baustelle

290 Quadratruten, Industriegegend bei Tellow, Bauklasse C — drei Etagen — Gas, Wasserleitung, zum Preise von nur 20 M. pro Quadratrute zu verkaufen.

Anzahlung 2500 Mark, Rest mit 4½ Proz. auf langjährige Hypothek. Offerten unter K 5 an die Expedition des „Vorwärts".

Berliner Radfahrer **Arbeiter-Verein.**

Mitgl. des Arb.-Radfahrerbundes „Solidarität".

Den Bundesgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kartonarbeiter

Bruno Rinkowsky

(Abt. 2) am 2. Februar infolge eines Radunfalles plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Heilig Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

10/13 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Todes-Anzeige.

Am 5. Februar verstarb plötzlich der Kollege

Karl Müller

(Bezirk Wedding)

im Alter von 56 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Antonstr. 33 aus nach dem neuen Nazareth-Kirchhof (daselbst um 4 Uhr) in Reinickendorf, Berlinerstraße statt.

192/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Emil Meißner

am 5. Februar 1908 an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Februar 1908, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes, Barfusstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

111/15 **Die Ortsverwaltung.**

Am 6. Februar, nachmittags 5½ Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein innigst geliebter Mann und Vater, der Schraubendreher

Karl Häder.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Witwe **Häder** nebst Kindern.

29535

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 2 Uhr, vom Trauerhause, Lichtenbergerstr. 3, aus nach dem Auferstehungs-Kirchhof in Weißensee statt.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Tropp, Stettinerstr. 10.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schilert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstraße, Ecke Grünerweg.

Treptow: 215/2*
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Wedding

Sonntag, den 9. Februar 1908, in den „Pharus-Sälen"

142 Müllerstraße 142

Unterhaltungs-Abend

Mitwirkende

Herr **Emil Walkotte** — Konzert- und Opernsängerin **Thyra Nordström-Schubert** — **Berliner Ulk-Trio** — **Künstler-Kapelle** (Dirigent Herr Vogel)

Nach dem Konzert **Großer Ball** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach

Kinder haben keinen Zutritt

Anfang 6 Uhr **Billett 50 Pf.**

Ich hab's probiert und bin sehr zufrieden.

Schluß! — Schluß!! — Schluß!!!

Die **noch vorhandenen Restbestände** der letzten Herbst- u. Wintersaison, bestehend in

Plüsch- und Pelzkonfektion, Mänteln und Jacketts, Kostümen, Röcken, Blusen, Kinderkonfektion etc. etc.

sollen **zu jedem annehmbaren Preise** einzeln an

Private abgegeben werden!

Originalmodelle, Reisemuster und **Kopien,** hochmoderne Ausführungen, gediegene Stoffe, schicke Formen,

— selbst für allerstärkste Figuren am Lager, —

Spezialgeschäft!! eigener Fabrikation nach folgenden 5 Kollektionen: **Spezialgeschäft!!**

1	2	3	4	5
bish. bis M. 18	bis M. 30	bis M. 50	bis M. 90	bis M. 150
heute nur M. 6	nur M. 10	nur M. 16	nur M. 30	nur M. 55

Gratis! Ein Kinderkragen mit Capuchon für das Alter von 1—13½ Jahren oder ein Kinderpyjak

= = = bei Einkauf von M. 20,— an. = = =

Konfektionshaus Westmann

Hauptgesch.: **Berlin W., Mohrenst. 37a** an den Kolonaden.

Filiale: **Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115** 2tes Haus an der Andreasstraße.

Eröffnung der Frühjahrssaison.

Separ.-Abteil. für Damen und Mod. Trauermag. für Damen und Mädchen. Auswahl u. Preise konkurrenzlos.

Sonntags geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Des starken Andranges in den Nachmittagsstunden wegen empfiehlt sich der Besuch meiner Geschäfte am Vormittag.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Handlungsgehülfen!

Wählt am Sonntag, den 9. Februar: Liste III
Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands.

Zu den Kaufmannsgerichtswahlen.

Morgen sind die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten!

Die Stimmabgabe der Handlungsgehülfen wird morgen zeigen, ob die Entscheidung fällt zugunsten der konservativ-antisemitischen und liberal-ordensfreisinnigen Reaktion der Deutschnationalen und Hirsch-Dunckerschen mit den übrigen Harmonieverbänden oder für die klassenbewußte Bewegung des

Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands,

der ihnen

die Liste III

präsentiert und der sich auf die machtvoll aufstrebende Arbeiterbewegung stützt.

Keine andere Organisation als der **Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands** erkennt an, daß der Gegensatz zwischen Chefs und Angestellten so groß geworden ist wie zwischen Fabrikanten und Arbeitern; daß es hier keinen sentimentalen Ausgleich, sondern nur organisierten Kampf gibt.

Nur die Vertreter

der Liste III

können daher bei Gutachten und bei der Rechtfindung in den Kaufmannsgerichten den richtigen Standpunkt einnehmen.

Der Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands allein und mit ihm die Kandidaten

der Liste III

verstehen, daß die Anhäufung von Riesenkapitalien in wenigen Privathänden zur Entwickelung immer umfangreicherer Geschäftsetablissements und Betriebe führt, gegen die die kleinen Sparkapitalien nicht mehr aufkommen.

Keine Organisation als der **Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands** zieht daraus den einzig richtigen Schluß, daß die Handlungsgehülfen ihr ganzes Leben hindurch in abhängiger Stellung bleiben, sich zugunsten der Kapitalsbesitzer ausbeuten lassen und lebenslänglich um ihre Existenz zittern müssen!

Daß also die Handlungsgehülfen nicht mehr in eine höhere Klasse aufrücken können, sondern zu den ewig Ausgebeuteten, den Arbeitern, gehören.

Die Deutschnationalen wollen die Handlungsgehülfen für eine konservativ-antisemitische Politik einfangen und **benutzen die Gelder der organisierten Mitglieder zur Eroberung antisemitischer Reichstagsmandate.**

Mit dem Bund der Landwirte haben sie sich angebrüdert und angebiedert und haben mit diesem dazu beigetragen, daß die Lebensmittelpreise und infolgedessen alles andere, was zum Leben gebraucht wird, ins Ungemessene gestiegen sind; ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Gehälter der Angestellten mitsteigen. —

Wo die Interessen der Handlungsgehülfen mit denen des Mittelstandes und der antisemitischen Partei kollidieren, verraten sie deren Interessen!

Der Verein der Deutschen Kaufleute hängt an den Rockschößen der freisinnigen Partei, der Partei, die wie kaum eine andere gegen alle Wünsche der Handlungsgehülfen gearbeitet hat. Die mit Eugen Richter und mit Unterstützung der Führer des Vereins der Deutschen Kaufleute gegen eine „reichsgesetzliche" Regelung des Achtuhrladenschlusses gekämpft hat!

Dieselbe Partei, die jetzt den Bülowschen Ordensregen über sich ergehen läßt, und die es in der Reaktion schon so „herrlich weit" gebracht hat, daß sie gemeinsam mit dem Antisemitenhäuptling Schack dagegen stimmt, wenn beinahe die Majorität des Reichstages gewillt ist, die Gewerkschaftsorganisationen bei Vergebung von Staatsarbeiten über die Bedingungen zu befragen.

Die übrigen Organisationen meinen, wie Herr Liske vom Leipziger Verband in der letzten Versammlung sagte: **„Man darf den Wert einer Organisation nicht nach seiner „sozialpolitischen Tätigkeit" bemessen!"**

Alle diese Organisationen fragen ihre Chefs um Rat, wenn es gilt, Angelegenheiten der Handlungsgehülfen zu entscheiden. Deren Listen können nur dann gewählt werden, wenn die Handlungsgehülfen nach dem Satz handeln:

„Nur die allergrößten Kälber
Wählen ihre Metzger selber!"

Daß Bankbeamte und Buchhändler ihr Listchen aufstellen und glauben, ganz besondere Interessen zu haben, ist ebenso geistreich wie die „katholische" Liste oder die Liste des Kaufmännischen Hülfsvereins, deren Vertreter unentwegt und mit „maßvoller Energie" dafür sorgen werden, daß es den Handlungsgehülfen nicht an billigen Theaterbilletts fehle!

Solche zersplitternden Tendenzen sind ein Verbrechen an der Handlungsgehülfenbewegung und kein nachdenkender Handlungsgehülfe darf sich dessen schuldig machen. —

Die Liste III

nur gibt die Gewähr einer ehrlichen Handlungsgehülfenvertretung.

Wer sich den konservativ-antisemitischen, liberal-freisinnigen Richtungen oder den Prinzipalen verkauft, muß notgedrungen zu reaktionären Anschauungen kommen.

Was aber die Gegner auch über den **Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands** und seine

Liste III

lügen mögen, das weiß jeder, der das öffentliche Leben auch nur vom Hörensagen kennt; wer sich an die Seite der modernen Arbeiterbewegung stellt, kann nicht reaktionär sein und die Vertreter

der Liste III

des **Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands,** die in das Kaufmannsgericht gewählt werden, können nicht anders, als die Interessen der Angestellten im Auge haben. —

Also auf denn, ohne Lässigkeit und ohne Säumen, Handlungsgehülfen! Arbeitet und sorgt dafür, daß morgen der **9. Februar** ein Siegestag wird für die

Liste III

des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Am Sonnabend, den 15. Februar, veranstaltet der Männer-Gesangverein **„Sängerglück"** (Wäbbensche Buchbinder) im Lokal **Girod, Friedrichstr. 233, ein Fest „Bauernkirmes in Sumpfhausen"**; ebenfalls am 15. Februar findet im Lokal von Schade, Belle-Alliance-Straße 22, ein Maskenball statt, welcher von der **Filiale I der „Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter"** (E. H. 29, Hamburg) Bevollmächtigter Jos. Kramer, Heimstraße 13, arrangiert worden ist. Wir weisen darauf hin, daß beide Lokale der Arbeiterschaft zu Versammlungen **nicht** zur Verfügung stehen und machen die Mitglieder obiger Korporationen, soweit dieselben politisch organisiert sind, auf die eventl. Folgen eines Boykottbruches aufmerksam.

Der Vergnügungsverein **„Fröhlichkeit"** (gegr. 6. Juni 1880) veranstaltet am Sonnabend, den 8. Februar cr., in den Konkordia-Festsälen, Andreasstraße, einen Maskenball. Da man versucht, Billetts hierzu hauptsächlich in Arbeiterkreisen umzusetzen, so weisen wir darauf hin, daß uns die Konkordia-Festsäle seit Jahren beharrlich verweigert werden, deshalb sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der organisierten Arbeiterschaft streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 9. Februar, mittags 12 Uhr, im großen Saale des Volkshauses zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: Paul Hirsch-Charlottenburg.
2. Diskussion.
3. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
4. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
5. Anträge.

Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. — Gäste haben Zutritt. Der Zentralvorstand.

Rixdorf. Unseren Parteigenossen die Mitteilung, daß am morgigen Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 6 Uhr in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 40, ein Vortragsabend verbunden mit gemütlichem Beisammensein und anschließendem Tanz veranstaltet wird. Genosse Haß wird über: „Die Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie" referieren. Agitiere jeder für recht regen Besuch. — Sonntag, den 16. Februar, nachmittags präzise 2¾ Uhr im Rixdorfer Theater, Bergstr. 147, Theatervorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Die Geschwister" von Wolfgang Goethe und „Salome" von Oskar Wilde. Billetts a 60 Pf. sind noch in unserer Parteispedition, Neckarstr. 2 und in allen Zahlstellen zu erhalten. Der Vorstand.

Lichtenberg. Morgen Sonntag findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung zur Gewerbegerichtswahl statt. Desgleichen wird die Abholung der Zählkarten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit vorgenommen. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 9. Februar, vormittags 8½ Uhr, findet eine Flugblattverbreitung zur Agitation für die Konsumgenossenschaft am Orte, statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich an derselben zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

In der Säuglingsfürsorgestelle I., Blumenstraße 78, findet im Februar wöchentlich einmal Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Uebungen statt. Meldungen schriftlich oder mündlich im Bureau, Blumenstraße 78, vorn links parterre, am Montag, den 10., Dienstag, den 11. und Mittwoch, den 12. Februar, von 3—4 Uhr.

Krankenhaus-Konzerte. Seit einiger Zeit macht der Verein für Krankenfürsorge dadurch von sich reden, daß er in einigen der Berliner städtischen Krankenhäuser für die nicht bettlägerigen Kranken, um ihnen ihre dunkelen Stunden ein wenig erträglicher zu machen, Konzertaufführungen veranstaltet. Die Idee, die übrigens keineswegs den Reiz der Neuheit hat, ist ganz gewiß anzuerkennen. Aber man hat dabei das unangenehme Gefühl, als ob der Wunsch, den Kranken einen Genuß zu verschaffen, nicht in erster Linie steht, sondern als ob es den Veranstaltern nebenbei auch darum zu tun ist, mehr oder minder talentierten Dilettanten den Weg zur Karriere zu eröffnen. Man kann ihnen das schließlich nicht verdenken, denn heutzutage will jeder mehr denn je leben. Und der gewählte Weg, bekannt zu werden, ist sicher noch nicht der schlechteste. Doch uns stößt dabei unwillkürlich die Erinnerung auf, wie dieselbe Geschichte früher gehandhabt wurde. Schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden die ersten größeren Konzertaufführungen für Krankenhauspatienten statt, und zwar in der städtischen Irrenanstalt Dalldorf. Damals war unter den Berliner Künstlern ein förmlicher Wettstreit entstanden, wer zu diesem Liebeswerk beitragen solle. Nicht Dilettanten wirkten mit, sondern erste Kräfte an den Berliner Bühnen. Leider flaute diese hübsche Betätigung der Nächstenliebe schon nach ein paar Jahren wieder ab, weil die Künstler an diesem traurigen Orte nicht das gleiche Verständnis finden konnten wie in anderen Krankenhäusern, und schließlich ist sie ganz eingeschlafen. Heute wirken die Geisteskranken selbst bei ihren regelmäßigen Festlichkeiten als Schauspieler und Sänger mit oder es werden in selteneren Fällen reisende Singspielgesellschaften dritten und vierten Grades engagiert.

Wir wollen mal abwarten, ob der Verein für Krankenfürsorge seine Liebestätigkeit auch auf die Irrenanstalten selbstlos ausdehnen wird.

Schutzmannsillusionen. Ganz anders als bei gewöhnlichen Sterblichen malt sich manchmal im Kopfe eines preußischen Schutzmannes die Welt. Erzählte da am Donnerstag ein Schutzmann am Schalter des Amtsgerichts, an welchem die Zeugengebühren erhoben werden, dem Gerichtsbeamten, daß er noch nach dem königl. Schlosse müsse. Da sei jetzt eine Schutzmannswache von 112 Mann Tag und Nacht untergebracht, außer der militärischen Wache. Auf den Einwand des Gerichtsbeamten, daß doch jetzt alles vorbei sei, erklärte der Schutzmann: Die „Roten" hätten die Absicht, das Schloß in der Nacht zu stürmen und in die Luft zu sprengen. Auch die Brücken, die nach dem Schlosse führten, wollten die Roten in die Luft fliegen lassen. Besonders bedroht sei die alte Brücke beim Kupfergraben. Dort habe er schon zwei Mann beobachtet, die die Brücke genau in Augenschein genommen hätten (Huh! huh!); als er diese beiden aber schärfer beobachtet habe, seien sie davongelaufen. Ferner befinde sich unter dieser Brücke ein Gasrohr, das die Roten durch Sprengstoffe in Brand setzen wollten. Als der Mann des Gesetzes gefragt wurde, ob er denn das alles so sagen dürfe, meinte er: „Jawohl, es ist ja wahr!"

Wenn solche Hirngespinste sich in den Köpfen von Schutzleuten einnisten, wundert man sich über nichts mehr.

Der Polizeispitzel „Wilhelm Gräfling" scheint von seinen Auftraggebern den Wink bekommen zu haben, daß er den Vorwurf, einem sozialdemokratischen Wahlverein mit einer Sammelliste durchgebrannt zu sein, nicht auf sich sitzen lassen darf. Dieser Verdacht war gegen ihn ausgesprochen worden in der am letzten Sonntag abgehaltenen Generalversammlung unseres Wahlvereins für Niederbarnim, dem der p. „Gräfling" bis zum Oktober vorigen Jahres als Mitglied aus Bezirk Pankow angehört hatte. „Gräfling", der dort den eifrigen Genossen machte, erbot sich, an der Sammlung von Beiträgen zur Deckung der Delegiertenkosten des Parteitages sich zu beteiligen. Er bekam eine Sammelliste eingehändigt, aber er vergaß, sie wieder abzuliefern, als er aus Niederbarnim verduftete. Nachdem nun in der Generalversammlung angekündigt worden war, daß der Kreisvorsitzende die nötigen Schritte tun werde, um dem vergeßlichen Spitzel die Liste samt dem etwa darauf gezeichneten Geld noch nachträglich abzujagen, ist plötzlich dem Genossen Röber in Pankow ein anonymer Brief mit der vermißten Liste zugegangen. Auf der Liste war nichts gezeichnet. In dem Brief lag noch ein Zettel folgenden Inhalts: „Ich übersende Ihnen die in meinem Besitz befindliche Liste des Herrn Gräfling."

Wer der Absender ist, war aus dem Zettel nicht zu ersehen, da keine Unterschrift hinzugefügt war. Auf der Rückseite des Briefkuverts fand sich aber der Vermerk: „Zorn, Schwedterstraße 254a." Es lag nahe, diesen „Zorn" als den Absender des Briefes zu betrachten. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß im Hause Schwedterstraße 254a tatsächlich ein Herr Zorn wohnt, ein kleiner Schneidermeister für Herren, der Anzüge nach Maß macht, wenn man ihm den Stoff liefert. Dieser Herr Zorn hat auf Anfrage versichert, er sei nicht der Absender des Briefes, er wisse auch nicht, wer der Absender sei, auch habe er keine Ahnung, wer die Adresse „Zorn, Schwedterstraße 254a" auf das Kuvert geschrieben haben könne. Als ihm dann die Frage vorgelegt wurde, ob er einen gewissen „Wilhelm Gräfling" kenne, erklärte er, den kenne er allerdings, der habe mal bei ihm gewohnt, Agent sei er gewesen. Zu der Mitteilung, „Wilhelm Gräfling" sei ein Agent der Polizei gewesen, ein Polizeispitzel, der sich in einen sozialdemokratischen Wahlverein eingeschlichen habe, bemerkte Herr Zorn, davon wisse er nichts. Wir müssen es hiernach unseren Genossen überlassen, selber sich zu dieser Briefaffäre ihren Vers zu machen.

Wiederholen wollen wir hier unsere schon am vorigen Sonnabend gebrachte Mitteilung, daß „Wilhelm Gräfling" sich zunächst in den sozialdemokratischen Wahlverein für Berlin VI hatte aufnehmen lassen und von dort aus in den Wahlverein für Niederbarnim übertrat. Später verlegte er das Feld seiner Tätigkeit von Niederbarnim wieder nach Berlin, wo er nun dem Wahlverein für Berlin III beitrat, immer unter dem Namen „Wilhelm Gräfling", und angab, im Hause Neanderstraße 2 bei Blaszyk (Obst- und Gemüsehandlung) zu wohnen. Erst der Uebereifer, den er bei der Wahlrechtsdemonstration vom 12. Januar entwickelte, führte zu seiner Entlarvung. Es wurde ermittelt, daß „Wilhelm Gräfling" in Wirklichkeit Wilhelm Draber heißt und im Hause Auguststraße 63 wohnt. Die Eheleute Blaszyk, Neanderstraße 2, hatten vier Monate lang ihm als Deckadresse gedient. Welchen Dienst kann der Schneidermeister Zorn, Schwedterstraße 254a, diesem wandernden Spitzel erwiesen haben?

Kinder als Glücksspieler sieht man in den wie Pilze aus der Erde schießenden Automaten-Variétés sich heranbilden. Mit einem Fünfpfennigstück nach dem anderen versuchen sie den Automaten, die sie in vielfacher Gestalt anlocken, Gewinne zu entreißen; haben sie aber 5 oder 10 Pf. gewonnen, dann spielen sie erst recht weiter. Neben halb- und wenigen ganz erwachsenen Besuchern, stellen solche Kinder von 9 bis 14 oder 15 Jahren einen guten Teil des Publikums. So erzählte uns ein Kind, daß es am Abend 50 Pf. verloren hat, ein anderes, daß es in 3 Wochen zirka 3 M. in den Automaten gelassen hat. Die Eltern seien ernstlich vor der Gefahr gewarnt, die für die Kinder in dieser Spielerei liegt. Es ist wohl denkbar, daß der eine oder andere Junge, um diesem modernen Spielersport zu huldigen, sich auf unredliche Weise Geld verschafft. —

Polizeilich ist zwar Kindern unter 14 Jahren der Zutritt verboten, aber wenn man draußen die Straßen zu beobachten hat, daß da keine Demonstrationen gemacht werden, kann man sich schlecht um solche Kleinigkeiten kümmern. Ueberdies haben einzelne dieser Automaten-Variétés ihre Fenster mit schwarz-weiß-roten Fahnen bemalt und andere Glücksautomaten aufgestellt, die Schießwaffen darstellen und die Devise tragen:

„Stets schneidige Wehr
Bringt Deutschland Ehr!"

Eisenbahners Ende. In die hiesige königl. Klinik eingeliefert wurde gestern der Weichensteller Hermann Lehmann, der auf der Schlesischen Bahn schwer verunglückt ist. L. hatte vor der Station Strausberg die Weichen zu stellen. Gestern geriet er beim Passieren der Gleise zwischen die Puffer einer Rangiermaschine und eines Güterwaggons. Der Brustkasten wurde dem Bedauernswerten fast vollständig eingedrückt. Der Zustand des Verunglückten ist recht bedenklich.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich vorgestern abend in der Wollankstraße zugetragen. Der 45jährige Kutscher Ernst Held aus der Calvinstr. 23, der bei der Firma Landmann, Quitzowstr. 116, angestellt ist, war mit seinem Fuhrwerk durch die Wollankstraße gefahren. Als er einem Straßenfeger ausweichen wollte, geriet das Fuhrwerk mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Der Geschäftswagen wurde teilweise demoliert und H. stürzte vom Bock herunter und blieb an der Deichsel hängen. Die Pferde, die bei dem Zusammenstoß unruhig geworden waren, gingen jetzt durch und in wilder Karriere rasten sie die Wollankstraße entlang. H. wurde dabei stets mitgeschleift. Mehrere Männer versuchten die Anreißer zum Stehen zu bringen, doch ihre Bemühungen waren fruchtlos. Die Pferde bogen dann in die Prinzenallee ein. Dort sprang ein anderer Kutscher beherzt auf den Bock hinauf und jetzt gelang es ihm, die Zügel zu ergreifen und die Pferde zum Halten zu bringen. H. wurde in bewußtlosem Zustand unter den Pferden hervorgeholt. Dem Aermsten waren beide Beine gebrochen worden. Außerdem hatte er schwere innere und äußere Verletzungen erlitten. In bedenklichem Zustande wurde er in das Krankenhaus Moabit eingeliefert.

Der Mord im Produktenkeller in der Linienstraße hat zu einer zweiten Verhaftung geführt. Unter dem Verdacht der Mitwisserschaft ist die frühere Geliebte Doehl des Nielbock, des verstorbenen Mannes der Ermordeten, verhaftet worden.

Ein verheerender Sturm hat gestern in der dritten und vierten Morgenstunde in Berlin und in der Umgebung getobt. Kurz nach 2 Uhr setzte das Unwetter mit außerordentlicher Gewalt ein und unaufhörlich wütete der Sturm. Minutenweise artete er zu förmlichen Orkanen aus und die Wirkungen, die er im Gefolge hatte, waren stellenweise recht unangenehme. Ueberall wurden von den Häusern die Dachziegel gelöst und auf die Straßen geschleudert, sodaß die Passanten in der größten Gefahr schwebten. Es wurden auch mehrere Personen von herabstürzenden Ziegeln getroffen und nicht unerheblich verletzt nach den Sanitätswachen gebracht. In der Friedrichstraße kamen allein vier Personen auf diese Weise schwer zu Schaden. Aber auch zahllose Fensterscheiben wurden durch den Sturm zertrümmert. Auch große Schaufensterscheiben wurden durch die Gewalt des tobenden Windes eingedrückt. In der Rosenthaler Straße war einem Passanten, dem Kaufmann Mehnert aus der Kastanienallee, der Hut vom Kopf heruntergerissen worden, und als er ihm nachlief, wurde er in eine Schaufensterscheibe hineingetrieben. Sie ging in Trümmer und dabei zog sich M. schwere Verletzungen im Gesicht und an den Armen zu. Am Oranienburger Tor eilte ein älterer Herr, dem ebenfalls der Hut vom Kopf heruntergetrieben worden war, blindlings gegen einen Nachtomnibus. Er schlug mit solcher Gewalt mit der Stirn gegen die Seitenwand des Gefährtes, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Eine ganze Reihe von Kopfbedeckungen wurde in der Nacht in die Spree und in den Landwehrkanal geweht. Besonders hat der Sturm unter dem Baumbestand gewütet. Sowohl im Tiergarten als auch in allen anderen Berliner Parkanlagen ist recht empfindlicher Windbruch herbeigeführt worden. Ebenso hat der Baumbestand in den nahen Forsten schwer gelitten. Auf den Chausseen vermochten die nach Berlin zustrebenden Fuhrwerke kaum gegen den Sturm anzukämpfen und fast alle trafen sie mit bedeutenden Verspätungen hier ein. Ferner sind unter den Telegraphenleitungen erhebliche Zerstörungen verursacht worden. Die Drähte wurden abgerissen und schlangen sich um die Nebendrähte herum. Natürlich wurden dadurch recht unangenehme Störungen sowohl im Telegraphen- als auch im Telephonverkehr hervorgerufen. Auf den Gewässern in der Umgebung Berlins ist durch den Sturm Eisbruch herbeigeführt worden. Mächtige Schollen trieben gestern auf den Seen und Flüssen. Ein seltsamer Unglücksfall, bei dem mehrere Personen in Lebensgefahr schwebten, ist ebenfalls durch das Unwetter auf dem Langen See herbeigeführt worden. Bei Karolinenhof hatte ein mit Sand beladener Lastkahn, der von dem Dampfer „Prinz Eitel Friedrich" geschleppt worden war, vor Anker gelegen. Als der Kahn gestern in früher Morgenstunde die Weiterfahrt antreten wollte, wurde er mit solcher Gewalt gegen eine Eisscholle geschleudert, daß er zur Seite neigte und Wasser aufnahm. Im Augenblick weniger Minuten war das Fahrzeug vollständig gesunken. Die Bemannung vermochte sich noch im letzten Augenblick auf den Handkahn zu retten.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern morgen gegen 1 Uhr am Küstrinerplatz. Zur genannten Zeit befand sich der Weidenweg 10 wohnhafte Maurer August Strasse auf dem Wege nach seiner Wohnung und war im Begriff, am Küstrinerplatz den Fahrdamm zu überschreiten, als ein Straßenbahnzug der Linie 78 herannahte. St. versuchte noch vor dem Waggon über das Gleis zu laufen, was ihm auch gelang. Er glitt jedoch hierbei aus, fiel zurück und stieß mit dem Oberkörper gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwagens, wurde zur Seite geschleudert, und zwar so unglücklich, daß er mit dem Kopf unter den Wagen kam und durch den Schutzrahmen eine Strecke mitgeschleift wurde. Strasse hatte eine klaffende Schädelwunde an der rechten Schläfe erlitten, durch die ihm das Gehirn freigelegt worden war. Er wurde nach der Sanitätswache am Grünen Weg gebracht, wo er unter den Händen des Arztes verstarb.

Ein Millionenschwindel, der seit Jahren betrieben wurde, aber bisher nicht zu fassen war, ist jetzt aufgedeckt worden. Seit etwa drei Jahren preisen Anzeigen in vielen deutschen Zeitungen ein geheimnisvolles Mittel zur Ergründung der Zukunft an. Die Leute, die sich damit beschäftigen wollten, wurden aufgefordert, eine Postkarte an Prof. Maxim in London zu schreiben. Zur Antwort bekamen sie eine Menge Drucksachen, die den Kauf der Maxim-Planchette, eines ganz wertlosen Apparates zur Selbsthypnose empfahl, der mit 10 M. berechnet wurde. Viele Leichtgläubige, die zu gern einen Blick in die Zukunft getan hätten, fielen auf den Schwindel hinein. Diesem war nicht beizukommen, weil es nicht gelang, irgend einen Täter, den man hätte zur Verantwortung ziehen können, im Deutschen Reiche zu ermitteln. Mit dem Aufblühen des Geschäfts wuchs auch die Ausdehnung der Anzeigen und damit wieder der Umfang des Betriebes. Auch die kleinsten deutschen Zeitungen wurden herangezogen. Zugleich gewann der Schwindel neue Seiten. Die verschiedensten Geheimmittel wurden angepriesen. An Keith Harwey sollten sich Gehörleidende wenden, an Dr. Rice Bruchleidende. Herr Smith hatte ein Mittel gegen Rheumatismus, Herr Dana gegen Atemnot, Professor Lind für Haarwuchs, Albin Cola gegen Magerkeit. Auch Ozin-Präparate gegen Herzleiden wurden angepriesen, Amritha-Dormea gegen Männerschwäche, Zampa als Fischwitterung usw. Der Vertrieb der Anpreisungen ging von dem „Kosmos" aus, der eine kleine Zeitschrift, der „Zeitvertreib", in deutscher, englischer und russischer Ausgabe verlegt. Schon vor drei Jahren hegte Kriminalkommissar Krüger, der diese Angelegenheit bearbeitete, den Verdacht, daß dieser ganze vielseitige Schwindel von einer einzigen Stelle ausgehe, von einem einzigen Manne. Schon damals richtete sich auch eine Untersuchung gegen das Savoy-Warenversandhaus in der Krausenstraße. Aber erst im Laufe der Zeit und nach langen Bemühungen gelang es, so viel Beweismaterial zu sammeln, daß jetzt der Urheber des Schwindels, der 38 Jahre alte Schriftsteller William Scott, in seiner fürstlich eingerichteten Wohnung in Schmargendorf festgenommen werden konnte. Herr Scott war viel auf Reisen und eben erst wieder zurückgekehrt. Er wurde gleich nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Zugleich mit der Verhaftung wurden an fünf Stellen Haussuchungen vorgenommen, die ganze Berge von Material zutage förderten. Es füllt allein ein Zimmer im Kriminalgericht. Welchen Umfang der Schwindel angenommen hatte, geht daraus hervor, daß das Savoy-Warenversandhaus täglich für 7000 M. Nachnahmesendungen in die Welt schickte, in alle Schichten der Bevölkerung hinein, auch nach dem Ausland und den Kolonien. Viele Geschädigte sind bereits ermittelt, die große Menge aber wird sich wohl erst jetzt, nach der Aufdeckung des Schwindels, beim Kommissar Krüger melden.

Im Friedrich Wilhelmstädtischen Schauspielhause geht infolge Erkrankung des Fräulein Grete Müller am Sonntag, den 9. d. M., nicht, wie angezeigt, „König Heinrich", sondern „Madame Sans-Gêne" in Szene.

Feuerwehrbericht. Gestern wurde die Feuerwehr nach der Reichenberger Straße 162 alarmiert. Dort war in einer Küche Feuer ausgekommen. Hausbewohner drangen in die Wohnung ein und holten ein 4jähriges Kind bewußtlos heraus. Die Feuerwehr brachte das Kind nach dem Krankenhause am Urban, wo es schwer krank daniederliegt. Das Feuer soll durch Spielen des Kindes mit Streichhölzern ausgekommen sein. — Gestern früh um 5 Uhr kam in der Frankfurter Allee 140 auf einem Neubau Feuer aus. Fensterkreuze und anderes standen bei Ankunft der Wehr in Flammen. — Um 8 Uhr mußte in der Steinmetzstraße 27 ein Brand gelöscht werden, der in einer Küche ausgekommen war. Ferner liefen noch Alarme aus der Meyer Straße 41, Alt-Moabit 132 u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordneten-Versammlung. Eine äußerst wichtige Tagesordnung lag der Sitzung am Donnerstag vor. Eine zahlreiche Zuhörerschaft folgte in drangvoll fürchterlicher Enge auf der Tribüne den Verhandlungen. Nach geschäftlichen Mitteilungen stand folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß das Bureau der Versammlung um einen Beisitzer vermehrt wird."

Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) begründet denselben, indem er es als eine selbstverständliche Gerechtigkeit bezeichnet, daß die zweitstärkste Fraktion, die sozialdemokratische, auch im Bureau einen Sitz erhalte. In anderen Kommunen, wo man auf parlamentarischen Anstand halte, wie Charlottenburg, Schöneberg u. a., sei dem auch Rechnung getragen. — Stadtv. Justizrat Abraham erklärt, es sei kein Antrag jemals weniger begründet gewesen als dieser. Ein Bureau besteht bis jetzt nicht und es ist auch ohne ein solches gegangen. Die Gerechtigkeit gebiete, den Antrag abzulehnen; wolle man sich von dem Begriff der zweitstärksten Fraktion leiten lassen, da könnten unter 100 Stadtverordneten, von denen 97 einig, die übrigen „drei Männeken" Ansprüche wie der vorliegende erheben. Uebrigens haben wir eine Geschäftsordnung, die wir nicht ändern wollen, um einen Obergenossen für Sie (zu den Sozialdemokraten) zu schaffen. — Diesen wiederholt von stürmischen Zurufen der Sozialdemokraten unterbrochenen Ausführungen traten die Stadtv. Boeske (Soz.) und Wutzky (Soz.) scharf entgegen. Sie kennzeichneten die „Gründe" des Vorredners als Verlegenheitsprodukte, die das wirkliche Motiv, die Vergewaltigung der Minorität, jedoch nicht zu bemänteln vermöchten. Wie gegenüber der Tatsache, daß die Minorität der Versammlung die ungeheure Majorität der Bürgerschaft vertrete, der Vorredner überhaupt noch das Wort Gerechtigkeit in den Mund nehmen könne, sei bezeichnend für dessen Logik. „Wenn Sie," so rief ihm Wutzky unter der lebhaften Zustimmung unserer Genossen zu, „diese Sorte Gerechtigkeit auch in Ihrer rechtsanwaltlichen Praxis anwenden, dann würde ich mich dafür bedanken, jemals von Ihnen vertreten zu werden!" — Bei der Abstimmung votierten nur die Sozialdemokraten für den Antrag; von den bürgerlichen Stadtverordneten brachte nicht ein einziger soviel Anstandsgefühl auf, sie stimmten alle dagegen.

Den zweiten Tagesordnungspunkt bildete der weitere Antrag der Sozialdemokraten:

„Die Stadtverordneten-Versammlung fordert den Magistrat auf, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit außer in Berlin auch in dessen Vororten herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern."

Stadtv. Groger (Soz.) begründet in längerer treffender Rede die Notwendigkeit, von Gemeindewegen der Arbeitslosigkeit, die er als eines der düstersten Kapitel der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bezeichnet, entgegenzutreten. Es sei nicht absolut sicher ziffernmäßig zu belegen, wie viele Arbeiterfamilien die augenblickliche wirtschaftliche Depression ins Elend schon bis jetzt gestoßen, immerhin sind Anhaltspunkte vorhanden, die den Notstand evident beweisen. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat für Groß-Berlin 55 000 Arbeitslose festgestellt; die organisierten Maler Rixdorfs zählen von rund 500 Mitgliedern 200 als arbeitslos. Wenn aber bei irgendwem noch Zweifel vorhanden waren, die kolossal besuchten Arbeitslosen-Versammlungen der vorigen Woche in Rixdorf dürften sie behoben haben. Es ist hohe Zeit, hier helfend einzugreifen. Auch kulturell ist es Pflicht der Kommune, daß ein Versinken der Massen im Elend verhindert wird; denn sonst ist ein allgemeiner sittlicher und sozialer Niedergang unausbleiblich. Wir erwarten deshalb, daß der Magistrat sofort Maßnahmen trifft, um die geplanten städtischen Arbeiten sowohl als auch Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Um Ausbeutung der Notlage zum Zwecke der Lohndrückerei seitens der Privatunternehmer zu verhindern, ist eigene Regie durchzuführen. Die Verkürzung der Arbeitszeit bei allen städtischen Arbeiten auf 8 Stunden gehört auch zu den wirksamen Mitteln. Ferner empfehlen wir dem Magistrat, dem Beispiel anderer, wenn auch außerdeutscher Städte zu folgen und die Arbeitslosen-Unterstützungskassen der Gewerkschaften durch Zuwendungen aus dem Stadtsäckel zu bedenken. Auch die Verabreichung von Frühstück an bedürftige Schulkinder muß schleunigst in die Wege geleitet werden; als Grundstock dazu können **die 5000 Mark dienen, welche im Etat für ein Festessen zur Rathauseinweihung ausgeworfen sind.** Schließlich wird es unbedingt nötig sein, endlich ein städtisches statistisches Amt zu errichten, damit dauernd alle Erscheinungen im Wirtschaftsleben beobachtet und damit rechtzeitig Maßnahmen dagegen getroffen werden können. — Erster Bürgermeister Kaiser bedauert ebenfalls den Mangel zahlenmäßigen Materials über den Umfang der Arbeitslosigkeit, bezweifelt aber, daß ein statistisches Amt daran etwas ändern könnte. Trotzdem habe er Feststellungen beim städtischen Arbeitsnachweis, beim Meldeamt, bei der Ortskasse versucht. Beim ersteren ist die Nachfrage von 388 Arbeitssuchenden im Januar 1907 auf 773 im gleichen Monat 1908 gestiegen. Im Bauamt ist ein stärkeres Angebot von Arbeitskräften nicht zu verzeichnen gewesen. Die erhöhten Krankenziffern der Ortskasse müssen unter dem Gesichtswinkel der Influenzaepidemie betrachtet werden. Auffällig ist der außergewöhnlich starke Abzug, welcher im Meldeamt sich zeigte und als ein Beweis für einen erhöhten Mangel an Arbeitsgelegenheit anzusehen ist. Eine gesteigerte Arbeitslosigkeit ist nicht zu leugnen. Deshalb werde der Magistrat auch unverzüglich seine Maßnahmen treffen und die Herren Bauräte haben versprochen, alle möglichen Arbeiten in Angriff zu nehmen unter möglichster Berücksichtigung der eigenen Regie. Der Wert der Notstandsarbeiten sei nur ein bedingter, da sie für gelernte Arbeiter nicht in Frage kommen. Welche sonstigen Schritte zu unternehmen seien, dazu bitte er eine Kommission zu ernennen, die mit dem Magistrat darüber zu beraten habe. — Stadtv. Seltmann stimmt diesen Ausführungen zu, ebenso die Stadtvv. Koye und Rosenow, während Stadtv. Noster den Arbeitern den Vorwurf macht, daß sie zurzeit der Hochsaison statt zu arbeiten streiken und jetzt der Armenkasse zur Last fallen. An die notleidenden Handwerksmeister denke niemand. — Die Stadtvv. Boeske (Soz.) und [illegible] (Soz.) kennzeichnen die letzteren beleidigenden Unterstellungen und erklären, daß diese die Zustimmungen von bürgerlicher Seite zum sozialdemokratischen Antrage in eigentümlichem Lichte erscheinen lassen und den Glauben daran sofort wieder ersticken. Im übrigen handeln die Sozialdemokraten stets im Interesse der Allgemeinheit, also auch der Handwerksmeister. Nur zögen diese leider nicht die Konsequenz daraus und hielten nicht zu dieser auch für sie einzig in Frage kommenden Partei. (Stürmischer Widerspruch im Block.) Es wird hierauf eine neunglied rige Kommission gewählt, der auch die Genossen Pagels, Groger und Füllgraf angehören.

Für die vom Magistrat vorgelegte Jahresrechnung für das Jahr 1906 wird die beantragte Entlastung erteilt.

Einer Abänderung des Bebauungsplanes und der Zahlung einer Entschädigung an die Aerzte der Rettungswache stimmt die Versammlung zu.

Der Magistrat schlägt vor, für die Fortbildungsschule mit dem 1. Oktober 1908 den Schulzwang einzuführen und zwar für alle männlichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Als Leiter der Schule soll ein fachmännischer Direktor angestellt werden und zwar, wie der Magistrat will, auf Lebenszeit. — Stadtv. Groger (Soz.) beantragt, auch die in Frage kommenden weiblichen Personen mit einzubeziehen. Neben anderen Aenderungen in dem vorgelegten Statut müsse eine Festlegung der Schulzeit auf die Tagesstunden getroffen werden. Er beantrage eine nochmalige Beratung in einer Kommission. Gegen Verweisung an eine Kommission sprechen sich die Stadtvv. Seltmann, Emmeluth und Abraham aus, weil nicht mehr nötig. Letzterer plädiert auch für frühzeitige Anordnung der Schulzeit, welche er dem Magistrat und der Gewerbedeputation überlassen will. — Bürgermeister Weinreich erklärt, daß nach der Gewerbeordnung die Einbeziehung weiblicher Schüler unmöglich sei, wird aber vom Stadtv. Wutzky (Soz.) auf diese unmögliche Auslegung des § 120 aufmerksam gemacht. Letzterer erklärt die Handlungsweise der Regierung gegenüber Rixdorf bei Festsetzung des Zuschusses zu der Schule, welcher erst auf die Hälfte der Gesamtkosten zugesagt, dann aber auf ein Drittel heruntergedrückt worden ist, als äußerst schäbig. Es sei dies ein Beweis, wie wenig Preußen für Kulturaufgaben übrig habe. Den Direktor beantragt Redner erst nach einjähriger Probezeit lebenslänglich anzustellen. — Bei der Abstimmung wird die Kommissionsberatung abgelehnt. Die Festsetzung der Probezeit für den Direktor wird, wie schließlich die ganze Vorlage, angenommen. Im Anschluß hieran reichte die sozialdemokratische Fraktion eine Resolution ein, in welcher der Magistrat ersucht wird, auch die jugendlichen Arbeiter der städtischen Betriebe der Fortbildungsschulpflicht zu unterwerfen. Die Versammlung lehnt dies jedoch mit 18 gegen 17 Stimmen ab.

Die kommunalen Verhältnisse des neuen Rieselgutes Richardshof sollen nach den Vorschlägen des Magistrats geregelt werden.

Eine weitere Vorlage beabsichtigt, die Bestimmungen der Ruhegeld- und Hinterbliebenen-Versorgung dahin abzuändern, daß die Minimalrente von $^{15}/_{60}$ auf $^{20}/_{60}$ des Durchschnittsjahresverdienstes erhöht wird. Die Steigerung soll bis zum 30. Dienstjahr um $^{1}/_{60}$ pro Jahr, also bis zu $^{30}/_{60}$ von da ab jährlich um $^{2}/_{60}$ bis zu $^{40}/_{60}$ erfolgen. — Stadtv. Wutzky (Soz.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß, zwecks Verbesserung weiterer Punkte. Einesteils bedarf manches präziserer Fassung, andererseits müssen eine Reihe Paragraphen eine Aenderung erfahren. Es muß endlich den unter die Bestimmungen fallenden Arbeitern und Angestellten der Rechtsanspruch auf die Rente zugebilligt werden, ohne den sie der Willkür der Verwaltung ausgesetzt sind. Was bei den Beamten geht, muß auch hier möglich sein. Ebenso ist die Festsetzung einer Minimalrente für die Witwen und Waisen nötig, um die rechnerisch möglichen ungenügenden Renten unmöglich zu machen. Die im § 13 angeordnete Kürzung der eventuellen Reichsrenten um die Hälfte muß beseitigt werden, da darin eine Härte gegenüber den Ruhegeldempfängern liegt, denen die volle Belassung dieser Rente neben dem doch immer noch ungenügenden städtischen Ruhegelde wohl zu gönnen ist. — Stadtrat Dr. Glücksmann erklärt, daß der Magistrat gegen eine Kommissionsberatung kaum etwas einzuwenden haben dürfte, meint aber, angesichts des kurzen Bestehens der Versorgungskasse, während welcher Zeit noch keine rechten Erfahrungen gesammelt werden konnten, von einer so schnellen Abänderung abraten zu sollen. Die Verweisung an einen Ausschuß wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, die Vorlage des Magistrats einstimmig angenommen.

Der Erweiterungsbau der Realschule Emserstraße für die Oberrealschule, sowie die Gebührenordnung für die Schwemmkanalisation werden genehmigt. Auch der Anstellung eines Gartenbauinspektors stimmt die Versammlung debattelos zu.

Es folgte eine geheime Sitzung, welche die Stadtväter noch bis in die zehnte Stunde zusammenhielt.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Feuerwehrautomobils mit einem Straßenbahnzuge fand vorgestern nachmittag gegen $^{1}/_{2}6$ Uhr in der Hermannstraße, Ecke der Oderstraße, statt. Der Probewagen der Berliner Feuerwehr, der auf der Hauptwache in der Lindenstraße stationiert ist, fuhr, von Britz kommend, die Hermannstraße entlang und versuchte an der Oderstraße einen in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 28 zu umfahren. Das Feuerwehrautomobil bog auf das Nebengleis, auf welchem ihm ein Straßenbahnzug derselben Linie entgegenkam und prallte mit solcher Gewalt gegen die Vorderplattform des Motorwagens, daß die Plattformwand eingedrückt, der Kontrollertisch beschädigt und die Perronstützen verbogen wurden. An dem Automobil wurde die Vorderachse und das Steuer verbogen und der Motor stark beschädigt. Beide Wagen mußten außer Betrieb gesetzt werden.

Steglitz.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wegen dringender Verhinderung des Genossen Heinr. Schulz muß am kommenden Montag, den 10. Februar, der Unterricht in Geschichte ausfallen. Wir bitten wegen eines sich vielleicht notwendig machenden Ersatztages die eventuelle Bekanntmachung an dieser Stelle zu beachten.

Schöneberg.

Die Wahlzeit für die Stadtverordnetenwahlen. Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung vor einiger Zeit auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung des Sonntags stattfinden zu lassen. Der Magistrat teilt jetzt der Stadtverordnetenversammlung mit, daß er diesem Beschluß nicht beigetreten ist. Er begründet seine Ablehnung damit, daß die Anberaumung eines Wahltermins auf einen Sonntag oder Festtag sich nicht empfiehlt, weil nach mehreren Erkenntnissen des Kammergerichts an solchen Tagen die Polizei in der Lage wäre, gegen die Verteilung von Wahlflugblättern und Stimmzetteln einzuschreiten. — Der Schöneberger Magistrat macht sich die Begründung der Ablehnung äußerst einfach. Seit wann steht denn der Polizei das Recht zu, gegen Flugblattverteiler einzuschreiten? Auch bei den Kaufmannsgerichtswahlen und Kirchenwahlen, die in Schöneberg ebenfalls des Sonntags stattfinden, haben wir bisher von einem Einschreiten der Polizei gegen die Flugblattverteiler nichts bemerkt. Uns will scheinen, als ob der „liberale" Magistrat mit seinen wahren Gründen gegen die Ansetzung des Wahltermins auf einen Sonntag nicht heraus will. Vielleicht erfährt man in der Stadtverordnetenversammlung etwas Näheres.

Am Sonntag, 9. Februar, abends $7^{1}/_{2}$ Uhr, findet im großen Saale des Hohenzollerngymnasiums, Eisenacher und Belziger Straße Ecke, ein „Russischer Kunstabend" statt. Zum Vortrag kommen Rezitationen aus den Werken von M. Gorki, Tolstoi, Tschechow und Andrejeff. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind in der Parteispedition bei W. Bäumler, Martin-Luther-Straße 51 (Laden) zu haben.

Lichtenberg.

Seitens unserer Genossen wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung ein Antrag auf Bereitstellung von Mitteln zur Ausführung von Notstandsarbeiten gestellt werden. Gleichzeitig soll die Speisung von Schulkindern, deren Eltern durch die herrschende Arbeitslosigkeit dazu nicht in der Lage sind, auf Kosten der Stadt beantragt werden. Dem bürgerlichen Block wird bei diesen Anträgen Gelegenheit gegeben sein, sozialpolitisches Verständnis zu bekunden.

Bereits Freitag abend sind über den ganzen Ort Fragezettel zur Ermittelung der Arbeitslosenzahl verbreitet worden. An alle organisierten Arbeiter ergeht das Ersuchen zur Herbeiführung eines den Verhältnissen entsprechenden Resultats mitzuarbeiten.

Pflicht jedes Arbeiters ist es, die Zählkarten gewissenhaft auszufüllen und den Zählern am Sonntagvormittag zu übergeben. Die ausgefüllten Karten sind spätestens nachmittags bis 4 Uhr im Lokal von Puhl, Pfarrstr. 74, abzuliefern.

Weißensee.

Arbeitslosigkeit und Krankheit waren die Ursachen, die das Ehepaar Müller, Parkstraße 28 wohnhaft, zu einem Doppelselbstmordversuch trieben. Der Ehemann, von Beruf Schlächter, hatte unter fortgesetzter Arbeitslosigkeit zu leiden. Er entschloß sich daher, mit seiner leidenden Frau in den Tod zu gehen. Das Ehepaar hatte zwei Kinder im Alter von 4 und $^{1}/_{2}$ Jahre. Als das ältere Kind am Donnerstag morgen erwachte, hörte es das Röcheln der Eltern in der Küche und in seiner Angst schlug es Lärm, so daß Hausbewohner herbeieilten und den Küchenraum mit Gas angefüllt vorfanden. Das Ehepaar hatte den Gashahn geöffnet, um auf diese Weise aus dem Leben zu scheiden. Man fand beide noch lebend vor und sorgte für die Ueberführung derselben in das hiesige Krankenhaus. Die Gasvergiftung ist bereits so weit vorgeschritten, daß an einem Aufkommen gezweifelt wird. Das jüngere Kind wurde ebenfalls dem Krankenhause überwiesen, da es an starkem Keuchhusten leidet, während das ältere von Verwandten aufgenommen wurde.

Auf der fertiggestellten Industriebahn Tegel-Friedrichsfelde verkehren bereits mehrere Güterzüge. Die Trace geht über die verkehrsreiche Berlinerstraße, die Verbindungsstraße zwischen Berlin und den Rieselfeldern Malchow, Lindenberg und sonstigen Dörfern, die einen regen Verkehr mit Berlin pflegen. An einer Stelle macht die Bahn eine bedeutende Kurve, es ist daher der ankommende Zug erst dicht an der Uebergangsstelle zu bemerken. Trotz der Gefährlichkeit wird die Stelle durch Schranken nicht geschützt, so daß Unfälle unausbleiblich sind. Wenige hundert Schritt weiter befindet sich das Bahnhofsgebäude. Von hier aus könnte doch mit Leichtigkeit die Bedienung der Schranken geschehen, aber die Sparsamkeit unserer Behörden läßt es nicht zu, Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Genau dasselbe trifft auch für die Fallenbergerstraße zu, bloß mit dem

Unterschied, daß hier der Zug hält und ein abspringender Beamter sich davon überzeugt, ob die Straße frei ist. Aber trotzdem spricht auch diese Maßnahme nicht für die Sicherheit des Verkehrs.

„Verleumde nur kühn, etwas bleibt immer haften" Das ist die Devise, mit der der Deutschnationale Handlungsgehülfenverband in den Wahlkampf um die Kaufmannsgerichte zieht. Die ehrenrührigsten Beschuldigungen hat man gegen die Kandidaten des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands erhoben, ohne den Beweis dafür erbringen zu können. Als nun in einer Versammlung dieser ehrenwerten Herren Deutschnationalen, die am Donnerstag, den 6. d. M., im Berliner Hof tagte, der Redner des Zentralverbandes die Unwahrhaftigkeit der infamen Anschuldigungen nachweisen wollte, entzog man ihm schleunigst das Wort. Das ist echt deutschnationale Kampfesweise. Die klassenbewußten Handlungsgehülfen werden im Verein mit der organisierten Arbeiterschaft Weißensees dafür sorgen, daß den Deutschnationalen am Tage der Kaufmannsgerichtswahl, dem 20. Februar, die verdiente Antwort zuteil wird, indem die Kandidaten der Liste 3 des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands siegreich aus der Wahlurne hervorgehen. In Hamburg, ihrem Zentralsitz, haben die Deutschnationalen 5 Beisitzer verloren, in Schöneberg verloren sie 4 Beisitzer. In Weißensee müssen sie eine ähnliche Niederlage erleiden.

Tegel.

Geldschrankknacker haben in der vorgestrigen Nacht der bekannten Humboldtmühle einen Besuch abgestattet. Durch eines der Hinterfenster drangen die Täter in das Gebäude ein und sie nahmen ihren Weg nach den Bureaus. In dem Kassenzimmer erbrachen sie mittels Stemmeisens den großen Geldschrank. Zu ihrem Leidwesen fanden sie jedoch nur wenig Bargeld darin vor. Etwa 150 Mark fielen ihnen zur Beute. Außerdem stahlen die Knacker ein wertvolles Jagdgewehr. Dieses schien ihnen aber auf der Flucht hinderlich geworden zu sein, denn sie warfen es auf der Straße von sich.

In der Gemeindevertretersitzung wurde mitgeteilt, daß der Rektor Märtens als Direktor der höheren Mädchenschule von der Regierung bestätigt ist. — Die neun Einsprüche gegen die Wählerliste wurden als berechtigt anerkannt und ein dementsprechender Nachtrag beschlossen. — Die Offerte eines Privatmannes, das Gemeindegrundstück Ecke Berliner und Schlieperstraße zur Abhaltung von Wochenmärkten zu pachten, wurde einstimmig abgelehnt, da der Platz dazu ungeeignet ist. Es wurde in Aussicht gestellt, in späterer Zeit zu diesem Zwecke eine Markthalle zu erbauen. — Von einem Grundbesitzer am Königsweg war der Antrag gestellt, diesen Weg zu pflastern; beschlossen wurde, mit den Anliegern einen Termin abzuhalten, und falls sie sich bereit erklären, die Kosten zu hinterlegen, dem Antrage zuzustimmen. — Von der Stern-Gesellschaft lag ein Antrag auf Erhöhung der Fahrpreise nach Jörsfelde, Konradshöhe und Heiligensee vor, der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und 2 bürgerlichen Vertreter angenommen. Ebenso wurde gegen die Stimmen unserer Genossen der Antrag auf Erhöhung des Beitrages zum Pfarrhausbau zugestimmt. Der Zuschuß, welchen die Gemeinde zum Pfarrhausbau somit gibt, beträgt 30000 M. Interessant war es, dabei zu erfahren, daß der Staat erst im Klagewege zur Beitragsleistung gezwungen werden muß, während die Gemeinde diesen Beitrag freiwillig leistet. — Der Vorortverkehr soll bis Velten ausgedehnt werden. Die Gemeinde leistet zu diesem Zweck einen Zuschuß von 7500 M.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Mit einer Notstandsdebatte wurde die diesmalige Sitzung eingeleitet. Wie berichtet, hatte die am 24. Januar d. J. im Kumkeschen Lokal abgehaltene Arbeitslosenversammlung das aus den Genossen Strehlke, Pieper und Bohr bestehende Bureau beauftragt, an Magistrat und Stadtverordnete eine Petition um sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zu richten. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte zu dieser Angelegenheit folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Spandau herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern." Unterzeichnet war dieser Antrag von den Stadtverordneten Pieck (Soz.), Köpenick (Soz.), Pieper (Soz.) und Ducksch (wild). Gleichzeitig hatten auch die bürgerlichen Stadtverordneten Lüdicke, Berlin, Hannemann, Siefert, Löwe, Kirch und Diedrich folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung zwecks Beseitigung unverschuldeter Arbeitslosigkeit bereits beschlossene oder in Aussicht stehende städtische Arbeiten in Angriff zu nehmen." Den sozialdemokratischen dringlichen Antrag begründet Stadtverordneter Genosse Pieck. Er bemerkt, daß man die Arbeitslosenfrage nicht vom Parteistandpunkt aus betrachten solle. Er freue sich deshalb, daß auch von der anderen Seite ein fast gleichartiger Antrag gestellt worden ist. Die Krise mache sich in schwerer Weise bemerkbar, Not und Hunger pochen bereits an die Tür. (Hier unterbricht der Vorsteher den Genossen mit dem Hinweis, daß doch erst die Dringlichkeit beschlossen werden müsse, worauf Genosse Pieck erwidert, daß er ja eben dabei sei, die Dringlichkeit zu begründen und fährt dann fort:) Wer schnell hilft, helfe doppelt. Jetzt haben Sie Gelegenheit, Leuten, die arbeiten wollen, Arbeit zu verschaffen. Die Niederlegung der Bäche, die Erweiterungsbauten der Krankenhäuser usw. können in Angriff genommen werden. Als vor einigen Jahren ebenfalls ein derartiger Notstand herrschte, da hat man auch bereitwilligst geholfen, zeige man hier also auch ein Herz und erkenne die Dringlichkeit an. Auf diese durchaus sachlichen Ausführungen des Genossen Pieck erwidert der konservative Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Lüdicke: Er erkenne an, daß eine große Arbeitslosigkeit bestehe. Dieselbe sei aber zum größten Teil auf die Streiks zurückzuführen, die in diesem Sommer längere Zeit angedauert haben. Die schlechte Konjunktur auf dem Geldmarkt habe allerdings auch etwas mitgewirkt (also doch!) und deshalb ist es auch Aufgabe der Kommune, dieser Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Natürlich nur der unverschuldeten Arbeitslosigkeit. Ganz entschieden wende er sich aber gegen das ganz ungehörige Schreiben (?) der Arbeitslosen. Es sei ungehörig, wenn darin gefordert werde, die Löhne zu zahlen, welche die Gewerkschaften festsetzen. Das lassen sich nicht einmal die sozialdemokratischen Arbeitgeber gefallen. Erst recht dürfe sich die Stadt dies nicht gefallen lassen. Trotzdem stehe er auf dem Standpunkte zu helfen, wo zu helfen ist. (Wie gütig!) Zu dieser Ansicht habe ihn aber nicht die Arbeitslosenversammlung, sondern sein soziales Gewissen gebracht. (Na, na!) Genosse Pieper bestreitet, daß die Arbeitslosigkeit durch die Streiks hervorgerufen worden sei. Mehr noch tragen die Schuld die Aussperrungen der Unternehmer. Er weist auch die Behauptung zurück, daß das Schreiben der Arbeitslosen ungehörig sei. Es sei nur Gerechtigkeit, wenn die Steuerzahler fordern, daß die Stadt die Löhne zahlt, welche andere Unternehmer auch zahlen. Die Stadt habe auch die Pflicht, der Arbeitslosigkeit zu steuern, denn die Arbeitslosen sind Steuerzahler, und wenn diese keine Steuern zahlen können, so habe die Kommune den Nachteil davon. Er schlägt dann verschiedene städtische Arbeiten vor, die in Angriff genommen werden können und befürwortet, daß aber in erster Linie Spandauer Bürger und Steuerzahler bei diesen Arbeiten berücksichtigt werden. Der konservative Stadtverordnete Baurat Bender konnte sich natürlich auch nicht verkneifen, seine Weisheit hören zu lassen, man höre also und staune, was dieser weise Mann zutage förderte: „Wenn auch die Streiks vielleicht nicht unmittelbar schuld an der Arbeitslosigkeit und Not haben, so tragen sie doch dazu bei. Im Sommer, in der Hochkonjunktur, haben z. B. die Maurer einen Streik vom Zaun gebrochen und sich längere Zeit ihres Verdienstes freiwillig begeben. Jeder vernünftige und einsichtige Mann nütze doch die Zeit aus, wo sich Gelegenheit bietet, Geld zu verdienen, um etwas zurückzulegen für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Wenn die Arbeiter dies getan hätten, dann wäre die Not nicht so groß. Aber diese Einsicht fehle den Arbeitern. Der Stadtverordnete Maurermeister Makowka gibt nur zu, daß ein Arbeitsmangel, aber keine Arbeitsnot herrsche. Genosse Pieper erwidert dem Stadtverordneten Bender, daß die Arbeiter schon die nötige Einsicht haben, es gebe aber selbst in den Zeiten der Hochkonjunktur noch eine große Anzahl Arbeitsloser. Er erinnere nur an die Saisonarbeiter. An ein Sparen sei bei diesen doch wohl nicht zu denken, sie haben ja kaum so viel, daß sie ihren notwendigsten Lebensunterhalt bestreiten können. Sehr treffend erwidert Genosse Pieck, daß ja in dem Berufe des Rechtsanwalts Lüdicke auch ein Tarif bestehe und dieser arbeite gewiß nicht unter seinem Tarif. Hierauf weiß der Stadtverordnete Ludicke weiter nichts zu erwidern, als daß sein Tarif staatlich anerkannt sei. Nachdem ein Schlußantrag Annahme gefunden, werden die beiden gestellten Anträge angenommen. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, daß mit Annahme der beiden Anträge auch die Bestimmung angenommen sei, daß die Löhne, welche die Gewerkschaften vereinbart haben, gezahlt werden. Stadtverordnetenvorsteher Schröder erklärt darauf, daß dies die Versammlung wohl nicht genehmigt habe. — Da eine große Anzahl Arbeitsloser dieser Versammlung als Zuhörer beiwohnten, so werden sie sich ja nun ein Bild von dem sozialen Verständnis der bürgerlichen Stadtverordneten machen können. Auf der einen Seite wird dem Arbeiter die Lebenshaltung durch Zölle usw. verteuert, und wenn diese sich dann bessere Löhne erkämpfen, dann wird ihnen der Vorwurf gemacht, sie tragen schuld an der Arbeitslosigkeit. Von den bei den letzten Stadtverordnetenwahlen gewählten Stadtverordneten der dritten Abteilung hat es außer dem Genossen Pieper nicht ein einziger für nötig erachtet, den Arbeitslosen gegen die Verdächtigungen der Herren Lüdicke und Bender beizuspringen. Das mögen sich die Spandauer Arbeiter doch etwas merken und bei den künftigen Wahlen andere Vertreter in das Stadtparlament schicken. — Die Versammlung genehmigte sodann noch den Bauetat mit einer Einnahme von 62 000 M. und einer Ausgabe von 197 000 M. sowie den Friedhofsetat, der in Einnahme und Ausgabe mit 9683 M. balanciert. Zu dem letzteren Etat wird beschlossen, daß die Gebührenordnung für den Friedhof noch zur Spezialberatung gestellt werden soll. Man beabsichtigt nämlich die Gebühren noch zu erhöhen, damit der Friedhofsinspektor, dessen Einkommen jetzt schon nach mehreren Tausenden zählt, wahrscheinlich für die Zeiten der Not etwas zurücklegen kann. In geheimer Sitzung genehmigt die Versammlung die Bedingungen für die Errichtung der Landes-Turnanstalt, eines Seminars mit Präparandenanstalt und eines Hallenschwimmbades sowie die Umgemeindung des Tiefwerdergeländes. Außerdem werden noch einige andere kleinere Vorlagen erledigt.

Gerichts-Zeitung.

Einen Einbruchsdiebstahl in die Kassenräume der Komischen Oper und des Neuen Theaters

hatte der Fensterputzer Otto Grosse verübt, welcher gestern aus der Untersuchungshaft der ersten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. In der Nacht zum 30. Oktober v. J. drang der Angeklagte, nachdem er eine Scheibe aus einem parterre gelegenen Fenster herausgedrückt hatte, in die Räume der Komischen Oper ein und verschaffte sich Zugang zu der Kasse. Hier fiel ihm durch Erbrechen eines Pultes Wechselgeld in Höhe von etwa 600 M. in die Hände. Da Grosse noch einen anderen Einbruch plante, brachte er das erbeutete Geld in einem vielfach von Dieben benutzten Versteck unter, der auch zugleich sehr sicher war. Er gab die gestohlene Summe in einer Handtasche in der Güteraufbewahrungsstelle des Bahnhofes Friedrichstraße ab. Am nächsten Tage schlich sich G. in das Neue Theater ein und blieb längere Zeit in einem Abortraum, bis er glaubte, daß das Theater von allen Angestellten verlassen sei. Kurz nach 11 Uhr ging er dann an die Arbeit und versuchte mit einem Taschenmesser, eine Scheibe aus der zum Kassenraum führenden Tür herauszulösen. Hierbei wurde er von dem zufällig noch anwesenden Bureaudiener Graupe überrascht. Es kam zu einem regelrechten Ringkampf, bei welchem der Angeklagte unterlag. Nachdem telephonisch ein Schutzmann herbeigerufen worden war, gab der inzwischen gefesselte Einbrecher jeden Widerstand auf und ließ sich ruhig abführen. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er habe sich durch Not zu den Diebstählen verleiten lassen. Das Gericht billigte dem Angeklagten, da er nur geringfügig vorbestraft ist, noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Der Tod eines 78jährigen Greises

hatte gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Wegen fahrlässiger Tötung war der 23jährige Kutscher Paul Jehnigen angeklagt. Am Nachmittage des 16. Juli v. J. fuhr an der Ecke der Königgrätzer und Dessauer Straße der Angeklagte mit einem Flaschenbierwagen der Firma Rademacher von der Prinz-Albrecht-Straße aus in die Dessauer Straße hinein. In diesem Augenblick passierte der 78jährige und sehr schwerhörige Rentier Wolter den Straßendamm. Der Anruf des Angeklagten kam zu spät und im nächsten Augenblick war das Unglück geschehen. Der alte Herr wurde von dem Pferde umgestoßen und erlitt zwar nur leichte Quetschungen, die aber nach zwei Wochen infolge einer hinzugekommenen Lungenentzündung zum Tode führten. Der Gerichtshof billigte der Angeklagte, daß er durch eine Fahrlässigkeit den Tod des W. herbeigeführt habe. Der Medizinalrat Dr. Störmer bekundete als Sachverständiger, daß die verhältnismäßig leichten Verletzungen, die der Getötete durch den Unfall erlitten hatte, allein nicht als Todesursache anzusehen seien. Das Gericht nahm deshalb nur eine fahrlässige Körperverletzung an. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen Straßenunfall handele, der durch eine unglückselige Verkettung von Zufällen entstanden sei, der aber mit etwas mehr Aufmerksamkeit hätte vermieden werden können, erkannte die Strafkammer nur auf eine Geldstrafe von 150 Mark.

Aus der Frauenbewegung.

Heimarbeiterinnenlöhne.

Die Ausbeutung in der Heimarbeit ist bekannt. Außerordentlich kraß tritt sie in der Knabenkonfektion hervor. Die Arbeitslöhne für einige Artikel seien hier bekannt gegeben.

Der Großkonfektionär bezahlt für ein Dutzend Hosen ohne Futter, fertig zum Verkauf, 2 M. Der Zwischenmeister zahlt der Arbeiterin 1,20 bis 1,50 M. Die Arbeiterin braucht 12 Stunden Zeit, um die Hosen fertigzustellen. Der Zwischenmeister hat dann das Bügeln zu besorgen. — Für ein Dutzend Futterhosen (Kammgarn), die 20 Stunden Tätigkeit erfordern, erhält die Arbeiterin 3,00—4,20 M. — Für ein Dutzend Blusen gibt es 4,20—6,00 M. Das Nähen einer Bluse beansprucht 1½—2¾ Stunden. — Für eine Joppe Größe 1—6, werden 40—45 Pf., Größe 7—14 45 bis 60 Pf. Arbeitslohn bezahlt. Arbeitszeit 2—3 Stunden pro Stück. — Ein Paletot, Größe 1—6, wird mit 45—70 Pf., Größe 6—12 mit 90 Pf. bezahlt. Zur Anfertigung eines Paletots sind 2½—4 Stunden Arbeitszeit nötig. — Für ein Dutzend Waschblusen gibt es 1,50—3,60 M. Die Fertigstellung dieser Arbeit beträgt 12—18 Stunden angestrengtester Tätigkeit. — Für 1 Dutzend Westen gibt es 1,20—1,80 M. Das Nähen einer Weste dauert ¾—1 Stunde.

Im Durchschnitt erzielt eine Heimarbeiterin bei angestrengtester Arbeit nur 15—20 Pf. Arbeitslohn pro Stunde. In seltenen Fällen bringt sie es auf 25 Pf. in einer Stunde. Und dabei hat sie auch noch Unkosten. Bei einem Verdienst von 12—14 M. muß 1 M. für Nähfäden in Rechnung gestellt werden. Für Abnutzung der Nähmaschine sind 50 Pf. wöchentlich zu berechnen. In den langen Winterabenden werden ferner drei Flaschen Petroleum wöchentlich für Arbeitszwecke gebraucht. Die Miete für den Arbeitsraum und die Heizung dürfen auch nicht vergessen werden.

Der Zwischenmeister setzt 24 M. Miete monatlich für seine Arbeitsstube in Rechnung. Für eine Nähmaschine in seiner Arbeitsstube, die nur bis 7 Uhr abends in Betrieb ist, berechnet er wöchentlich 1 M. Abnutzung. Trotzdem behauptete einer dieser Meister in einer Versammlung, eine Arbeiterin könne es auf 24 M. Wochenlohn bringen, für ihn, den armen Zwischenmeister, bleiben auch nur 25 M. wöchentlicher Verdienst übrig.

Bei der Aufstellung von Statistiken schämen sich die Frauen gewöhnlich, ihren geringen Verdienst anzugeben. Sie verschweigen es auch, daß sie nachts bis 12 oder 1 Uhr arbeiten. Die Genossen müssen ihre Frauen und Heimarbeiterinnen aus ihrer Gleichgültigkeit und Unwissenheit aufrütteln, sie auf den Zweck und Nutzen der Organisation hinweisen.

Am 17. Februar findet für die Arbeiterinnen in der Knabenkonfektion im Osten Berlins eine Versammlung statt, auf welche im „Vorwärts" und in der Fachzeitung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen noch hingewiesen wird. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, Propaganda für diese Versammlung zu machen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Montag, den 10. Februar, bei Obst in Schöneberg: Vortrag. Herr Friedrich Günther: „Wie erleichtert sich die Arbeiterschaft ihre Lebenshaltung?" Am 9. März hält Herr Dr. Roeder einen medizinischen Vortrag.

Vermischtes.

Ein Liebesdrama. Aus Insterburg wird unter dem gestrigen Datum berichtet: Gestern vergiftete sich im Damenzimmer des hiesigen Bahnhofes eine junge Dame aus Königsberg mit Lysol. Der Bräutigam der jungen Dame, der von dem Selbstmord benachrichtigt worden war, traf von Königsberg hier ein und wurde von einer Krankenschwester an die in der Leichenhalle aufgebahrte Leiche der jungen Dame geführt. Als die Schwester sich auf kurze Zeit entfernte, schoß sich der Bräutigam, wie das „Ostpreußische Tageblatt" meldet, eine Kugel in den Kopf und starb bald darauf.

Der Funkentelegraph. Aus Paris wird gemeldet: Ein Mitarbeiter des „Matin", der sich an Bord des französischen Postdampfers „Lorraine" auf der Fahrt nach New York befand, telegraphiert, daß der Funkentelegraph des Dampfers am 5. d. M. die zwischen englischen Kriegsschiffen und ferner die zwischen dem Eiffelturm und dem vor Casablanca liegenden Kriegsschiffe „Kleber" gewechselten Radiogramme aufgefangen habe. Die Nachricht von dem Lissaboner Attentat traf am Sonntag auf der „Lorraine" ein.

Ein Raubanfall. Nach einer Meldung aus Witten wurde gestern morgen auf zwei Beamte des Stahlröhrenwerkes ein Raubanfall verübt. Die Beamten brachten eine Kiste mit Geld, das zur Löhnung bestimmt war, zu einem benachbarten Walzwerk und wurden von zwei Arbeitern angehalten und des Kastens beraubt, der 8000 M. enthielt. Während der Flucht gaben die Räuber Revolverschüsse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Die Täter sind entkommen.

Bei der Rettungsaktion verunglückt. Von der Rettungskolonne, welche zur Aufsuchung der auf dem Pik Ferruka vom Schneesturm blockierten Soldaten abgegangen war, sind, wie aus Blidah (Algerien) berichtet wird, zwei Mann im Schneesturm verunglückt.

Schneestürme. Infolge der Schneestürme sind die oberirdischen Telegraphenleitungen nach Rußland, Ost- und Westpreußen sowie Posen zum größten Teil gestört. Auch die Verbindungen nach Schlesien, Oesterreich-Ungarn und Rumänien sind in Mitleidenschaft gezogen. Die Telegramme erleiden Verzögerungen. — Breslauer Meldung zufolge richtete gestern nacht dort und in der Umgebung ein heftiger Schneesturm mit Gewitter großen Schaden an.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 54—57, Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 54—64, Kühe, fett 48—56, do. mager 36—44, Fresser 50—58, Bullen, dänische 51—63, Kalbfleisch, Doppellender 105—125, Mastkälber Ia 85—95, IIa 75—84, Kälber ger. gen. 55—71, do. holl. 45—50. Hammelfleisch Mastlämmer 74—76, Hammel Ia 68—70, IIa 60—65, ungar. 0,00, Schafe 45—58. Schweinefleisch 52—60. Rehwild Ia per Pfund 0,00, IIa 0,00. Rotwild Ia per Pfund 0,45—0,50, do. IIa 0,30—0,40, do. Kälber 0,30—0,45. Damwild 0,40—0,55, do. Kälber 0,60—0,75. Wildschweine per Pfd. 0,35—0,45. Frischlinge per Pfd. 0,35—0,65. Kaninchen, groß, Stück 0,80 bis 1,15, do. klein 0,40—0,60. Hasen, groß per Stück 3,70—4,00, do. mittel u. klein Stück 2,00—3,00. Wildenten per Stück 1,50—2,00. Fasanenhähne Ia, junge 2,75—3,25, do. IIa und alte 1,50—2,50. Fasanenhennen 1,20 bis 2,25. Schneehühner Stück 1—1,05. Birkhähne Stück 1,60—1,75. Birkhennen Stck. 1,25—1,50. Haselhühner Stck. 0,90—1,10. Höhner, Ia per Stück 1,40—2,75, dito IIa 0,75—1,30. Hamburger Rüken, Stück 0,90—1,10, Poularden, deutsche, p. Pfd. 1,10—1,15. Tauben Ia 0,50—0,75, do. IIa 0,00, do. alte 0,50, do. ital. 0,90—1,00. Enten, per Stück 2,00—2,80, dito russische per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 2,50—3,75. Gänse per Pfund 0,50—0,55, do. Oderbrucher, per Pfund 0,00, dito russische per Pfund 0,45—0,58. Poulets per Stück 0,70—1,20. Puten Ia p. Pfd. 0,60—0,80, do. IIa 0,00. Hechte per 100 Pfund 85—92, do. matt 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 84. Zander, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. matt u. tot 0,00. Schleie, groß 96—105, dito mittel IIa 0,00, dito 0,00. Aale, klein 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen, 15—20er 77, do. 50—60er 62—68, do. franz. 70—100er 0,00. Bleien 34—41, do. klein 0,00, do. groß 0,00. Aland 0,00, Quappen 0,00. Bleifische 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 20—44. Barse matt 0,00, do. 0,00. Blei matt 37. Karauschen, matt 0,00. Winter-Rheinlachs, per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, per 100 Pfund 20—30. Steinbutten, Kieler Ia 2—6, do. mittel 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Wall 2,00, schwedische 1,50, englische 0,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,00, do. Rügenwalder, Kiste 0,40—0,60. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—0,00. Schellfische, Kiste 4,00—5,00, dito ½ Kiste 2,50—3,00. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ½ Ts. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Krebse per Schock 0,00, große 0 00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 4,00—5,50, do. große 5,50—6,00. Butter per 100 Pfd. Ia 127—132, IIa 124—127, IIIa 118—123, abfallende 110—118. Saure Gurken Schock 4,50. Bleßergurken Schock 4,50. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,25—3,50, weiße runde 3,00—3,25, mag. bon. 3,25—3,50. Porree, per Schock 1,00—1,50. Meerrettich, Schock 8—16. Spinat per 100 Pfund 30—40. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 8—12. Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00—4,50. Petersilie, grün, Schockbund 0,80—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,06—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 2,50 bis 3,50. Karotten, per 100 Pfund 10—15. Stringkohl p. Schock 3—7. Rotkohl, Schock 2,50—4. Weißkohl p. 100 Pfd. 1,80—3,00. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 18—40, do. in Körben 18 Stück 2,00—2,50. Rosenkohl, per 100 Pfund 10—18. Grünkohl 4,00—8,00. Kohlrüben, Schock 2,50—4,00. Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 5—6, Schockbund 5,00—6,00. Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 2—4,00. Tomaten, kanarische, per Kiste 3,00—4,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50—3,00. Rübchen, Beetiger, per 100 Pfund 0,00, do. Rübchen 9—18. Eskarol, 100 Stück 12,00—18,00. Endivien, 100 Stück 15—20. Birnen, per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Kochbirnen 3—10,00, Tafelbirnen Ia 18—25, do. IIa 6—17, Italiener 26—30. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 20—26, do. IIa 12—20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 8—12, Koch- 5—14, Tafeläpfel Ia 15—24, do. IIa 8—18, Amerikaner, per Faß 15—29, Italiener, lose, 100 Pfd. 11—12, do. in Körben per 100 Pfd. 14—18, do. in Kisten 10—24. Weintrauben, Almeria, per Faß 6—16. Ananas I, per Pfund 0,70—0,95, do. II 0,50—0,55. Bananen, gelb, Jamaica, per 100 Pfd. 25,00—27,00. Kokosnüsse per 100 St. 0,00. Knackmandeln per 100 Pfd. 70—115. Maronen, ital., per 100 Pfund 9—20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 20—25, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—58. Traubenrosinen per 100 Pfund 55—120. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—9,00, do. 360 Stück 8,00—9,00, do. 300 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,00—10,00, do. 300 Stück 7,00—11,00, do. Valencia 420 Stück 14—22, do. 714 Stück 21—26,00, do. Messina-Blut 100 Stück 7—9, do. 150 Stück 7—10. Mandarinen, Schachtel 0,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfund in Körben 20—22. Datteln, per 100 Kart. 38—42, do. per 10 Pfd. 5,00—5,50. Johannisbrot, per 100 Pfd. 10—15.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 8. Februar.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Königl. Schauspielhaus. Das große Licht.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Erdgeist. (Anfang 8 Uhr.)
Lessing. Die Weltdame.
Berliner. Der Opernball.
Lortzing. Die Zauberflöte.

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Wolkenkratzer.
Neues. Simson.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Hermannsschlacht.
Schiller Charlottenburg. Philister. Die Lore.
Nachmittags 3 Uhr: Götz von Berlichingen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Sein Prinzeßchen.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Komische Oper. Tiefland.
Westen. Ein Walzertraum.
Kleines. Mandragola.
Residenz. Bibi.
Luisen. Des Mädchens Lebenswege.
Nachmittags 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Trianon. Baron Toto.
Thalia. Immer oben auf.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Bernhard Rose. Der grobe Gottlieb.
Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen.
Bürgerl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. Alegria. Walzerwahn.
Folies Caprice. Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage. Danny Gürtler. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Ringkämpfer und Kandidat, Posse, sowie zwanzig Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Theater 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Hörsaal 8 Uhr: Die musikalischen Schwingungen starrelastischer Körper.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Abends 7½ Uhr zum 1. Male: **Der Opernball.**
Sonntag: Der Opernball.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ferdinand Bonn als Gast.
Simson.
Morgen und folgende Tage: **Simson.**

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Mandragola,
Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalene. 8 Uhr: Mandragola.
Montag: Der Unsichere.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sein Prinzeßchen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Nathan der Weise.
Abends 8 Uhr: König Heinrich.
Montag: Sein Prinzeßchen.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Die Zauberflöte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Martha.
Abends 7½ Uhr: Don Juan.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.

Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von B. Shaw.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Panne.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Der grobe Gottlieb.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
4 Uhr: Kindervorst.: **Dornröschen.**
Sonntag: Der grobe Gottlieb. — 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Theater abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörsaal 8 Uhr: Die musikalischen Schwingungen starrelastischer Körper.

Residenz-Theater.

— Direktion: **Richard Alexander.** —
8 Uhr. 8 Uhr.
„Bibi."
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Deutsch von M. Schönau.
Bretillot . . . Richard Alexander.
Sonntag, den 9. Februar, nachm. 3 Uhr: **Der Hüttenbesitzer.**

Zentral-Theater

Alte Jakobstraße 30.
Heute und folgende Tage:
Ein seltsamer Fall.
Sensationsdrama in 4 Aufzügen.
Alwin Neuß
in seiner mysteriösen Doppelrolle.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Nachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung:**
Robinson Crusoe.
Abends 8 Uhr:
Des Mädchens Lebenswege.
Sonntag nachm.: Wallensteins Tod.
Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Montag: Des Mädchens Lebenswege.

Metropol-Theater

Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 9. Febr., nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das große Februar-Programm!

Apollo Theater

9¼ Uhr. Täglich: 9¼ Uhr.
Mitislaw der Moderne.
Operette von **F. Lehár.**
In Szene gesetzt v. Direkt. R. Schier.
Dirigent: Kapellmstr. J. Einödshofer.
Amaranth: **Mia Werber** als Gast
Ab 8 Uhr: Die bedeutenden **neuen** Attraktionen und **La Belle Alexia.**
Sonntag 3½ Uhr: Familienvorstellg.

Winter Garten

Otto Reutter
und das
neue Programm
von Publikum u. Presse
glänzend beurteilt!

Theater an der Spree

Köpenicker Straße 68.
Abends 8 Uhr zum 44. Male:
Hokuspokus.
Neue Berliner Gesangsposse.
Sonntag 3 Uhr: Ausgewiesen.
Abends 8 Uhr: Der kritische Tag.

W. Noacks Theater

Direktion: **Rob. Gill.** Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonntag: **Police H. 24.**
Krim.-Schausp. v. d. Morgenp.-Rom.
Anf. 8 Uhr. Entree **30** Pf. **Tanz.**
Montag: Police H. 24.
Dienst.: Benefiz Stünkel: Goldene Eva.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Hermannsschlacht.**
Ein Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Das Glück im Winkel.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der rote Leutnant.**
Montag, abends 8 Uhr: **Die Hermannsschlacht.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Götz von Berlichingen.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Philister.** Hierauf: **Die Lore.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der Richter von Zalamea.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Montag, abends 8 Uhr: **Der Hexenkessel.**
Hierauf: **Jungfer Immergrün**

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)

Sonnabend, nachm. 6 Uhr: Vorlesung von Professor Dr. Schubring: Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken.
Abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. M. Burkhard: Franz Schubert, der Vertreter der Blütezeit des Liedes.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, 8. Febr., 7½ Uhr:
XXI. Grande Soirée High Life.
Die Sensation des Tages!
Mr. Resisto,
das elektrische Rätsel.
Neuestes Wunder aus Amerika. Mr. Resisto läßt 300000 Volt elektrisch tödlich wirkenden Strom zu verschiedenen Experimenten durch seinen Körper leiten.
Außerdem hervorragendes Programm.
Klein-Family, Kunstradfahrertruppe, 6 Pers. mit dem urkom. Neger.
Um 9½ Uhr Ende 11 Uhr:
Tagesgespräch!
Amerika.
Pracht-Ausstattungs-Pantomime.
Morgen Sonntag: 2 Vorstellungen. 3½ Uhr u. 7½ Uhr. Nachmittags: Die lustigen Heidelberger mit der heiteren Regenszene. In beiden Vorst. Mr. Resisto, das elektr. Rätsel. Nachm. 1 Kind frei, jedes weitere halben Preis.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Allabendlich
der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:
Salomonisches Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Endlich allein! Der Fall Blumentopf.**

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: **Bernh. Rose.**
Sonntag, den 9. Februar:
Nachmittags 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
Abends 7 Uhr:
Der Sonnwendhof.
Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**
Vorverkauf Sonntags 10—1 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Der Februar-Spielplan.
12 Attraktionen 12
Jede Nummer ein Schlager!
Haus in der Falle.
Schwank von B. Stephan.

Zirkus Busch

XIII. Saison.
Heute abend 7½ Uhr präzise:
Gala-Abend!
Auftr. der australischen Holzfäller.
Szenen aus dem austral. Busch. Herr Zimmermeister **Wilhelm Kunow** hat die Herausforderung der Australier um den Preis von 500 M. angenommen und wird im Wettbewerb mit den Holzfällern auftreten.)
Phänomen **Aurora-Truppe.**
Auftreten des Herrn **G. Stonsbeck,** Direktor des Berliner Tattersalls, und das Galaprogramm.
Um zirka 10 Uhr:
Auf der Hallig!
Gr. Ausst.-Pant des Zirkus Busch.
Sonntag: 2 gr. Vorst., 4 u. 7½ U. Nachm. zahlen Kinder unter 10 J. auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hansi lacht
Neu! **Steidl-Duo.** Neu!
Neu! **Der urkomische Rügamer.** Neu!
Neu! **Käti Gültini.** Neu!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Baron Toto.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Gattons Frauen.

Sanssouci

Kottbuser Straße 6.
Direktion: **Wilhelm Reimer.**
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Morgen Sonntag: **Große Elite-Soiree — Tanz.**
Beg. Sonnt. 5, Wochent. 8U.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das großartige neue Februar-Programm!
Dressierte
Löwen, Tiger, Leoparden,
vorgeführt von R. Havemann, und die übrigen **glänzenden Variétékünstler.**
Tunnel: **Bockbierfest,** Regimentskapelle usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.

Sonntag:
Gr. Militär-Streich-Konzert.
Anfang 5 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: **Neu:**
Husaren-Streiche.
Anfang: Wochent. 8 Sonnt. 7 U.

Buggenhagen

Moritzplatz im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige Februar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Püttich.

Neue Welt

Hasenheide 108—114.
Größtes und originellstes Bayrisches [1831]
Bockbierfest
Groß-Berlins.
Baron Muckls Orig.-Bauernkapelle
Max vom Hede's Tyrolertruppe
30 Original-Bayr. Madel.
Anfang tägl. 7, Sonntags 5 Uhr.
Entree „ 30 Pf. „ 50 Pf.
Jeden Dienstag u. Donnerstag: **Elite-Tag.**

:: :: :: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. :: :: :: ::

Sonntag, den 9. Februar 1908:
:: Kunst-Abend ::
arrangiert von **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende:
Margarete Walkotte Herr Dr. **Marx Möller** Frl. **Käthe Dietz,** Konzertsängerin ❀ Herr **Hans Fredy** vom Apollo-Theater
Frl. **Annie v. Luxemburg** Violinvirtuosin ❀ Fräulein **Elisabeth Sonntag,** Pianistin u. Herr **Bernhard Nitzsche,** Pianist a. Flügel.
Entree **60** Pf. im Vorverkauf. Abendkasse **75** Pf.
Anfang **7½** Uhr. [282/12*] Anschließend **BALL.**
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15.

Volkstümliche Vorstellungen

zu
ermäßigten Preisen
in der **Lortzing-Oper.**

Dienstag, 11. Februar: (Anfang 7½ Uhr.) **„Zauberflöte".** Oper in 2 Akten von Amadeus Mozart.
Donnerstag, 13. Febr.: (Anfang 8 Uhr.) **Trompeter v. Säkkingen.** Oper in 3 Akten u. 1 Vorsp. v. Bunger. Musik v. Nessler.
Sonnabend, 15. Februar: (Anfang 8 Uhr.) **„Troubadour".** Oper in 4 Akten von Verdi.
Preise der Plätze: Für Orchester und Parkettloge 5,50. Prosc. und Balkonloge und Orchest.-Faut. 3,—. I. Park. 2,90. II. Park. 1,70. Num. Part. 1,20. Mittelbalkon 1. u. 2. Reihe 2,50. Mittelbalkon 3. Reihe 1,70.
Billetts außer an der Tageskasse in den Zigarrengeschäften Grimm, Friedrichstr. 138; Carl Schmölle, Friedrichstr. 203; P. Reitz, Friedrichstr. 191; Paul Juhl, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 81 und Möbelfirma Busch, Charlottenburg, Goethe-Straße 23. 209/6*

Freiheitliche Bühne.

Da am vorigen Sonntag abermals Hunderte von Interessenten wegen des wiederum ausverkauften Theaters keinen Zutritt mehr finden konnten, wird das
12 Jahre polizeilich verboten gewesene Schauspiel
„Ausgewiesen"
am nächsten Sonntag, den 9. Februar, nachmittags **3** Uhr, im **Theater an der Spree** zum **fünften** Male wiederholt!!! 105/14*
Vorzeiger **dieser** ausgeschnittenen **Anzeige** des **„Vorwärts"** zahlen statt des Kassenpreises
95 Pfennige für Parkettfauteuil.
Nur gegen Abgabe dieser Anzeige an der **Theaterkasse** des **Theaters an der Spree,** Köpenicker Str. 68.
Gültig für 2 Parkettfauteuilplätze a 95 Pf.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Tascheir. Große Flicken umsonst.
Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 65**
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell **2 M. 25**
Manchester-HosenGambrinus **6 M. 50**
Manchester-JacketsGambrinus **11 M. 50**
Maler-Kittel . . . . . 3,50, **2 M. 40**
Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, **2 M. 75**
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, **3 M.**
Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, **5 M. 50**
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30. Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franko.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 14712*

Nachdruck verboten!

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Ringkämpfer u. Kandidat, urkomische Posse.
Kidd u. Kettle, amerik. Exzentriks.
Konstantina-Truppe, 4 Personen.
Duskes Bioskop.
16 erstklassige Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: **Familienkränzchen** bei freiem Tanz.

Pichelsberge

Restaurant „Reichsgarten"
Sonntag, 9. Februar:
Großes Wurstessen
wozu ich Freunde und Bekannte freundlichst einlade. **Gustav Erbe.**

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 15525
Herren-Garderoben
Ersatz für Maaß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister.
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Gr. Frankfurter Platz.

In zweiter, unveränderter Auflage erschien vor kurzem

Sonntage

eines großstädtischen Arbeiters in der Natur
von Kurt Grottewitz.
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche.
Mit Buchschmuck und dem Porträt des Verfassers.
Broschiert 60 Pf., gebunden 1 M.
Die Presse aller Richtungen hat das Buch äußerst günstig besprochen. 245/31*
Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:
„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schlichte Naturschilderungen gibt, mit so scheinbar allereinfachsten Mitteln, wie in diesem Büchlein."

Ferner ist neu erschienen:

Unser Wald.

Ein Volksbuch von Kurt Grottewitz.
Herausgegeben v. Wilhelm Bölsche.
Mit Illustrationen versehen.
Dies Buch dürfte sich gleich guter Aufnahme erfreuen als das erstgenannte.
Der Preis beträgt 2,50 M., für das gebundene Exemplar 3 M.

Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Versammlungen.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer Berlins (Arbeitnehmer) waren am Dienstag im Gewerkschaftshause versammelt, um den Bericht des Ausschusses und der Kammerobmänner zu hören.

Der Obmann des Ausschusses führte aus: Nach einigen Jahren friedlichen Zusammenarbeitens mit den Arbeitgebern sei jetzt eine Zeit gekommen, in der die Scharfmacher auch hier jedes Zusammenarbeiten verhindern. So sei ein von Arbeitnehmern eingebrachter Antrag auf Abänderung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, daß Gewerkschaftsvertreter als Prozeßbevollmächtigte auftreten können, nicht zustande gekommen. Man hatte sich dahin verständigt, daß — wie in vielen anderen Städten — ein Abkommen zwischen dem Berliner Gewerbegericht und den beteiligten Gewerkschaften getroffen werden sollte, wonach die Vertretung zugelassen sein sollte. Auf die Einbringung der Abänderung des § 31 des G.-G.-G. hätte man danach verzichtet. Dem ist das Gericht aber nicht nachgekommen, sondern jetzt erfolge noch öfter als vorher die Ablehnung der Gewerkschaftsvertreter, namentlich geschieht dieses von den jüngeren, neu eingetretenen Richtern, während Arbeitgebervertreter ohne Unterschied anstandslos zugelassen werden. — Weiter sei ein Antrag auf Beseitigung der Konkurrenzklausel gescheitert, weil die Unternehmer die Klausel bei Gehältern über 2000 M. eingeführt wissen wollten. Die Arbeitnehmerbeisitzer hatten einen Vermittelungsvorschlag auf 3000 M. Mindestgrenze eingebracht; aber auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Das schlimmste sei jedoch, daß die Arbeitgeber in Verbindung mit dem Gewerbegerichtsvorsitzenden eine Anzahl Anträge eingebracht hätten, die darauf hinausliefen, das Lohnbeschlagnahmegesetz, das die Pfändung von Lohn nur bei über 1500 M. zuläßt, zu durchlöchern, und die Aufrechnung des Lohnes bei absichtlicher Schadenzufügung zuzulassen, die Beseitigung der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung, des einzigen Schutzes der Arbeiter, Aenderung der Kündigungsfrist § 122 nach der Bestimmung des B. G.-B. § 621, Aenderung des § 133 zuungunsten der Werkmeister, Techniker usw. in dem Sinne, daß in Zukunft ihnen nur eine Entschädigung bei Krankheiten, entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzes, bis 6 Wochen zustehen solle. Und schließlich Festsetzung von Bestimmungen bei Lehrverträgen über das Nachlernen bei Krankheiten während des Lehrvertrages. Die Anträge waren gar nicht begründet. Man glaubte, die Arbeitnehmer so glatt für diese Verschlechterungen zu gewinnen. Dabei hatten sich aber die Antragsteller verrechnet. Zunächst verlangten die Arbeitnehmer eine Begründung dieser Verschlechterungen der Gesetze, und als diese in einer darauf folgenden Sitzung von den einzelnen jüngeren Gewerberichtern gegeben wurde, da war es den Arbeitnehmern aus dieser Begründung klar, daß man mit den Anträgen eine bedeutende Verschlechterung des bestehenden Gesetzes, der wenigen Paragraphen, die einen sozialen Schutz darstellen, herbeiführen wollte. Die Arbeitnehmer erklärten dann darauf einstimmig, daß sie nicht mitberaten und daß sie bedauern, daß Richter derartige Anträge eingebracht hätten. Die Folge davon war, daß sämtliche Richter, mit Ausnahme des Vorsitzenden, die Sitzung verließen und später dem Vorsitzenden gegenüber erklärten, daß sie in Zukunft in Einigungsamtsachen nicht mehr mitwirken würden (!). Auch von den Obmännern wurde hervorgehoben, daß die Art, wie die Gewerberichter ihre Tätigkeit auffassen, eine sonderbare ist. In der dritten Kammer sei nach der Erkenntnis des Vorsitzenden alle Kündigung in Baugewerbe aufgehoben, gleichviel, ob es im Vertrage stehe oder ausgemacht sei oder nicht. Ja, der Vorsitzende gehe sogar soweit, daß er die Kläger abweise, die auf Kündigung klagen, ohne daß der Beklagte erschiene. Er beachtet dabei gar nicht die Bestimmungen über das Versäumnisurteil; er weist einfach die Kläger ab! So schafft ein Richter aus eigener Machtvollkommenheit Gesetzesparagraphen aus der Welt! Dagegen sind bei Kolonnenarbeitern Hunderte geschädigt worden, denen das Klagerecht als einzelne Arbeiter bestritten wurde, weil sie angeblich eine „Gesellschaft" darstellten. Dem Strohmännerunwesen und ihrem Betrug ist damit Tür und Tor geöffnet. — Sehr erschwert wird den Arbeitern das Klagen dadurch, daß immer wieder Kostenvorschüsse geleistet werden sollen. Bei Arbeitgebern wird die Fortsetzung der Klage selten davon abhängig gemacht. Ebenso werden des öfteren den Arbeitgebern Rechtsbelehrungen gegeben, so über Erhebung der Widerklage usw., was auch nicht die Aufgabe des Richters sein soll. Oder, wenn er dies tut, dann für beide Teile gleichmäßig. — Es wird alsdann der Wunsch ausgesprochen, daß die Presse sich mehr um die Gerichtsverhandlungen, die ja öffentlich seien, kümmern sollte.

Nachfolgende Resolution fand darauf einstimmige Annahme:

Die im Gewerkschaftshause versammelten Arbeitnehmerbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts nehmen durch ihre Vertreter im Ausschuß Kenntnis von der Tätigkeit des Gesamtausschusses und erklären ihr Einverständnis mit dem seitherigen Wirken desselben, dessen Verhandlungen und Beschlüsse von Einmütigkeit getragen und von sozialem Verständnis zeugten.

Gleichzeitig legt aber die Versammlung auf das nachdrücklichste Verwahrung ein gegen den Versuch einiger Herren Kammervorsitzenden und Arbeitgeberbeisitzer, den Ausschuß zur Abfassung von Anträgen und Einsendung derselben an die gesetzgebenden Körperschaften zu veranlassen, deren Tendenz und Inhalt auf Verkümmerung und Beschneidung der der Arbeiterschaft im Gesetz gewährleisteten Rechte hinauslaufen, wie dies in den Anträgen vom 19. August 1907 (Aktenzeichen J.-Nr. 665, 07 G.-G.) der Fall war.

Die Sozialgesetzgebung wurde für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung — die Arbeiterschaft — gegeben, welche in den dazu geschaffenen Gewerbegerichten Anwendung finden soll.

Leider wird dieses von den berufenen Gewerberichtern erst nach längerer Praxis erkannt.

Die versammelten Gewerbegerichtsbeisitzer sprechen deshalb den Wunsch aus, der Magistrat möge versuchen, die anzustellenden Gewerberichter auf längere Zeit im Amt festzuhalten, damit das Vertrauen, welches sich das Berliner Gewerbegericht erworben hat, erhalten bleibe.

Ferner erwartet die Versammlung von ihren Vertretern im Ausschuß, daß sie nach wie vor bemüht sein werden, das Ansehen und den unparteiischen Charakter des Berliner Gewerbegerichts zu wahren, mit dem ausdrücklichen Hinweis, reaktionäre Ansinnen jederzeit mit gebührender Energie zurückzuweisen.

Zentralverband der Töpfer. Der am Donnerstag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin lag der Jahresbericht für 1907 vor. In demselben wird unter anderem gesagt, der Verband habe im abgelaufenen Jahre viele und verhältnismäßig schwere Kämpfe im ganzen Lande zu führen gehabt. Der Ofensetzermeister-Verband machte große Anstrengungen, um dem Zentralverband der Töpfer eine schwere Niederlage zu bereiten, was ihm jedoch nicht in gewünschter Weise gelungen ist. Auch in Berlin kam es aus dem genannten Anlaß zu einem Konflikt. Die Arbeitgeber setzten große Hoffnungen auf die Gründung eines gelben Arbeitervereins, jedoch sind die Erwartungen der Arbeitgeber nicht eingetroffen. — Die Arbeitsgelegenheit war im Jahre 1907 etwas schlechter wie im Jahre 1906. Am Schlusse des Jahres 1907 waren im Arbeitsnachweis 100 Arbeitslose mehr gemeldet, wie am Schluß des Jahres 1906, dabei ist zu berücksichtigen, daß die Filiale Ende 1907 etwa 300 Mitglieder weniger hatte als Ende 1906. — Die Lohnbewegung im vergangenen Herbst ist die bedeutendste, welche die Berliner Töpfer je geführt haben. Es war ein Abwehrkampf gegen die von den Arbeitgebern beabsichtigte Verschlechterung des Lohntarifs. Die Bewegung endete mit der Annahme eines auf beiderseitigem Entgegenkommen beruhenden Tarifs. Am Streik waren 1974 Verbandsmitglieder beteiligt, von denen 1537 verheiratet sind. 21 Mitglieder wurden wegen Streikbruchs ausgeschlossen. Die Kosten des Streiks beliefen sich auf 136 911,25 Mk. — Außer der allgemeinen Lohnbewegung wurden im Laufe des Jahres 11 Sperren verhängt. — Weiter erwähnt der Bericht die Rechtsprechung des Innungsschiedsgerichts in Fällen, wo Arbeiter vor der Vollendung eines angefangenen Stückes aufhörten und dasselbe von einem anderen Arbeiter fertiggestellt wurde. Nach dem Tarif ist jede Kündigung ausgeschlossen, das Arbeitsverhältnis kann auch vor der Vollendung eines angefangenen Stückes gelöst werden und ist in solchem Falle dem Arbeiter der Teil des Akkordpreises zu zahlen, welcher der bereits geleisteten Arbeit entspricht. Trotzdem entscheidet das Innungsschiedsgericht regelmäßig, daß dem Arbeiter, der das Stück nicht vollendete, so viel abgezogen wird, wie der Arbeiter, welcher das Stück vollendet, für seine Arbeit verlangt. Ob das dem Wert der geleisteten Arbeit entspricht, prüft das Schiedsgericht nicht, es stellt sich vielmehr auf den Standpunkt: der Meister darf keinen Schaden leiden. Gegen derartige Entscheide des Schiedsgerichts sollen die ordentlichen Gerichte angerufen werden. — Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte wurden abgehalten 6 General-, 17 Mitglieder-, 74 Bezirks-, 7 Bauvertrauensmänner-Versammlungen, 34 Vorstands-, 6 Bezirksleiter-, 9 Lohnkommissions-Sitzungen.

Die Jahresabrechnung der Filialkasse zeigt eine Einnahme von 75 376,86 M., eine Ausgabe von 43 379,12 M. und einen Bestand von 31 997,74 M.

Zu dem Vorstandsbericht bemerkte der Vorsitzende Segawe: Es werde manchem auffallen, daß der Bericht nichts über die Einigungsfrage enthalte, die in letzter Zeit in anderen Gewerkschaften eine große Rolle spielte. Der Lokalverein der Töpfer habe auf die Anfrage des Parteivorstandes eine so entschieden abweisende Antwort erteilt, daß die Verbandsleitung jeden Verhandlungsversuch für nutzlos hielt und deshalb ihrerseits keine Schritte tat, um sich nicht ebenfalls eine Abweisung seitens der Lokalisten zu holen. Wenn die Kollegen der lokalen Richtung die Absicht hätten, sich mit dem Verbande zu einigen, so stehe dem nichts entgegen. Grundsätzliche Differenzen zwischen beiden Organisationen gebe es nicht. Mit Rücksicht auf die Parteitagsbeschlüsse müsse aber versucht werden, die Kollegen der lokalen Richtung darüber aufzuklären, daß sie, soweit sie sich als Sozialdemokraten fühlen, ihren Sonderstandpunkt nicht beibehalten dürfen. Wenn eine größere Anzahl von jener Seite zum Verbande übertreten wollen, so könnten ihnen wohl Konzessionen gemacht werden. Es werde angebracht sein, ein in diesem Sinne gehaltenes Flugblatt unter den Lokalisten zu verbreiten und dann eine öffentliche Versammlung einzuberufen, um sich mit ihnen über die Einigungsfrage auszusprechen.

Nach einer unwesentlichen Diskussion wurden folgende Anträge angenommen: Dem Vorstande werden jährlich 150 M. überwiesen, die er nach Bedarf zu Neuanschaffungen für die Bibliothek verwenden darf. — Die Mitglieder des Arbeitsnachweis-Kuratoriums erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung von 1,50 M. pro Abend. — Bei Sperren und Maßregelungen wird während der ersten drei Tage die Unterstützung aus der Lokalkasse gezahlt. — Nachdem dem Vorstand Entlastung erteilt war, wurde die Neuwahl vorgenommen, welche folgendes Ergebnis hatte: 1. Vorsitzender Segawe, 2. Vorsitzender Wolff, 1. Kassierer Bohmhammel, 2. Kassierer Clavery, Schriftführer Kapputan, Beisitzer: Scheffler, Hermann Schmidt, Revisor Lösch. — In das Arbeitsnachweiskuratorium wurden wiedergewählt: Heyn, Böhme, Merten, Gerlach.

Hierauf hielt der Verbandsvorsitzende Drunsel einen Vortrag über die Situation im Töpfergewerbe. Einleitend gedachte er der Bestrebungen der Arbeitgeberorganisationen, die gerichtet sind auf die Verschlechterung der Lage der Arbeiter und auf die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen. Diese Bestrebungen machen sich auch im Töpferberuf bemerkbar. Für diesen Beruf bestehen vier Organisationen der Arbeitgeber. Zwei davon, der Verband der Ofenfabrikanten und der Verband der Ofensetzermeister wirken zusammen gegen die Arbeiterorganisation. Vielleicht werden auch die beiden anderen Arbeitgeberorganisationen mit den ersteren gemeinsame Sache machen. In Berlin gelang es ja im vergangenen Herbst, das Vorgehen der Unternehmer, welche den Tarif verschlechtern wollten, zurückzuschlagen. Aber das Beispiel der Berliner Arbeitgeber hat Nachahmung gefunden. In 10 Orten haben die Unternehmer die Tarife gekündigt. Der Töpferverband wird sich also auf einen Abwehrkampf einzurichten haben. — Gegenwärtig herrscht im Beruf eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit, die ihre Ursache nicht nur in der winterlichen Jahreszeit hat. Von den Arbeitern der Veltener Kachelfabriken hat nur der kleinste Teil Beschäftigung im Beruf. Der Absatz der Veltener Fabriken leidet nicht nur durch die Krise in Deutschland, sondern auch durch die Folgen der Zollpolitik. Der Absatz nach Rußland, der sonst recht bedeutend war, hat fast ganz aufgehört. Bei einer Lieferung nach Oesterreich mußten für 20 Oefen 1500 M. Zoll bezahlt werden. Unter solchen Umständen wird auch die Ausfuhr nach Oesterreich ein Ende nehmen. Eine weitere Ursache der Arbeitslosigkeit ist das Aufkommen der neuen Heizungssysteme, welche die Kachelöfen zum Teil verdrängen. Dem kann jedoch im gewissen Umfange entgegengewirkt werden, indem durch solide und sachgemäße Ausführung der Ofensetzerei der Kachelofen wieder zu größerem Ansehen kommt. Es sind Bestrebungen im Gange, welche darauf abzielen, in den Kachelöfen eine größere als die bisherige Ausnutzung des Heizmaterials zu erzielen. — Die gegenwärtige Wirtschaftskrise — meint der Redner — werde wohl nicht den Umfang früherer Krisen annehmen, sondern langsam nachlassen. Alles in allem haben die Töpfer keine Ursache, so schwarz in die Zukunft zu sehen. Was die Absichten der Unternehmer betrifft, so wird die Arbeiterorganisation schon Mittel und Wege finden, um die geplanten Angriffe abzuwehren. Im Vertrauen auf ihre Organisation können die Arbeiter dem Vorgehen der Unternehmer ruhig entgegensehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, links Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. 35. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Der volle Betrag ist zu zahlen. 3. Ja. 4. Beide. — **P. S. 11.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. F. 19.** Ja. — **H. G. 99.** 1. Vielleicht läßt die Anrufung der Baupolizei. Sie würden eventuell auf Beseitigung der Schäden oder auf Aufhebung des Mietsvertrages klagen können. Der Erfolg der letzteren Klage ist zweifelhaft. 2. Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an die Stiftungsdeputation, Polstr. 16. — **J. 1869.** Eine Verurteilung wäre nicht völlig ausgeschlossen. — **M. P.** Wenn Zahlung nicht erfolgt, müßte die Gemeinde klagen. An sich wäre Ihre Schwägerin zur Zahlung verpflichtet, könnte aber Ihrerseits wie es scheint, die Herrschaft in Anspruch nehmen. — **M. P. 15.** 1. Schellingstr. 4. 2. Ein Verein der Großgrundbesitzer. 3. Ein Vertrag zwischen Korporationen. — **L. K. 12.** 1. und 2. Nein. — **Mk. 99.** Beantragen Sie entweder einen Zahlungsbefehl oder stellen Sie eine Darlehnsklage beim Amtsgericht an. Beides hat Aussicht auf Erfolg. — **L. 16.** Das Kind gebraucht keinen Vormund, da der Vater und die Mutter leben. Die Trennung der Ehe ist für die Stellung einer Vormundschaft belanglos. Wem die Erziehung des Kindes zusteht, hängt davon ab, wer für schuldig erklärt wird. — **A. Z. 20.** 1. Ja, aber die Herausgabe des Kindes kann verlangt werden. 2. Ja. — **Alter Abonnent 17.** Es genügt, wenn die Tochter schreibt, mein Vater gehört der katholischen, meine Mutter der evangelischen Religionsgemeinschaft an. Getauft bin ich nicht, ich beabsichtige aus der Landeskirche auszutreten und melde den Austritt hiermit an. — **Redeverein 1.** Wenden Sie sich an den Vorstand Ihres Wahlvereins. — **Genosse 27.** Uns nicht bekannt. — **M. K. 77.** 1. Die Auskunft war durchaus zutreffend, bezieht sich aber nur auf die Klage, nicht auf die Widerklage. Eine Berufung verspricht wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Geldstrafe ist zulässig. 3. Der Chef hat sich strafbar gemacht. 4. Ja. — **G. H. 6.** 1. Wenn die Armendirektion noch nicht geklagt hatte, hat sie kein Recht auf den Abzug. Auch sonst würde unter den von Ihnen geschilderten Umständen eine Klage gegen die Gemeinde nicht aussichtslos sein. Für die Klage ist das Landgericht zuständig. 2. Nur wenn ein vollstreckbares Urteil vorliegt. — **W. S. 100.** 1. Ja. Bis zum 21. Lebensjahre ist zu zahlen bezw. bis zur Selbständigkeit des Kindes. 2. Ja. — **M. 50.** Sie können bei Gericht den Antrag auf Unterbringung in ein Trinkerasyl stellen. — **C. F. 50.** Ja. — **A. Z. 17.** 1. Ja. 2. An die Gewerbedeputation, Stralauer Straße 1–3. 3. Dort klagen Sie auf Zahlung des Krankengeldes. Das Verfahren ist kostenlos. Sollten Sie abgewiesen werden, so können Sie dann gegen den abweisenden Bescheid die gerichtliche Klage anstellen. — **Breslau 106.** 1. Ja. 2. Nein. Aber wenn 200 Marken geklebt sind, leben die Rechte aus der früheren Zeit wieder auf. — **J. 124.** Nicht unerhebliche Gerüche und störende Dämpfe kann die Anlage zur Folge haben. — **G. H. 26.** Falls für die betreffende Gemeinde ortsstatutarisch für Hausindustrielle die Versicherungspflicht eingeführt ist, ja. — **H. Leuz.** Eine Klage des Mädchens hätte Aussicht auf Erfolg. — **B. 2000.** Sie müßten von Ihrer österreichischen Heimatsgemeinde die Bescheinigung beibringen, daß Ihrer Heirat nach dortigem Gesetz kein Hindernis im Wege steht. — **P. Eb.** Der Vertrag könnte von dem Kinde als ungültig angefochten werden. — **M. 27.** Die Sparkasse ist sicher und zahlt 3 Proz. Der Zinsfuß bei Banken schwankt. — **P. H. G. 41.** Von dem Direktor der Handwerkerschule würden Sie Auskunft erhalten. — **M. P. 65.** Leider würden in Ihrer Sache weitere Schritte jetzt erfolglos sein, weil das Urteil rechtskräftig ist. Ein Vorgehen gegen den Arzt verspricht keinerlei Erfolg. — **M. M. 104.** Nein. — **H. K. 12.** Ja. — **K. J. 50.** 1. Erst wenn innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des Urteils die Frau die eheliche Gemeinschaft nicht herstellt, kann auf Scheidung geklagt werden. 2. Ja. 3. Nein. — **G. K. 100.** Die Anstalt ist zur Zahlung einer Unterstützung berechtigt, aber nicht verpflichtet. — **R. M. 8.** Ja. — **A. S. 81.** 1. Ja. 2. Nein, vorausgesetzt, daß Ihre Frau auf eigene Rechnung das Geschäft führt. 3. Ja. Aber in solchem Falle würde eine Interventionsklage zur Freigabe der Gegenstände führen. 4. Das Gesetz zählt nicht bestimmte Gegenstände als unpfändbar auf, sondern erklärt die unentbehrlichen für unpfändbar. Was dazu gehört, ist von Fall zu Fall vom Gerichtsvollzieher und vom Gericht zu entscheiden. — **Z. 44.** Ja. Zu den Invalidenversicherungsbeiträgen trägt der Chef die Hälfte, zu den Krankenkassenbeiträgen ein Drittel bei. — **H. R. 130.** In dem von Ihnen geschilderten Fall liegt eine Versicherungspflicht nicht vor, weil verschiedene Gemeinden in Betracht kommen. Zur Selbstversicherung ist die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstr. 66 bei Hintz, zu empfehlen. — **P. M. 142.** 1. Etwa ein Monat. 2. und 3. Nach fruchtlosem Ablauf des Sühnetermins müßten Sie beim Landgericht unter Darlegung der Gründe, weswegen Sie Scheidung begehren, und welche Beweismittel Sie anführen wollen und unter Beifügung des Armenattestes Bewilligung des Armenrechts beantragen. — **O. F.** 1200 M., indessen kann von Jahr zu Jahr von der Kirchenbehörde ein anderer Satz festgelegt werden. — **Spandau 101.** Die 14tägige Kündigung besteht, wenn über die Kündigungsfrist nichts vereinbart war. Lohn müßte der Meister bis zum 25. Januar zahlen, könnte aber wegen Vertragsbruchs Gegenklage einreichen. — **R. St.** Das geratenste ist, Sie zahlen die Miete nicht, sondern hinterlegen sie. — **M. L. 29.** 1. bis 5. Nein. 6. Die private Aufforderung genügt. 7. Das ist nicht ausgeschlossen: Das Gericht hat von Fall zu Fall zu entscheiden. In Betracht käme auch der von Ihnen in den ersten Fragen erwähnte Fall. 8. Nein. — **G. W. 100.** 1. und 2. Ja. — **P. A. 85.** 1. bis 3. Von einem Fund ist der Polizeibehörde Mitteilung zu machen. Ist die Sache nicht mehr als 3 Mark wert, so bedarf es der Anzeige nicht. Der Finder ist berechtigt und auf Anordnung der Polizei verpflichtet, die gefundene Sache an die Polizeibehörde abzuliefern. Von dem Empfangsberechtigten kann der Finder einen Finderlohn verlangen. Der Finderlohn beträgt von dem Wert der Sache bis 500 Mark 5 vom 100, von dem Mehrwert und bei Tieren 1 vom 100. Mit dem Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde erwirbt der Finder das Eigentum an der Sache. War die gefundene Sache nicht mehr als 3 Mark wert, so beginnt die einjährige Frist mit dem Funde. Das Eigentum wird nicht erworben, wenn der Fund verheimlicht wird oder ein Empfangsberechtigter dem Finder bekannt ist oder sein Recht der Polizei gemeldet hat. (§ 965–984 B.-G.-B.) 4. § 242 bedroht Unterschlagung. § 259 St.-G.-B. Hehlerei. — **G. M. 100.** Nein, der Verkauf kann nur gemeinsam erfolgen. Der Verkauf ohne Zustimmung der jüngeren Geschwister bezw. deren Vormund wäre ungültig. — **Ra. 1003.** Leider kann diese Gemeinde die Ausweisung event. durchsetzen. — **G. M., Rixdorf.** 1. Für die gesamte Mietszeit ist 1 M. zu zahlen. 2. Ja. 3. Zur Hälfte. — **Nürnberg 25.** 1. Ja. Setzen Sie sich mit der Charité oder mit der Klinik in der Artilleriestraße in Verbindung. 2. Nein. 3. Zu empfehlen ist das Fremdwörterbuch von Liebknecht. — **R. B. 127/28.** Ist die Wohnung in erheblichem Maße gesundheitsgefährlich, so können Sie den Vertrag aufheben und Schadenersatz verlangen. Zweckmäßig ist es, der Klage auf Aufhebung des Vertrages, die an das Amtsgericht zu richten ist, ein ärztliches Attest beizulegen und um Anberaumung eines nahen Termins zu ersuchen. — **K. 33.** Auskunft erhalten Sie durch die amtliche Auskunftsstelle für Auswanderungswesen, Schellingstr. 4. — **W. H. 75.** Wir können die von Ihnen genannte Kasse keineswegs empfehlen. — **G. P. 17.** Keineswegs. Zur Einsegnung kann ein Kind nicht gezwungen werden. — **25.** Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium. — **Friedrichsfelde 100.** Sie könnten nur durch gütliche Vorstellungen bei den Schwiegereltern etwas erreichen. — **41a.** Ihr Einspruch hat Aussicht auf Erfolg. — **R. St. Velten.** 1. Die gesamte Gesetzesbestimmung anzuführen geht nicht an. 2. Nein. 3. Nein. Die Hochzeitsgeschenke gehören der Witwe. Durch die von Ihnen gewählte Adressierung ist eine Verzögerung eingetreten. — **R. 4.** Die Versicherung muß bei der Berufsgenossenschaft erfolgen. Die Höhe der Kosten können wir nicht mitteilen. — **G. R. 100.** Der Betreffende erhält Zeugengebühren nach Maßgabe des Gesetzes. — **G. S. 19.** Die Möglichkeit ist leider nicht ausgeschlossen, indes könnte die Tochter sich dann an das Vormundschaftsgericht wenden. — **M. G. 62.** Sechs Wochen zum Ersten des Quartals. — **G. B. 1908.** Ihre Schwester kann sich selbst versichern, weil sie nur gegen freien Unterhalt beschäftigt und jünger als 50 Jahre ist. Sie muß sich von der Polizei eine gelbe Quittungskarte geben lassen und beklebt diese dann wöchentlich mit einer Marke. Welche Sorte Klebemarken sie verwenden will, steht bei ihr. Die verwendeten Beitragsmarken sind durch Bezeichnung des Datums zu entwerten. — **A. S. 16.** Ja. — **J. H. E. 24.** 1. Der zweite Sohn. 2. Es heißt: rein. — **J. L.** Ja, auf Antrag kann aber die Gemeinde von der Erhebung der Steuer absehen. — **E. M. G.** Ja, falls nicht aus dem Mietsvertrag Gegenteiliges erhellt. Die Pflicht kann sich aber nur auf zwei Jahre zurückerstrecken.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 2. cm	seit 5. 2. cm¹)	Wasserstand	am 6. 2. cm	seit 5. 2. cm¹)
Memel, Tilsit	327²)	—6	Saale, Grochlitz	102	+6
Pregel, Insterburg	178³)	—14	Havel, Spandau³)	128	0
Weichsel, Thorn	230³)	—4	„ Rathenow³)	151	+1
Oder, Ratibor	114	—5	Spree, Spremberg³)	128	—2
„ Kroffen	203	+6	„ Beeskow	170	+3
„ Frankfurt	193⁴)	+8	Weser, Münden	—22	+11
Warthe, Schrimm	237	+1	„ Minden	64	—16
„ Landsberg	168⁵)	—2	Rhein, Maximiliansau	340	+32
Netze, Vordamm	71	—4	„ Kaub	138	—10
Elbe, Leitmeritz	—20	—9	„ Köln	175	—21
„ Dresden	-127⁵)	—7	Neckar, Heilbronn	32	+2
„ Barby	187⁵)	+20	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	157	—21	Mosel, Trier	89	—1

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Eisstand. — ⁴) Treibeis. — ⁵) schwaches Treibeis.

Witterungsübersicht vom 7. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	765	NW	5	heiter	1	Haparanda	748	NNW	2	wolkenl	—11
Hamburg	772	NW	7	bedeckt	3	Petersburg	744	WNW	1	wolkenl	—8
Berlin	768	NW	5	wolkig	2	Scilly	780	NNO	1	Nebel	8
Frankf. a. M	777	NW	2	bedeckt	4	Aberdeen	775	SW	1	bedeckt	6
München	778	W	6	bedeckt	—1	Paris	781	SW	1	wolkig	2
Wien	766	W	7	bedeckt	3						

Wetterprognose für Sonnabend, den 8. Februar 1908.

Zunächst etwas kälter, vielfach heiter bei frischen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Castan's Panoptikum 165 Friedrichstr. 165
Abdul Hamids Harem
Zauberer — Fakire — Bauchtänzerinnen.
Schlangen-Ungeheuer von Sumatra.
Sonntags kein Extra-Entree — Wochentags 20 Pf.
durch besonderen Eingang.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 14752*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Die Zahlstelle 44 ist seit 1. Februar von Löwestraße 44 nach Tilsiterstr. 27 bei Koblenz verlegt. 79,6

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—1.

1. Ziehung 2. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 7. Februar 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

73 97 229 304 46 903 53 1371 80 512 28 45 [200] 84 742 826 [200] 52 2023 29 709 816 3196 286 96 733 44 993 4309 542 5075 95 504 20 43 6046 62 126 287 350 47 497 613 741 92 896 906 7027 249 416 49 8079 240 60 90 9145 297 456 62 506 837 919 26

10024 115 295 450 707 11222 79 403 23 886 [200] 12012 26 44 459 64 71 547 61 624 [300] 783 93 13090 215 34 37 455 536 90 674 967 14018 101 77 287 411 509 609 [300] 80 770 873 901 91 15069 110 14 25 214 75 396 803 16083 189 43 247 306 429 73 75 634 869 17100 74 232 63 378 632 762 67 76 913 998 18242 383 635 [300] 61 754 [300] 19020 66 82 739 90 855

20047 638 65 75 715 [200] 29 21105 311 35 86 402 78 546 77 87 611 26 800 27 78 [200] 965 22026 118 54 309 500 23416 52 905 24030 183 272 409 81 714 891 960 25034 252 [200] 74 454 500 606 58 735 801 934 94 26006 35 65 170 218 318 31 408 539 526 915 27071 [200] 636 64 [200] 70 806 [200] 73 936 28007 215 70 302 27 [200] 469 542 62 985 73 29030 221 416 713 32 804 79

30131 349 429 74 505 56 721 830 900 31009 126 [200] 203 34 78 314 893 918 66 32014 209 16 417 32 551 82 93 705 33249 307 551 677 34619 96 212 381 601 811 12 35406 503 624 96 752 979 36100 217 930 56 77 57842 562 615 691 18 792 801 925 38277 304 665 92 [300] 874 39023 [300] 43 159 242 44 417 65 66

40177 249 466 624 834 [200] 81 896 41141 80 565 889 42062 88 224 51 45 864 927 81 43077 [200] 112 242 316 462 86 633 44001 11 12 138 489 523 85 706 890 932 87 45015 125 453 561 963 758 839 915 46076 278 96 [300] 537 78 843 63 903 47059 223 28 70 466 71 48063 84 481 675 761 830 [300] 921 34 49044 180 296 342 463 85 [300] 704 25 30

50016 386 644 925 51048 237 50 373 [200] 604 38 52 73 750 830 949 52061 [300] 81 247 96 375 597 608 9 29 863 907 16 53072 96 141 441 500 53 727 98 822 990 [300] 54107 9 225 310 518 613 746 882 55192 442 576 715 45 56307 422 416 51 [200] 52 73 525 54 745 863 57210 427 694 837 915 58561 630 830 59040 102 200 36 650 750 880 984

60014 29 73 301 20 566 803 15 912 61076 146 218 314 35 80 745 845 902 11 62012 21 288 353 451 77 650 52 708 863 944 63004 180 267 445 735 827 981 64068 135 282 346 524 [200] 65124 97 367 453 431 87 627 88 66281 98 504 90 624 67003 100 272 691 879 68350 99 56 730 69042 272 306 577 668 96 752 78 85

70098 170 71 217 306 768 [200] 906 20 78 71034 444 586 949 72111 340 61 784 73001 229 421 603 819 49 82 74184 224 538 547 80 75215 463 677 776 [300] 904 85 76127 81 448 506 780 77082 166 241 442 689 885 78287 549 68 914 52 79017 69 288 661 705 953 74 77

80064 [300] 91 422 903 12 81005 37 46 242 332 57 518 789 880 955 82098 219 25 301 82 433 84 503 94 782 99 [300] 83228 91 85 333 39 467 549 646 752 86 841 84019 122 499 508 564 741 47 878 85004 171 278 506 712 [400] 68 850 933 86009 329 413 553 614 15 [200] 87061 353 84 482 672 99 772 854 88070 376 431 510 875 926 53 67 [200] 89114 248 92 308 72 [300] 642 68 707 25 840 77 966

90135 409 34 598 650 91220 454 633 99 886 92000 61 97 304 41 401 517 91 679 749 72 95 996 93019 71 75 149 415 717 36 983 94104 52 350 51 742 78 811 26 95036 245 320 592 986 96043 229 52 436 85 509 39 93 99 965 97454 56 608 721 71 [400] 889 989 98018 60 93 101 73 352 [300] 460 602 24 760 884 933 90 99160 297 322 434 747 50

100024 415 945 101024 29 66 139 381 424 864 969 102129 51 54 236 378 828 780 832 103435 520 825 939 104062 11 83 183 228 67 89 540 93 671 811 105124 58 89 93 360 [200] 424 588 686 857 58 814 106328 [300] 520 91 602 912 36 107321 473 74 749 67 825 961 108026 27 347 570 725 109108 21 271 370 497 500 608 35 [200] 808

110002 45 313 550 965 111301 523 762 810 112028 727 832 113116 230 610 12 21 49 717 886 921 114061 612 115030 153 611 709 913 116458 611 97 730 117213 80 406 550 603 777 823 924 118145 54 97 303 641 119213 313 54 64 399 866

120036 338 544 910 121207 356 435 856 946 122213 53 369 [200] 422 80 670 982 123204 303 13 455 66 97 550 943 124354 499 548 879 125091 217 327 51 418 49 507 604 884 126029 574 988 94 127100 88 292 402 53 586 742 128026 77 174 500 740 889 129210 329 47 404 70 540 676 739 902 29

130115 90 338 481 [200] 544 719 27 131401 527 132127 216 417 37 851 133248 312 444 594 610 713 [3000] 45 80 829 [200] 61 974 134189 290 436 70 860 900 [300] 135083 122 36 64 345 427 71 615 136005 77 218 [200] 19 [400] 21 49 450 506 608 137042 148 54 416 517 624 41 766 809 138078 242 44 497 564 603 10 812 57 906 139013 208 14 86 94 380 85 750 885

140004 53 181 270 99 358 477 503 864 917 141003 142 226 83 419 32 [300] 553 142158 429 29 78 88 817 99 99 143303 19 426 37 144027 437 631 771 93 821 929 145164 331 518 27 [200] 82 [300] 646 58 843 906 146176 337 427 60 518 [200] 60 709 878 953 147251 310 601 68 148110 91 610 867 149234 350 60 807 [200] 93

150069 154 818 54 74 151116 413 152081 104 25 208 406 583 846 153321 454 629 725 154001 51 183 213 35 513 48 [200] 925 155076 156 48 272 382 503 674 962 156017 [200] 133 [400] 33 89 250 490 703 54 [500] 842 43 49 157274 309 30 550 684 95 709 979 158013 206 40 268 536 637 920 159061 223 462 593 629 707 47

160035 186 497 617 902 25 161050 101 503 70 90 415 550 706 914 162472 500 163018 297 348 69 641 [200] 725 80 164349 477 617 [300] 968 93 165073 442 665 776 878 985 [400] 166033 78 114 249 306 622 93 [200] 709 44 92 167134 [300] 69 282 314 654 791 873 84 168000 30 87 [200] 192 509 47 437 46 75 699 852 74 921 169143 241 [200] 42 90 [200] 369 458 62 80 627 870

170135 261 358 446 831 41 171004 116 208 324 514 60 172015 196 801 867 [200] 173197 209 [300] 17 498 623 41 174009 11 83 350 91 [200] 175021 202 18 67 54 426 52 661 869 906 176005 93 280 347 512 804 939 177119 279 328 [200] 505 615 17 736 800 [400] 954 178355 509 702 848 65 71 75 179040 56 [200] 460 680 87

180030 116 294 [200] 330 486 181226 361 389 182099 100 58 242 324 45 636 58 903 183199 205 [200] 448 634 40 894 914 184056 268 340 69 568 [300] 927 30 185081 297 462 702 87 186705 816 960 187008 24 45 296 415 515 633 56 846 74 188167 21 242 50 514 [15000] 494 710 947 189062 244 308 735 958 93

190081 264 95 358 616 773 919 191087 249 86 255 75 93 696 900 192014 81 128 402 750 851 193542 678 724 74 [300] 845 194068 71 110 79 454 545 61 827 195057 287 86 349 629 754 196129 56 266 307 627 [500] 904 197098 135 348 529 639 198047 58 92 220 86 444 893 199097 116 93 307 413 [200] 585

200619 [200] 835 38 201163 307 50 989 202055 70 343 365 610 11 95 860 203222 321 51 533 647 [200] 705 71 [200] 924 42 204036 61 [300] 142 209 95 586 407 82 586 634 886 205076 157 265 95 363 404 674 [300] 78 906 99 206000 23 423 565 673 91 714 85 207041 45 772 75 935 55 208001 736 66 812 209092 88 143 76 224 401 47 534 55 607 62 812 581

210407 606 13 736 925 55 211036 129 91 258 [200] 441 615 34 717 71 935 212587 573 97 600 856 84 213290 649 917 29 214028 37 72 710 841 215216 23 79 460 88 524 605 44 702 216009 [300] 191 312 47 515 613 32 992 217235 407 218000 126 49 347 682 803 79 219100 703 45

220047 130 59 337 818 23 915 22 221650 737 878 851 222164 268 447 642 831 63 930 223488 504 628 852 914 224169 287 338 68 509 32 621 58 93 761 54 886 225011 [200] 78 172 235 379 814 936 226321 635 [500] 774 926 227136 263 378 85 696 736 89 868 885 228181 278 308 9 46 441 741 229477 538 629 30 [200] 793 919 74

230002 159 [400] 227 63 76 433 47 90 93 803 231038 196 216 35 488 586 619 723 [200] 80 814 232134 373 464 720 846 233029 54 143 [300] 300 511 41 46 81 [200] 623 718 93 234502 235561 76 737 818 993 236060 364 415 680 10 237227 45 368 437 719 906 56 63 238289 239184 257 458 501 93 656 724 62

240233 437 90 820 241114 98 477 778 979 242004 [200] 336 525 57 653 59 822 [200] 889 243282 373 548 67 90 641 854 244092 173 209 85 351 79 584 605 [300] 4 63 885 908 [200] 245011 81 151 532 520 69 705 246128 320 432 677 85 756 97 977 92 247230 350 531 82 248030 88 729 850 249233 418 669 845 920 94

250061 134 210 314 57 [300] 437 251238 98 [200] 385 460 [500] 505 624 42 252004 96 230 77 864 893 819 253037 90 866 254162 60 250 [200] 284 489 542 754 896 255162 327 490 540 651 857 942 256008 285 544 670 911 257087 619 31 899 258292 341 546 636 71 259059 64 147 89 309 615 20 883 946

260075 114 204 51 456 79 630 50 99 568 261156 445 66 563 71 86 675 742 823 [300] 59 97 262126 508 634 64 92 761 263076 217 665 87 936 264050 144 283 864 943 77 265240 53 [300] 550 612 [200] 73 682 922 [200] 266168 377 519 37 46 65 643 49 901 45 267108 708 913 63 268355 672 720 948 269116 58 517 654 965

270053 134 545 57 802 901 271030 41 117 39 220 810 15 19 272501 79 736 73 900 273096 658 980 274066 428 70 630 712 800 21 89 275134 64 250 65 303 879 79 830 [300] 906 276333 391 630 95 735 833 67 945 277056 202 467 569 585 902 278014 153 66 606 812 87 942 77 279085 281 494 564 69 [400] 933 85 87 [200]

280002 280 564 613 726 930 30 281047 486 282194 97 [200] 217 313 409 530 922 283011 36 619 720 809 14 284045 77 141 443 664 789 859 80 88 [300] 947 285056 158 256 306 588 894 913 286030 240 418 98 564 763 802 87 913 287146 303 421 745

1. Ziehung 2. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 7. Februar 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 96 Mark sind den betreffenden Nummern in klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

112 447 [200] 621 719 835 53 47 1295 443 48 82 548 85 701 826 2066 110 729 48 3291 449 609 99 725 811 77 4035 284 538 97 682 5044 481 500 649 888 [1000] 911 6001 110 29 [200] 296 353 529 72 602 53 819 7010 25 85 293 54 62 67 366 75 866 8032 82 188 316 504 21 824 935 [200] 91 [300] 9005 258 417 569 729

10005 212 364 797 11155 56 217 66 92 484 86 634 93 658 12011 17 89 235 655 767 13142 52 446 605 14141 257 353 457 529 614 867 15227 344 718 924 16081 316 51 95 643 76 749 17361 [200] 64 68 511 71 18206 37 402 78 668 937 19268 383 501 87 944

20035 464 66 545 620 777 [200] 21032 229 429 589 676 939 22171 440 [500] 830 904 23068 726 861 943 89 24382 [300] 447 612 840 25179 448 729 851 26081 85 321 412 711 38 87 973 27017 121 77 797 28125 40 412 566 [200] 29048 253 80 [200] 82 924 27

30074 290 310 439 582 617 75 979 31389 817 32072 205 32 529 33 33093 479 586 873 34009 110 334 405 77 853 634 736 856 35060 127 425 65 561 609 723 909 36084 77 203 36 81 432 73 86 553 643 [200] 55 68 [400] 927 37290 317 [200] 698 57 775 858 38001 150 715 [200] 65 844 964 39192 625 828 94

40092 8 855 53 457 503 41708 318 822 919 42240 827 895 750 878 919 43038 311 96 783 836 41 977 44516 967 89 53 45035 141 648 699 46085 168 214 27 209 96 515 745 47714 87 894 48090 37 113 [200] 546 597 660 726 49018 23 26 588 79 82 925

50039 37 97 321 27 500 66 51210 [200] 301 466 526 944 52001 82 162 74 80 229 315 401 10 745 973 53062 375 473 735 80 859 [200] 54124 213 19 529 [200] 44 551 76 824 55045 220 34 444 85 517 [500] 19 615 68 714 78 848 953 69 56048 208 535 81 826 777 847 90 57236 370 725 58200 305 60 658 837 59362 470 547 71 77 83 762 811 966 69

60136 315 492 539 43 69 73 742 75 819 32 955 37 61277 765 890 920 62492 89 696 60 [200] 91 749 885 937 42 63068 274 91 566 632 815 64067 99 275 580 906 [400] 772 977 65148 219 60 422 987 66054 51 203 558 [200] 736 71 809 11 67017 [200] 268 879 408 12 27 516 25 69 [200] 73 669 902 68277 362 69020 215 91 567 460 [200] 600 69 74

70374 90 487 602 81 927 41 71843 124 340 83 98 522 774 77 [200] 882 921 [200] 56 72115 201 80 414 506 806 73187 321 12 [200] 441 626 927 74224 65 714 75401 92 509 [200] 94 686 76258 921 77354 411 82 965 78089 98 126 [400] 79 254 645 84 705 826 90 922 94 20 79014 45 160 97 216 559 938

80020 57 840 964 81070 626 717 64 688 901 5 66 81 82027 [200] 101 42 [200] 212 423 635 83073 93 329 614 706 94 99 909 50 80 84110 22 37 310 488 683 750 876 85013 29 32 49 813 706 72 86332 [200] 690 785 96 99 819 76 81 87047 215 404 [200] 72 84 669 717 913 88461 609 813

90135 336 [300] 403 [200] 56 [200] 513 621 36 714 65 89 871 78 980 91122 [200] 13 85 232 46 273 328 835 [400] 961 93 92001 108 213 60 201 57 65 [200] 785 93120 34 367 458 95 [200] 774 883 94334 409 10 [200] 45 [1000] 67 95573 813 67 [300] 80 96214 26 35 94 396 628 742 47 832 97205 66 87 363 743 98140 86 212 94 607 720 99063 200 617 77

100115 434 40 41 59 85 618 64 721 60 919 67 101067 81 196 239 68 [200] 374 [200] 522 739 915 48 102349 450 536 767 94 103058 81 192 294 342 479 104063 168 213 21 25 62 488 563 619 734 833 93 105113 91 [200] 300 54 414 560 90 717 840 922 91 106310 632 712 805 900 107414 30 957 43 108809 [200] 45 493 769 858 85 [400] 981 109285 554 648 992

110003 67 372 449 61 717 813 45 89 111130 308 61 525 675 771 826 112190 736 809 27 906 7 113043 74 109 381 434 624 853 74 80 [200] 114027 86 106 537 651 894 115143 65 201 585 835 116160 235 62 638 737 74 887 965 117033 267 344 495 549 861 118038 [200] 45 347 400 [200] 526 [200] 603 65 754 89 833

120009 74 234 401 18 556 121059 408 55 509 10 21 617 732 122088 125 205 39 482 681 92 741 849 [200] 80 929 123037 [400] 156 237 325 813 28 71 124281 478 710 [200] 899 948 67 125074 [200] 85 89 486 857 905 126088 255 411 [200] 38 552 697 733 80 887 127068 297 324 490 917 40 [300] 128114 362 79 427 49 517 763 94 129284 762 809 9

130015 309 440 571 776 815 36 906 131186 450 720 132509 32 931 87 133009 283 422 566 604 61 79 705 75 831 134238 79 564 619 27 737 69 135350 418 58 48 52 506 [400] 868 136288 427 585 645 [200] 705 137003 28 31 164 92 220 28 70 619 26 857 87 138444 624 785 139583 704 32 [200]

140121 28 311 580 826 54 642 141156 [300] 226 349 65 547 622 40 90 910 35 142320 80 844 51 79 143130 242 641 746 929 54 67 144341 468 44 65 715 43 894 145007 305 515 95 473 146031 169 240 42 382 33 595 638 704 932 147288 96 585 458 557 603 915 148049 208 765 95 149015 147 251 557 602 733 936

150439 151007 64 144 98 248 358 152085 145 270 80 92 304 439 512 771 78 815 946 153277 433 581 55 651 154241 366 494 558 64 961 155030 433 611 768 80 876 156002 134 497 668 813 907 [400] 84 157012 67 206 21 17 249 67 423 27 609 74 704 910 77 158121 417 680 792 159098 307 77 636 743 70 827

160041 737 78 859 909 161007 79 189 713 50 87 824 162345 57 446 587 619 72 750 922 48 163004 114 473 687 703 914 164041 42 99 109 200 338 79 91 541 68 [300] 997 165225 408 83 [200] 626 703 6 [200] 72 166073 [200] 190 361 781 [200] 812 14 913 93 167008 96 246 54 685 836 [300] 97 909 22 168107 37 48 712 822 497 169251 49 453 69 [200] 549 85 846 47 [200] 921 42

170094 387 444 171028 70 105 280 23 927 172009 438 41 81 501 674 845 173009 128 49 [200] 80 342 498 532 694 776 986 174249 50 175181 297 306 25 35 80 892 925 49 176403 507 723 914 177389 609 16 77 90 825 936 178469 [200] 625 891 [300] 901 8 179135 42 253 412 77 [200] 879 919

180020 [200] 449 521 722 988 181064 181 313 69 738 933 60 89 [300] 182011 296 449 645 862 86 183140 418 825 988 184064 [2000] 150 41 484 606 9 15 [200] 717 55 94 902 185071 175 315 98 520 32 48 929 186009 19 276 698 187096 156 551 632 50 713 812 37 67 188158 225 378 493 532 189040 70 256 600 [50 000] 787 805 28 982

190014 42 45 106 715 [300] 58 [300] 89 608 37 45 819 191011 404 526 713 916 192190 56 87 465 527 737 73 903 193125 [200] 320 467 [400] 86 93 521 715 919 194083 145 203 345 74 495 510 628 34 771 [400] 988 195010 409 578 627 41 58 90 890 196174 530 647 849 64 197226 40 97 [200] 606 874 86 198063 129 288 74 620 772 199068 239 79 514 25 51 670 77 792 800 927

200286 217 606 89 201147 320 202081 99 293 699 843 203060 220 354 79 883 204208 355 435 525 699 727 816 205042 66 85 214 268 553 711 72 75 840 206007 [200] 61 [200] 219 309 [400] 432 505 7 600 15 767 849 956 207049 195 214 359 642 714 78 848 93 98 208043 123 90 327 788 209212 481 531 99 [200] 647 920

210136 612 [200] 94 703 74 859 936 211022 [200] 35 204 74 387 420 886 212401 416 [300] 596 [200] 739 851 213041 165 257 [200] 436 69 [500] 86 358 64 818 819 919 56 214054 [200] 256 417 60 97 645 702 [200] 89 924 85 215109 280 494 739 76 924 [200] 967 216070 79 294 [200] 93 232 57 644 795 813 217019 173 349 58 89 541 640 700 55 810 902 77 218241 347 506 885 219126 56 76 637 725 [400] 877

220012 16 165 297 304 30 602 65 221022 [200] 206 19 302 96 447 534 705 17 927 86 222132 68 [200] 466 750 74 827 42 919 39 74 223062 95 227 889 925 224081 280 374 888 225014 72 143 226078 136 257 347 505 794 [200] 802 [500] 81 98 975 227021 61 193 240 295 431 86 641 854 943 89 228463 757 830 229154 402 502 4 24 784 [300] 833 78

230011 205 29 567 812 68 842 231001 15 162 221 61 456 681 705 821 979 232074 509 670 233253 351 833 947 234001 15 27 193 254 73 426 62 585 914 64 70 89 [400] 235000 172 416 500 [300] 803 236106 [300] 222 33 317 425 681 761 802 66 237176 211 561 81 671 747 238437 696 239017 77 187 310 567 92 652 927

240026 628 716 922 241434 589 696 763 850 242009 132 226 501 58 69 635 64 243057 104 37 268 424 44 85 507 72 813 909 55 244003 147 270 478 667 813 907 245121 59 [200] 213 719 861 929 246001 101 37 245 92 585 132 95 882 247149 66 223 343 64 248049 89 [200] 230 459 551 249003 54 124 214 57 328 538 779 878 [200]

250025 267 72 530 905 251128 290 312 493 532 774 252000 63 221 40 414 78 535 [200] 616 60 847 63 78 253077 443 50 94 562 631 84 726 58 918 254378 551 613 814 255082 127 58 328 408 16 868 256219 563 776 257342 258029 146 96 297 339 463 83 [200] 631 801 23 930 31 53 259040 955

260179 87 395 437 46 66 765 929 40 261053 65 288 409 79 513 87 714 810 55 262182 81 90 242 76 207 37 471 86 317 943 52 876 263024 177 605 722 27 58 937 85 264048 196 51 342 45 502 15 412 527 748 810 11 85 265011 140 97 376 579 [200] 616 38 701 843 266236 411 86 813 26 267151 204 493 503 56 729 806 268074 88 92 294 582 690 91 580 631 972 90 269074 90 190 320 35

270016 405 626 60 854 271008 [200] 144 213 369 457 815 272339 500 22 [200] 94 815 26 746 913 273014 139 205 62 580 624 704 850 922 42 [300] 94 274016 104 35 224 461 551 53 743 70 845 72 275045 134 714 276118 28 32 56 720 21 [400] 79 86 277162 235 79 89 502 521 619 66 278119 45 71 242 365 424 31 813 279009 119 45 88 256 643 811 37 72

280021 233 47 69 72 511 98 746 963 281042 238 48 53 86 453 507 29 52 68 787 91 809 921 282063 88 222 377 455 665 700 97 [300] 902 283015 252 64 [200] 395 448 785 [300] 977 947 49 284117 277 326 416 540 632 788 820 836 78 285102 61 [200] 427 72 78 [300] 646 794 286185 349 57 428 81 576 [200] 287013 154 642 773

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhof. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhof. +1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre +1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweisl. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29706*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldsachen, Silbersachen spottbillig Pfandleihhaus, Rüstringerplatz 7. 1728*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29088*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borbagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße). Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naz, Mulackstraße 14. 29075*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Wegen Auseinandersetzung werden bis zum 15. Februar sämtliche Möbel 30 Prozent billiger verkauft! Komplette Wohnungseinrichtung 250 Mark, bessere 350, 400 bis 1500. Jugendstil-Spinde, Trumeaus in großer Auswahl! Besichtigung in 5 Etagen! Einzelne Möbel aus herrschaftlichem Besitz: Speisezimmer, Salons, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Anrichteschränke, Schreibtische, Garnituren, Umbaue, Ruschewettische, moderne Küchen! Aufbewahrung und Transport frei! Lothringerstraße 26, Hof, Speicherein. Schönhauser Tor. *

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Empfehlenswerte Einkaufsquelle! Jetzt! Saumendbillige Winterpaletots, Herrenanzüge! Aussteuerwäsche, Braubetten, Vermietungsbett, Bettstücke, Pfänderverkauf, Nähmaschinen, Freischwinger, Taschenuhren, Kettenverkauf, Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken! †115*

Frauen. Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Frau Elsner, Voltastraße 40 II. †60

Herrenfahrrad. Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2128*

Kinderbettstelle. Kinderwagen, Sportwagen, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 918*

Singermaschine 12,00. Prinzenstraße 77. *

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. 265/9*

Sofa-Teppiche, zirka 2 Meter lang, imitierte Perser 3,35, Tapetenbrüsseler 5,35, Kelimteppiche 4,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1158*

Gestickte Erbsfüllstores 3,85. Echt Spachtelstores 7,85, Sezessionsfüllstores 1,75. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1148*

Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Auszieh-tisch, Stühle 3, Muschelspiegel 12, Säulenkrumeau 36, Bettstelle mit Matratze, Kommode, Waschtoilette 20, Herrenschreibtisch 50, Paneelsofa, Muschelsofa, Schlafsofa 36, Küchenmöbel, geschnitztes Nußbaumbüfett, Kleiderschrank 50, Federbetten Stand 20. Auch Teilzahlung. Wallstraße 81.*

Fahrräder, 800 Stück, Brennaboräder, Wanderräder, Adlerräder 2c. 15—50. (Auch Einzelverkauf). Fahrradspeicher, Kantstraße 55. †106*

Linoleumteppiche, Linoleumreste, Wachstuchdecken, Gummischläuche spottbillig. Jonas, Josephstraße 11 I.

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen nach Inventur für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 107/11

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 130 Mark. Turinstraße 8 I. 107/12*

Kinderwagen, Bettstellen, billigstes Spezialgeschäft. Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. †112

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße achtundfünfzig. Spottbilligster Räumungsverkauf! Winterpaletots! Herrengarderobe! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Uhrenverkauf! Einsegnungsgeschenke! Spottpreise!! †112

Geschäftsverkäufe.

Restauration. 25 Jahre bestehend, Miete 1400, Preis mit Bare 1900, 300 können stehen bleiben, gute Sache Auskunft: Blumenstraße 55, Bierverlag.

Parteilokal, Zahlstelle, 6 Vereine. 1600 Miete, Baugegend, verkauft, Bennewitz, Hennigsdorferstraße 5.

Milchgeschäft mit Kolonialwaren verkauft preiswert Wienerstraße 58a.

Restaurant verkäuflich, erforderlich 2500—2800 Mark, große Brauereihälfte, gegenüber Hochbahnhof. Näheres Skalitzerstraße 103. †15

Geschäfte verkaufen schnell diskret, kein Provisionsvorschuß. Müller Co., Greifswalderstraße 37. 2348

Restauration, 400 erforderlich, gute Lage, sofort zu verkaufen, Dolzigerstraße 9. †86

Material-, Obst-, Gemüse-, Holz-, Kohlengeschäft mit Rolle, krankheitshalber verkäuflich, 6 Jahre bestehend, Elbingerstraße 77. 2943*

Schankgeschäft wegen anderer Unternehmen sofort verkäuflich, Preis Uebereinkunft, Dreizimmerwohnung, Miete 1900, durchschnittlich 30—35 Tonnen, Weiß, viel Bouillon. Auskunft Schügner, Waldemarstraße 54. *

Verschiedenes.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Bollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt Ja, 4375. 1458*

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a. 2553*

Kunstkopierei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I.*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. *

Zur Verstärkung unseres Redaktionsstabes suchen wir zum 1. April oder später einen 282/8*

Redakteur.

Gefl. Off. unter „Redakteur" werden bis spätestens 1. März d. J. an **C. Ellers, Bielefeld,** Osnabrückerstraße 31, erbeten.

Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht". A. Gerisch & Co.

Bauwürmer mit Kopf, in Wasser oder in Spiritus, kauft a Mark 2,— Linnaea, Turmstr. 10. 838*

Masken verleiht billig Henke, Dennewitzstraße 1. 26390*

Schirmbrauche. Kaufe gut erhaltene Drehbank. Offerten A. B. Postamt 42 postlagernd. 29445

Volkschorquartett „Gerhardt", Brangelstraße 22. †15*

Lerne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 1—2 Herren zu vermieten Rostitzstraße 52, IV links. 2313b

Schlafstellen.

Schlafstelle. Bierente, Lassenufer 18. 107/10

Möblierte Schlafstelle für einen oder zwei Herren, Frau Jacobsen, Elisenstraße 10, II.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Fleißiger, ehrlicher, kräftiger Mann, 21 Jahre, sucht Stellung, Arbeiter oder Hausdiener. Grund, Rixdorf, Jägerstraße 12. 2552b

Binder Stuhlmeister bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27 1468b

Stellenangebote.

Schlosserlehrling sofort gesucht. Willi Baum, Herdfabrik, Elisabethufer 5/6. 2319*

Marmorschleifer auf Möbelplatten, dauernd, verlangt Sasse, Elisenstraße. 2661b

Vergolderin, erfahrene, sucht D. Meier, Kastanien Allee 79. 2356*

Klavierspieler für Sonntag verlangt Skalitzerstraße 22, Lokal. †15

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Prinzenstraße 41. 106/20*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tücht. Kaufmann,
in allen Fächern firm, seit Jahren in großer Partei-Buchhandlung tätig, sucht Stellung zum 1. April, event. früher, am liebsten in Partei-Verlag. Gefl. Offerten unter Z. 5 an die Expedition d. Bl. 2950b

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.